

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis jedwachen Monats... wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus...

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Mit verteilten Rollen.

Dem gewissenhaften Berichterstatter, der am Montag der großen Agrarierparade im Circus Busch beigewohnt...

Soll das Vergangene vergessen sein, reichen sich nun Gegner und Freunde des Antrags Kardorf die Hand zum Bunde? Die Friedensrede des Herrn v. Oldenburg...

Unter solchen Umständen ist der Verdacht berechtigt, daß diese Versammlung im Circus Busch über die schwebenden Fragen der Politik keine übermäßige Klarheit besessen...

Wer jemals ein wenig von der Frucht demokratischer Freiheit gekostet hat, kann sich in der Psychologie dieses tumultuarischen Vertrauensrausches nur schwer zurecht finden.

So aber der Mensch auch für die Herren vom landwirtschaftlichen Mittelstand aufhört; das hat aus zahlreichen Reden deutlich genug herausgellungen.

Das gibt sowohl von den Handelsverträgen wie von den Reichstagswahlen. Von den ersten ist gesagt worden, daß sie unbedingt abgelehnt werden müßten...

Das gibt sowohl von den Handelsverträgen wie von den Reichstagswahlen. Von den ersten ist gesagt worden, daß sie unbedingt abgelehnt werden müßten...

Es wird aber auch weiterhin mit verteilten Rollen gespielt werden. Die um Kröcher regieren und die um Wangenheim agitieren. Die einen wollen die Bestie Volk an den Baum legen...

So geht es seit zehn Jahren und so wird es im ersten Jahre der Bundeshätigkeit weitergehen. Der „liebe, kleine Rupprecht-Kantern“, der seiner Zeit „allen Erstbes vorschlug, unter die Socialdemokraten zu gehen“...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

Reichstag.

Die socialpolitische Debatte, die am Montag ihren Fortgang nahm, brachte die übliche Jahresübersicht des Grafen Posadowski über den Stand der staatlichen Socialpolitik.

Alzuviel Staat ist mit der Piste dieser Thesen wirklich nicht zu machen, selbst wenn man das Kinderzuschlag-Gesetz, das Phosphorgegesetz und die Novelle zur Krankenversicherung mit hinzunimmt...

Mit einer gewissen Freundlichkeit sprach der Staatssekretär wieder von den Gewerkschaftsorganisationen; er stellte sich wohlwollig die Rolle ins Anoslos, daß er zum Stützpunkt Gewerkschaftslongreeh eine Vertretung einstand habe...

Dagegen war die Schlussrolle gegen die Socialdemokratie, die dem Staatssekretär den Beifall aller bürgerlichen Parteien eintrug, gänzlich verunglückt. Dieser fleißige Arbeiter und auf so vielen Gebieten orientierte Beamte, den Herr Dertel heute einen staßeder-socialisten schimpfte, befindet sich in völliger Unkenntnis über die Theorie des Socialismus.

Vor dem Staatssekretär hatte Herr Dertel seine abgestandene Mittelstandsretterei wieder aufgeführt und die obligaten Angriffe gegen die südlichen Anskäufe und die Bäcker-Verordnung gerichtet.

seines Sekretärs aus den Protokollen unserer Parteitage versehen war. Herr Heyl will es nicht gelten lassen, daß der von ihm und Herrn Trimborn gestellte Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter Wahlpolitik wäre.

Die „Freisinnige Zeitungs“-Rede hielt Herr Dr. Crüger, der durch seine Entlassung der unabhängigen Konsumvereine in Kreuznach den Befähigungsnachweis für die Vertretung der socialpolitischen Anschauungen seiner Partei erbracht zu haben scheint.

Die Reden zweier Konserverativen machten den Schluß. Herr v. Nischhofen hat Sehnsucht nach der Justizhaus-Vorlage, die ihm die Vorbedingung für die Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit ist.

Am Dienstag wird die Debatte fortgesetzt; vorher soll die Kriegsinvaliden-Interpellation der Konserverativen erledigt werden.

Der Polizeiminister.

Endlich hat der Minister Hr. v. Hammerstein sich genötigt gefühlt, auf die wiederholte Anfrage freisinniger Abgeordneter im Landtage, wie es um die von einem Beamten der politischen Polizei verurtheilte Vesteckung eines Redaktionsboten des „Vorwärts“ bestellt ist, nicht etwa Rede und Antwort zu stehen, aber doch sein Schweigen, in das er sich bisher gehüllt hatte, zu brechen.

Wir müssen uns also mit der Thatsache begnügen, daß er die Verleitung zum Treubruch durch einen seiner Beamten weder in Abrede stellen konnte, noch auch das Treiben seiner Untergebenen zu verurteilen für angemessen hielt.

Auch sonst zeigte der Minister sich bei allen Gelegenheiten, wo er in die Debatte eingriff, als Erzeaktionär. So, als er mit hochtönenden Phrasen den Köller-Kurs in Nordschleswig pries und als er selbst in Preußen unerhörten Wahlbeeinflussungen bei der Erziehung in Greifswald-Grimmen und die politischen Chikanierungen der Gostwirte, die nicht konservativ wählten, zu verteidigen suchte.

Zu übrigen bot die Debatte nur eine schwache Nachlese der Debatten der letzten Tage. Abg. Dr. Barth brachte nochmals die Theaterzensur zur Sprache. Während er eine vollständige Beseitigung der Censur forderte, ließen die Wortführer der Konserverativen und des Centrums, die Herren v. Hoyerbrant und Dr. Vorsch durchblicken, daß ihnen die heutige Censur noch nicht weit genug geht.

Am Dienstag fällt die Sitzung mit Rücksicht auf die Budgetkommission aus. Am Mittwoch soll der Etat des Ministeriums des Innern zu Ende beraten werden.

30, nicht 10 Millionen!

Man scheidet uns: Die zur Zeit durch die Blätter laufende Meldung betreffend Umänderung des 7,5 Centimeter-Schnellfeuer-Geschüzes in Rohrdiauf, bestätigt zum Teil unsere diesbezüglichen früheren Mitteilungen und ist zum andern Teil irreführend.

Bei der nächsten Reichstagswahl werden Konervative, National-liberale und Bund der Landwirte zusammengehen und einen der national-liberalen Partei angehörenden Kandidaten aufstellen.

Der Wahlkreis gehört unserm Parteigenossen Thiels, der 1898 in der Stichwahl mit 15 794 Stimmen über den Reichsparteiler siegte, der 15 483 Stimmen erhielt. 1898 wurden auch 3656 freiwirtschaftsparteiliche Stimmen abgegeben; werden die sich auch gleich dem Kartell anschließen?

Centrum und Bündler. Aus Krefeld wird uns berichtet: Die Spannung zwischen dem Rheinischen Bauernverein und dem Centrum artet jetzt zum offenen Kampf aus.

Im Anschluß an einen Artikel, welcher die Kunde durch die Centrumspresse macht, und in welchem aufgefordert wird, in die Wahlbewegung einzutreten, fordert auch die „Rheinische Volksstimme“ die katholischen Bauern, auf nicht müßig zu sein, sondern ihre Reichstags-Mandaten zu normieren.

Es heißt in dem christlichen Bauernorgan, daß das Centrum zur Zeit fast ausschließlich industrielle und städtische Interessen vertritt, und sei es doch eine Thatsache, daß mehr als 80 Proz. der Centrumswähler auf dem Lande wohnen. Die Zusammenfügung der Centrumsfraktion sei ein Hohn auf das allgemeine Wahlrecht. Die „Volksstimme“ wünscht, daß in jedem ländlichen Wahlkreise den offiziellen städtischen Kandidaten ein bäuerlicher Centrumskandidat entgegengestellt wird.

In der nämlichen Nummer, in der dieser Vorschlag gemacht wird, liest man ein Inserat aus dem Wahlkreise des Abgeordneten de Witt, Wilhelm-Wipperfüth, laut welchem die Landwirte des betreffenden Kreises zu einer Besprechung behufs Aufstellung eines ländlichen Centrumskandidaten eingeladen werden.

Diese agrarischen „Gegenkandidaturen“ erklären sich einfach aus den Geheimfilialen, die der Bund der Landwirte im Centrum eingerichtet hat. Das Centrum wird einige Miße haben, auf der „mittleren Linie“ zwischen den betrogenen Arbeitern und den unzufriedenen Bauern sich aufrecht zu erhalten.

Herr Reichstags-Abgeordneter Köpcke ersucht uns um folgende Mitteilung:

„In dem Bericht über die Reichstags-Sitzung vom Sonnabend heißt es in Bezug auf meine Rede u. a.: „erhob er doch Bedenken gegen die Arbeiter-Beigeordneten.“ Diese Angabe beruht auf einem Irrtum. Ich habe mich zwar dagegen ausgesprochen, daß die Arbeiter, welche bei der Gewerbe-Inspektion mitzuwirken berufen sein sollen, „auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts“ zu wählen sind, mich aber, wie schon früher, so auch diesmal, für die Zulassung der Arbeiter zur Gewerbe-Aufsicht erklärt und die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Forderung so bald wie möglich und zwar nicht erst dann erfüllt werde, wenn der Antrag Akzept und Genossen zum Gesetz erhoben sein würde.“

Herr Köpcke bestreitet also nicht, daß er gegen die Zulassung von Arbeiter-Beigeordneten zur Fabriksaufsicht, wie sie der sozialdemokratische Antrag fordert, gesprochen hat. Herr Köpcke ist zwar für Zulassung der Arbeiter, aber nicht für die Zulassung auf Grund eines gerechten Wahlmodus.

Husland.

Ein hinfühendes Kompromiß. — Pelletans Mehrheit.

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.) Der Konflikt innerhalb des Regierungskabinetts ist durch ein hinfühendes Kompromiß nicht sowohl ausgeglichen als vielmehr hinausgeschoben worden. Die rechtsstehende Kartellgruppe der „demokratischen Union“ hat erwirkt, daß die Enbloe-Beratung der 34 Kongregationen-Gesuche durch die Einteilung derselben in drei Kategorien ersetzt werde: in die der unterrichtenden, der „predigenden“ und der handeltreibenden Kammern. Zugleich aber erklärte der Vorsitzende jener Gruppe, daß eine gewisse Anzahl seiner Fraktionsgenossen, ungeachtet des zu stande gekommenen Kompromisses, für die Einzelberatung jedes Gesuches stimmen würde. Die Autorität der Kartellentscheidungen wird also nicht mehr von allen Mitgliedern des Kartells anerkannt, und je nach der Zahl der liberalfreundlichen Dissidenten kann selbst in der Haupt- und Lebensfrage des Kartells eine „Mehrheit Nr. 2“ zu stande kommen, die das Werk der regierenden Mehrheit verhallhornet. Und zwar ist letzteres desto wahrscheinlicher, als Combes sich weigert, auch nur jenen Kompromißbeschluß, an dem er mitbeteiligt ist, zu einer Kabinettsfrage zu machen. Infolgedessen muß die Zahl der Windfahnen zunehmen, denen es bereits vor den antikerikalen Kampfvorbereitungen zu grauen beginnt.

Ein weiteres Zeichen der inneren Zerfetzung der „Blocs“ lieferte die Marinebudget-Debatte. Marineminister Pelletan ist von Anfang an die Hellscheibe einer heftigen, offenen und verdeckten Attacke seitens der Opposition und der portefeullesüchtigen Elemente des Kartells selbst. Man versteht ihm nicht seine Versuche, die verlorrene Wetterwirtschaft des liberal-reaktionären Marine-Ministers zu befechtigen, die ebenjoseph die Interessen der Landesverteidigung wie die der Republik schädigt. Seinen Ideen aus der Oppositionszeit getreu, sucht der Unbrudilale Minister den Kassenwesen zu feuern, das aus den hohen Marine-Kemtern sozusagen ein erbliches Privilegium adliger reaktionärer Familien gemacht hat. Er sucht das Beförderungswesen im demokratischen Sinne zu ändern. Auch möchte er bei aller Achtung vor den monarchistischen Ueberzeugungen des Admiralsentums, daß wie er mit bitterer Ironie in der Kammer erklärte, die republikanischen Ueberzeugungen keinen Grund zur Benachteiligung von Marine-Offizieren bilden sollten. Auf dem Gebiete der Neubauten bevorzugt Pelletan die Schnelligkeit der billigeren Kreuzer und Torpedoboote, sowie überhaupt die der Küstenverteidigung und der Vermehrung der Stützpunkte dienenden Bauten, während er die teuren Panzerkorflosse für militärisch minderwertig hält. Das hat ihm neben den Anhängern des Marine-Schuldenans natürlich die großmächtigen Panzerplatten-Fabrikanten auf den Hals geholt. Die gleiche Schwächung hatten schließlich seine sozialreformatorischen Ansätze, insbesondere die Einschränkung des Achtsundzweihundert in den Marinewerksstätten. Manche hohe Marinewürdenträger haben sogar versucht, aus Feindschaft gegen den Minister den Achtsundzweihundert durch eine glänzende Zeiteinteilung den Arbeitern zu vergällen, diese zu Kundgebungen und womöglich zu Armutswällen zu provozieren und so der Propaganda gegen Pelletan neues Material zu liefern.

In der Marinebudget-Debatte sollte die Hoy endlich ihre Früchte tragen. Man erwartete eine offene Generalattacke. Diese aber blieb aus. Pelletan mußte selbst seine schweigenden Feinde in der Form einer Verteidigungsrede angreifen. Die Kämpfsmiede blieben in der Generaldiskussion eine offene Antwort schuldig. Dafür versuchten sie in der Einzelberatung durch einen harmlos aussehenden Zusatzantrag, der gegen ein angeblich illegales Verwaltungsdekret Pelletans gerichtet war, den Marineminister zu Falle zu bringen. Wohlgerichtet hinter diesem Randversteckte mit der werke Kollege Pelletans, Finanzminister Rouvier, der seiner Zeit die für die Durchführung jenes Dekrets nötigen Gelder verweigert hatte.

Es handelt sich um die Befreiung der eingeschriebenen Seeleute, die in Friedenszeiten in der privaten Handelsmarine beschäftigt sind, von der gewerblichen Ueberwachung seitens ihrer früheren und künftigen militärischen Vorgesetzten. Zu diesem Zweck hat Pelletan eine rein gewerbliche Aufsicht von besonderen „Verwaltern der eingeschriebenen Seemannschaft“ eingeführt. „Ein Teil der Generalstäbe“ der Marine, wie Pelletan sich ausdrückte, ergriff die stille Initiative

zur Opposition gegen das makrotafrendliche Dekret, die von den Mebrern beherrschten Handelskammern der Hafenstädte folgten nach und der vereinte Marine- und Reberklängel fand williges Gehör beim Finanzminister Rouvier und sogar bei einem Teil der radikalen Mehrheit der Budgetkommission.

Man begriff, daß Pelletan an die Verwerfung jenes Intriganten-Antrages die Vertrauensfrage knüpfte. Und nun zeigte es sich bei der Abstimmung, daß die übliche mehr als 100 Stimmen-Mehrheit des „Blocs“ in diesem Fall auf 23 Stimmen zusammenschumpfte! Der Marineminister wurde vor dem Sturz gerettet mit 273 gegen 250 Stimmen, d. h. eigentlich mit Hilfe der nicht zum „Bloc“ gehörenden 12 revolutionär-socialistischen Stimmen. Diese Pelletansche Mehrheit wäre schon eine „Mehrheit Nr. 3“ zu nennen, da sie die Stimmen der revolutionär-socialistischen Fraktion einschließt; während fast ein Drittel der üblichen Kartellmehrheit aus ihr ausgeschlossen ist.

Die venezolanischen Schiedsgerichts-Schwierigkeiten dauern fort. Das „Neuerliche Bureau“ meldet, daß die Frage bezüglich der getrennten Behandlung der Forderungen an Venezuela bald als abgethan betrachtet werden kann. Im Interesse einer raschen Entscheidung werde angenommen, daß alle Parteien sich über eine Person als Schiedsrichter einigen würden, und daß hierfür der niederländische Minister des Auswärtigen gewählt werde.

Nach einem weiteren Telegramm des genannten Bureaus hat Bowen den Vertretern Deutschlands und Englands zu verstehen gegeben, daß er kein von ihnen eingereichtes Protokoll unterzeichnen könne, das nicht in wesentlichen mit dem vom italienischen Vorkäufer Major des Planes vorgeschlagenen übereinstimme. Am Sonnabend fanden mehrere Besprechungen zwischen dem englischen und italienischen Vorkäufer und dem deutschen Geschäftsträger in der englischen Botschaft statt.

Bowen hat ferner den verbündeten Mächten mitgeteilt, daß er seine Zustimmung zur Bestellung nur einer Person zur schiedsrichterlichen Entscheidung über die Vorzugsbehandlung nicht geben könne, und den Wunsch ausgesprochen, daß ein aus drei bis fünf Mitgliedern bestehender Schiedsgerichtshof gewählt werde.

Spanien.

Die Streifbewegung

hat weitere Fortschritte gemacht. In Reus ist der Streik noch allgemein, die Stadtverwaltung hat sich genötigt gesehen, öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen, um den Arbeitslosen, welche in drohender Haltung das Rathaus umlagerten, Arbeit und etwas Verdienst zu geben. In Barcelona versuchen die Anarchisten wiederum einen Generalkrieg wie den von 1902 zu inszenieren. Ein Teil der Gewerkschaften hat es abgelehnt, den Ratschlägen der Anarchisten zu folgen; andre, wie die Omnibusangestellten, sind in den Ausstand eingetreten. Die Inhaber der Geschäfte in den Hauptstraßen haben sich organisiert und mit Revolvern bewaffnet, um etwaigen Attacken auf ihre Geschäfte mit bewaffneter Hand entgegenzutreten zu können. Die Depeschencensur wird sehr streng gehandhabt so daß auf diesem Wege nur schwer Nachrichten ins Ausland gelangen.

Nach einer Meldung des „Liberal“ vom Montag sind 50000 Mann ausständig. Kein Blatt soll erscheinen. Es scheint, daß die Arbeiterschaft von Sabadell, Tarrasa, Manresa und im ganzen Ter-Roden gemeinschaftliche Sache mit den Ausländern macht. Die Lage soll sehr ernst sein.

Die zehnte General-Versammlung des Bundes der Landwirte

ist am Montagmittag 1/2 1 Uhr im Circus Busch eröffnet worden. Wie alljährlich, war der gewaltige Steinbau von den Angehörigen des Bundes überfüllt, nur fehlten diesmal die Damen infolge der veränderten Stellung der Staatsbehörden in Bezug auf Teilnahme der Frauen bei politischen Versammlungen. Gestattet war seitens des Polizeipräsidiums die Anwesenheit von Damen in einem getrennten Segment des Circus. Da jedoch diese Anordnung nicht durchzuführen war, so konnte den zahlreich erschienenen Frauen der Besuch der Versammlung nicht gestattet werden. Schon von 1/2 11 Uhr an strömten die Massen der Landwirte nach dem Circus. Auf dem Borplatz hatte sich eine kleine landwirtschaftliche Ausstellung etabliert, während die Industrie durch Zettelverteiler arbeitete. In ganzen mochten wohl 7500 Personen anwesend sein. Die Mitglieder der konservativen Fraktion des Reichstags und Landtags waren zahlreich erschienen und nahmen auf der großen festlich decorierten Tribüne, welche anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bundes mit der Jubiläumsszahl im Kranze geschmückt war, Platz. Viel bemerkt wurde die Anwesenheit mehrerer katholischer Geistlicher, die während der Reden fleißig Notizen machten.

Als um 12 1/2 Uhr der Vorsitzende des Bundes sichtbar wurde, Febr. v. Wangenheim (Al-Spiegel), die Klingel schwingend, gab es großen Jubel. Er erinnerte in seinen Worten an die Gründung des Bundes vor zehn Jahren. Wie heute, lastete auch damals der Name der Sorge und der Not auf uns, und es war ein erhebendes Ereignis, als Kuprecht-Marsen seinen Ruf ertönen ließ. Unvergessen wird uns jene Livoli-Versammlung bleiben, die so ruhig und würdig vertief trotz aller Schwierigkeiten. Die verflochtenen zehn Jahre waren reich an Mühe und Arbeit. Wir haben durch unsere Arbeit erreicht, daß die wirtschaftspolitischen Forderungen in den Vordergrund unserer inneren Politik gedrängt wurden, wenn wir auch im einzelnen nicht die Erfolge erlangen, die wir wünschten konnten. Ich erinnere nur daran, daß schon die Regierungsvorlage des Zolltarifs bei weitem nicht die Anforderungen erfüllte, die sie hätte erfüllen müssen nach dem Urteil aller großen landwirtschaftlichen Korporationen. (Sehr richtig!) Ebenso der Antrag Kardorff. Wir stehen heute auf dem Standpunkte, daß er ein wirtschaftliches Unglück für die deutsche Landwirtschaft sei. (Donnernd, sehr langanhaltender Beifall.) Er schädigt uns durch die Bevorgung der Industrie durch erhöhten Schutz-zoll. Wir müssen uns dabei freilich auch nach weiter eignen Schuld fragen, und da müssen wir sagen: Wir würden mehr erreicht haben, wenn die ganze deutsche Landwirtschaft einmütig zusammengestanden hätte. (Sehr richtig!) Was auch die Statistik uns vorgelesen mag — die deutsche Landwirtschaft ist noch immer gleichberechtigt mit der Industrie! (Stürmischer Beifall.) Neue Kämpfe um die Handelsverträge werden entstehen. Gegenüber der Auffassung der Regierung, die großkapitalistische Unternehmungen und andererseits weitgehenden Industriearbeiterschutz fördert, müssen wir immer wieder den Grundsatz betonen, daß die Fürsorge für den Mittelstand noch wichtiger ist als die Fürsorge für den reinen Arbeiterstand. (Stürmischer Beifall.) Scholle und Herd wollen wir unterlegt halten! (Lebhafter Beifall.) Ich erinnere an das Wort des Grafen v. Posadowski: Ein Handwerk, welches nicht lebensfähig ist, soll nicht künstlich erhalten werden, die deutsche Landwirtschaft sei numerisch zurückgegangen, daß sie nicht mehr bezorgung werden könne. (Stürmischer Beifall.) Allerlei Vorwürfe macht man uns, zuerst den, daß wir dumpfen Selbstmitleid verfallen seien. Das ist richtig, soweit es sich auf das bezieht, was wir von der Regierung zu erwarten haben. Das ist, wenn wir das ausdrücken, keine heberische Agitation. Wir können gar nicht anders arbeiten als in **saatderhaltendem** Sinne. Wir müßten zur politischen Lüge werden, wenn wir je anders handeln würden. Aber das Recht, was jeder Stand hat, sich zu wehren, das hat die deutsche Landwirtschaft doch auch! (Stürmische Zustimmung.) Auch das Recht, die jeweiligen Regierungsanschauungen zu bekämpfen. (Stürmischer Beifall.) Denn Regierungsanschauungen wechseln, die Zukunft Deutschlands aber beruht in einer kraftvollen Monarchie. Wir wollen nicht ein Scheinparlament wie in England, nicht eine korrupte Despotie wie in Rußland, nicht eine Oligarchenwirtschaft wie in den Republiken. Aber wir wollen unserm Kaiser nicht als Sklaven, sondern als freie Männer, wie unsre Vorfahren es waren, dienen. (Donnernd, anhaltender Beifall.)

Es folgten ein Kaiserhoh und minutenlange Guldigungen für Freiherrn v. Wangenheim.

Dann sprach der zweite Bundesvorsitzende Dr. Köpcke. Heute, so erklärt er, stehen wir wieder auf dem Boden Caprivischer Anschauungen. Niemand hätte geglaubt, daß die Caprivischen Handelsverträge einen Tag länger als notwendig sei, bestehen würden. Heute aber, nach Ablauf der Kündigungsstermine, heiße der § 11 der Wiltofschen Politik: Die Handelsverträge dauern fort! Der Landwirt hat das Bedürfnis, der Regierung zu vertrauen, wie er das Bedürfnis hat, dem Himmel zu vertrauen.

Die nächsten Reichstagswahlen sollen zeigen, daß der Bund der Landwirte seine Kraft kennt, und daß wir in dieser Kraft zielbewußt dahin streben, daß wir eine genügende Zahl solcher Vertreter in den Reichstag, in die Parlamente bekommen, welche bereit sind, aus rein sachlicher Ueberzeugung rücksichtslos für das einzutreten, was sie als richtig von vornherein erkannt haben. (Stürmischer Beifall.) Hieran ersattete Dr. Diederich Hahn, gleichfalls wie sein Vorredner mit stürmischem Beifall begrüßt, den Geschäftsbericht.

Es ist das erste Mal, daß ein Geschäftsbericht nichts von einem neuem tiefen Mitgliederzutrags zu berichten weicht. Der Bund der Landwirte ist mit einem Bestande von einer Viertel Million Mitgliedern in das neue Jahr getreten; d. i. dieselbe Zahl wie im Vorjahre. Die Bundesleitung erklärt dies damit, daß im Hinblick auf die Reichstagswahlen und die dann nötige verstärkte Agitation die Abhaltung von Versammlungen und die Werbung von Mitgliedern im zweiten Halbjahre 1902 auf das äußerste beschränkt worden ist. Von den 25 000 Großgrundbesitzern des Deutschen Reiches gehören dem Bunde nur 1455, das sind sechs Prozent, an, mit einer Beitragssumme von etwa 54 000 M., das sind zehn Prozent der Gesamtbeiträge. Von den Bundesmitgliedern wohnen jetzt östlich der Elbe 111 500, westlich der Elbe 138 500.

Dr. Hahn läßt sodann durch Handaufheben und Zurufen feststellen, daß die sämtlichen Anwesenden, „wenn sie Reichstags-Mitglieder gewesen wären“, alle gegen den Antrag Kardorff gestimmt hätten, was fast endlose Beifallsstürme hervorruft.

Sodann sprach der Gutbesitzer Stauffer II als erster Referent über den Zolltarif. Er erklärt die Politik der Mehrheit für vollkommen verfehlt. Der Antrag Kardorff wird nur der Socialdemokratie nügen. Man hätte Mindestzölle für Vieh und Handels-gewächse durchsetzen müssen. Jetzt aber sei die Profetarisierung des platten Landes in Süddeutschland unvermeidlich. In den eblen Häusern des Bundes der Landwirte müsse man grenzenloses Vertrauen haben. (Wrausender Beifall.)

Als zweiter Referent spricht Herr v. Oldenburg-Jamischau. Er behauere es tief, daß sich im Reichstag in der Stunde der Entscheidung treue Freunde getrennt hätten. Optimist lömte man leicht sein, wenn man nicht von der schwanenden Ertragnissen der Landwirtschaft, sondern von festen Bezügen lebe. (Rufe: Wilson! Wilson!) Als Autorität für das Kompromiß sei der deutsche Landwirtschaftsrat genannt worden. Dieser aber habe seinen alten Standpunkt verneant und gehöre als fünfter bei der Wistpartie unter den Tisch. Im Kampfe gegen schlechte Handelsverträge würden sich Feinde und Freunde des Antrags Kardorff wieder zusammenfinden. Die großen Axture des künftigen Kampfes seien bereits aus den Coulissen getreten: der Bund der Landwirte und die Socialdemokratie. Der Bund trete ein für Gottesfurcht und Königtreue. (Großer Beifall.)

Folgende Resolution gelangt zur einstimmigen Annahme:

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte spricht dem Vorstand ihren Dank aus für sein bisheriges Verhalten und giebt dem Vertrauen Ausdruck, daß derselbe auch in Zukunft mit gleicher Festigkeit die Interessen des selbständigen Mittelstandes vertreten wird.

In der Diskussion nahm zunächst Herr v. Bodeleschwinck-Schwarzen-Hassel das Wort, um in einer längeren Rede gegen das Großkapital zu polemisieren. Herr Landwirt Vanit-Wadern behandelte die bekannte Tischrede des Landwirtschaftsministers Pöddielski und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Landwirtschaftsminister bald eines besseren besinnen und das Tisch-tuch wieder zusammenziehen werde.

Dann betrat der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Aröcher, die Rednerbühne, um das Verhalten der Reichstags-Mehrheit bei der Zolltarif-Vorlage zu entschuldigen. Bei dem Verhalten Obstruktion sei es nicht darauf angekommen, den Zolltarif in der gewünschten Form durchzubringen, sondern vor allen Dingen müßte die Obstruktion niedrigerungen werden. Die Mehrheit, die für den Antrag v. Kardorff gestimmt habe, sei vollkommen entschuldigt. Der Zolltarif habe eigentlich nur ein Vorpostengeschäft gebildet, den Hauptkampf würden erst die Handelsverträge bringen. Der Bund der Landwirte möge aus den Vorkommnissen seine grundsätzliche Stellung gegen die freikonservative und national-liberale Partei einnehmen, da durch eine gegenseitige Belämpfung nur die Socialdemokratie gewinnen würde. Man solle bereit bei den Wahlen kämpfen, jedoch in der Auswahl der aufzustellenden Kandidaten sorgfältig vorgehen.

Reichstags-Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg erklärt, daß die Landwirte jetzt einem schweren Kampfe entgegen gingen und infolgedessen fest geschlossen zusammenhalten müßten. Seine Partei habe seit den Tagen des Abflusses der österreichischen Handelsverträge zu dem Bunde gehalten. Die national-liberale Partei, welche Herr von Aröcher in Schutz genommen, sei ein schwaches Rohr, welches von dem Winde bald nach rechts, bald nach links getrieben werde. Bei den Handelsverträgen, die den Reichstag noch beschäftigen werden, müsse sorgfältig geprüft werden, ob sie der Landwirtschaft nützen, und wo dies nicht der Fall, seien sie abzulehnen. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß man zum erstenmal in der Bundesversammlung die Frauen miffen müsse, die deutschen Frauen und Jungfrauen, die Briefierinnen des Solles und Erzieherinnen der deutschen Jugend.“ Diesen rufe er zu: Heil! Heil! Heil!

Als nächster Redner wandte sich Herr Reichstags-Abgeordneter Dr. Dertel gegen die Ausführungen des Herrn von Aröcher. Die Annahme, daß der Zolltarif gefallen wäre, wenn der Antrag von Kardorff nicht zur Annahme gekommen, sei irrig. Die Regierung hätte unbedingt einen neuen Zolltarif ausarbeiten müssen. Herr v. Aröcher habe ferner darauf hingewiesen, daß man nicht wissen könne, wie der nächste Reichstag zusammengesetzt sein werde, das wisse ja niemand und der Bund werde dafür sorgen müssen, daß er sich so halte, wie man ihn haben wolle. Die Inkastretung des Zolltarifs sei leider nicht festgelegt und der Tarif sei nichts als Papier und Dunderschwärze. Die Bundesregierung könne thun was sie will, sie könne den Tarif in Kraft treten lassen, wenn sie will und die Handelsverträge kündigen oder bestehen lassen nach ihrem Belieben. Die Landwirte haben von der Annahme dieses Zolltarifs nichts weiter als die Hoffnung. Nachdem noch Graf Reventlow, Vorsitzender des Bundesbezirks Schleswig-Holstein und Herr v. Kaymer-Kottbus gesprochen, teilte Herr Dr. Diederich Hahn mit, daß in der am Sonntag stattgefundenen Auswahlsitzung Freiherr v. Wangenheim-Alten-Spiegel und Dr. Köpcke-Gröndorf auf fünf Jahre als Bundesvorsitzende wiedergewählt worden sind. Als einer der letzten Diskussionsredner nahm der Schneidermeister Donner das Wort, der darauf aufmerksam machte, daß er zwar niemals ein Landmann, wohl aber Pferdnecht und Ochsenjunge gewesen sei. Nicht als Ochsenjunge, aber als Vorsitzender des allgemeinen Vereins der Gewerbetreibenden Berlins und Umgegend bringe er dem Bunde seinen Gruß. Es gelangten schließlich eine größere Anzahl von Begrüßungs- und Glückwünsche-Telegrammen zur Verlesung und 1/5 Uhr wurde die Generalversammlung, die schon vor Schluß der Tagesordnung fast drei Viertel ihrer Teilnehmer eingebüßt hatte, mit einem Hoch auf den Bund der Landwirte geschlossen.

Hus Industrie und Handel.

Eine neue Unterschlagung. In der Börse war heute das Gerücht verbreitet, daß in einer der Depositionskassen der Deutschen Bank eine größere Unterschlagung vorgekommen sei, wie es hieß, sogar im Betrage von 100 000 M. Der Defraudant hätte, so wurde

erzählt, sich bereits das Leben genommen. Wie weit diese Mitteilungen begründet sind, läßt sich nicht ersehen, da von der Mithildigkeit der Deutschen Bank, bisher eine Erklärung fehlt.

Große Berliner Straßenbahn. In der Aufsichtsratsitzung, die heute stattgefunden hat, wurde von der Verwaltung der Geschäftsabteilung für das vergangene Jahr vorgelegt und beschlossen, die Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 1/2 Proz. auf das erhöhte Aktienkapital (85 785 000 M.) vorzuschlagen. Im vorigen Jahre wurde bekanntlich ebenfalls 7 1/2 Proz. zur Verteilung gebracht, doch waren damals nur 68 625 000 M. dividendenberechtigt.

Die Berliner Handelskammer und die Börsengesetz-Reform. Auf eine von den Ältesten der Kaufmannschaft am 5. Januar geführte, einer Versammlung der deutschen Börsenvorstände am 11. Februar vorzulegende Resolution, betreffend Revision des Börsengesetzes und Börsensteuergesetzes, die der Kammer zur Erklärung ihrer Zustimmung unterbreitet worden war, hat die Handelskammer die Antwort erteilt, daß ihr die vorgeschlagene Resolution nicht weit genug geht, da sie die von den Interessenten gehegten berechtigten Wünsche nicht genügend zum Ausdruck bringt.

„Wenn“ heißt es in der Antwort, „die deutschen Börsen die zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben unentbehrliche Kraft und Bewegungsfreiheit wiedererlangen sollen, muß immer wieder und in erster Linie eine durchgreifende Aenderung der nunmehr in den weitesten Kreisen als veraltet erkannten Grundlagen des Börsengesetzes verlangt werden. Wir halten es deshalb nicht für richtig, wenn die Börsenvorstände sich mit einer wenn auch nur vorläufigen partiellen Revision des Börsengesetzes einverstanden erklären oder gar eine solche bei der Regierung beantragen, zumal eine partielle Revision nach unserer Überzeugung einer gründlichen Aenderung des Gesetzes, wie sie das Bedürfnis der Börsen dringend erfordert, auf lange Zeit den Weg versperren würde. Daher genügt es nicht, daß das Börsengesetz in Gemäßheit der vom Börsenausschuß unter dem 11./12. Juni 1901 einstimmig gefassten (ihrer Resolution zu Grunde gelegten) Beschlüsse abgeändert werde; vielmehr müssen auch diejenigen Aenderungen herbeigeführt werden, die von der Wahrheit des Börsenausschusses zur Wiederherstellung der gefährdeten Moral und der Rechtssicherheit als erforderlich bezeichnet worden sind. Und zwar muß die Aufhebung des Börsenregisters und der darauf beruhenden Bestimmungen über Börsenintermediäre, die Aufhebung des Verbots des Börsenintermediärenhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten, sowie Anteilen von Bergwerken, und Fabrikunternehmungen angestrebt werden. Ferner muß bis zur Höhe der bestellten Sicherheiten eine Anfechtung aus §§ 50 oder 66 B. G. B. oder 764 B. G. B. und die Rückforderung des einmal Geleisteten in allen Fällen ausgeschlossen sein. Ein gegebenes Schuld- oder Kontokorrent-Inventar muß wieder auf Grund des Börsengesetzes nach der §§ 762 bis 764 B. G. B. widerrufen oder angefochten werden können. Die Umsatzsteuer ist, wenn nicht ganz abzuschaffen, so doch wenigstens so weit zu ermäßigen, daß das bei der jetzigen Höhe derselben so gut wie unmöglich gemachte Arbitragegeschäft und ein regelmäßiger Börsenhandel wieder hergestellt werden können. Die Vorschriften betreffend den Stempel aus Wertpapieren sind dahin zu ändern, daß dieser den internationalen Verkehr und die Arbitrage in Wertpapieren nicht in dem Maße beeinträchtigt, wie es zur Zeit der Fall ist.“

Es soll nicht näher untersucht werden, ob nicht in Anbetracht der bestehenden politischen Verhältnisse es tatsächlich richtiger ist, wenn die Interessenten sich zunächst auf die Forderungen der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft beschränken; jedenfalls ist es aber völlig verfehlt, darauf hinzuwirken, daß sich noch der gegenwärtige Reichstag mit der Sache beschäftigt. Es muß jedem, der die Stimmung der Konservativen und des Centrums kennt, klar sein, daß dabei nichts Wünschenswertes herauskommen, sondern eine gründliche Reform nur weiter hinausgeschoben würde.

Schiffbau in den Vereinigten Staaten von Amerika während des Jahres 1902. Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren außerordentliche Anstrengungen gemacht, ihren Schiffbau auf eine höhere Stufe zu heben; doch lassen die amerikanischen Reeder ihre größeren Stahldampfer noch immer größtenteils in England herstellen. Der Schiffbau-Kommissar der Regierung zu Washington hat kürzlich eine Tabelle über Anzahl und Tonnengehalt der in den Vereinigten Staaten von Amerika während des Kalenderjahres 1902 fertiggestellten und amtlich registrierten Schiffe veröffentlicht. Danach wurden der amerikanischen Flotte im vergangenen Jahre 1262 Schiffe mit 429 327 Brutto-Reg.-Tons hinzugefügt gegenüber 1322 Fahrzeugen mit 376 129 Brutto-Reg.-Tons im Jahre 1901. Das Bestreben nach dem Bau größerer Schiffe erhellt aus der Berechnung, daß auf ein Schiff im Jahre 1902 durchschnittlich 340, im Jahre 1901 nur 285 Brutto-Reg.-Tons entfielen.

Die meisten Schiffe, nämlich 856 Stück mit 214 538 Reg.-Tons, wurden am atlantischen Ozean einschließlich des Golfs von Mexiko gebaut, ferner 104 Stück mit 158 230 Reg.-Tons an den großen Binnenseen, 161 Stück mit 48 432 Reg.-Tons am Stillen Ozean, 128 Stück mit 7935 Reg.-Tons an den Flüssen des Westens, 9 Stück mit 137 Reg.-Tons auf Puerto Rico und 4 Stück mit 35 Reg.-Tons auf Hawaii.

Bank-Dividenden. Die Vereinsbank in Nürnberg verteilt 10 Proz. Dividende. Der Gesamtgewinn beträgt 2 075 778 Mark, doch kommt bei der Verteilung in Betracht, daß sich die Disagio-Reserve von 510 765 M. auf 152 260 M. ermäßigt hat. — Die Bayerische Notenbank in München gibt 7 Proz. Dividende (gegen 8 Proz. im Vorjahr). Der Bruttogewinn beträgt 1 789 041 M. (i. V. 1 980 806 M.), der Reingewinn 820 016 M. (i. V. 1 031 403 M.). — Die Deutsche Nationalbank in Bremen schlägt eine Dividende von 3 Proz. vor (gegen 7 Proz. im Vorjahr).

Im Sanatorium.

Zu dem Entschluß, aus Salzburg in heimlicher Nacht zu entfliehen, wurde die Kronprinzessin geleitet durch die Androhung, daß Kloster oder Irrenhaus ihr Schicksal sein würde. Sie entfloh den Drohungen, um nun nach kurzer Frist, gebrochen durch Verfolgungen und Not, freiwillig in die Kervenheilanstalt zu gehen. Freiwillig — sofern ein freier aufrechter Wille überhaupt noch in dieser Frau lebt.

Die satte Jugend der „anständigen Leute“ triumphiert: So kommt die Vergeltung über das Weib, das die Ehe brach und ihre Kinder verließ. Nichts war widerwärtiger in der Tragödie der sächsischen Kronprinzessin als der Lärm der Sittlichkeitswächter, nichts ist gemeiner als nun das breite feiste Lachen ihres Triumphes. Das sind dieselben Sittlichkeitswächter, welche alle Sündenhaftigkeiten des kapitalistischen Segnalbens beschönigen, welche die offene und geheime Prostitution als das Fundament des Familienlebens billigen, welche die Vielweiberei der Männerwelt als ein ewiges Menschenrecht schätzen.

Gewiß, es wäre eine weitaus höhere Stellung gewesen, die sich die Thronfolgerin von Sachsen erringen konnte, wenn sie ihre Befreiung aus höfischen Fesseln nur aus eigener Kraft vollendet hätte. Zu solcher Größe schickte ihr die Natur. Groß war sie nur in dem Sehnen, das in ihr hinaustrick aus der Enge und den Nichtigkeiten des höfischen Treibens, das im idyllischen Aesler des Malers auf den Lothwitzer Hügel sich zu dem schmerzvollen Ausbruch erhob: „Ach könnte ich auch so in stiller Abgeschiedenheit ein Leben für mich führen! Es war das Verhängnis der Kronprinzessin Luise, daß sie den Weg in die Freiheit nicht finden konnte im freien Geistesentschluß, daß sie, um in ein neues Leben zu gehen, sich der Leidenschaft zu einem Manne überließ, durch den sie Rettung erhoffte und dessen Charakter sie offenbar in ihrer Seelennot falsch einschätzte.“

Da aber diese Tragödie sich so vollzogen, bleibt es Pflicht der Menschlichkeit, dieser Frau, die viel getriert und viel gelitten, nicht nur unser Mitleid nicht zu verlagern, sondern die Achtung zu bewahren, die sich ein Mensch erwirbt, der den höchsten Glanz und Reichtum, den die bürgerliche Welt zu geben hat, der eine Königskrone ausschlug.

Folgende telegraphische Nachrichten liegen vor:
Genf, 8. Februar. (Meldung der „Schweizerischen Depesch-Agentur“.) Von den Vertretern der Prinzessin Luise wurde folgende Mitteilung gemacht:

Nach den Ereignissen der letzten Wochen, namentlich nach dem Ausschluß aus dem väterlichen Hause und nach der Erkrankung ihres Sohnes sind bei der Prinzessin Luise eine tiefe Erschütterung und eine körperliche Depression zu Tage getreten; in deren Verfolg und mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, in denen sie sich befindet, entschloß sich die Prinzessin zur Erlangung der für sie dringend notwendigen Ruhe und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit ärztlichen Beistand in Anspruch zu nehmen. Die Prinzessin hat daher heute Aufnahme in das bei Lyon gelegene Sanatorium La Retairie nachgesucht und dieselbe dort gefunden.

Genf, 9. Februar. Nach zuverlässigen Informationen soll eine Verschiebung der auf den 11. Februar angetagten Verhandlung in dem Eheprozeß der Prinzessin Luise möglich sein. Ferner wird berichtet, Leopold Wöllfling stehe in keinerlei Beziehung zu den Entschickungen der Prinzessin Luise und Girons. Es sei ihm gestattet worden, seine Schwester in La Retairie zu besuchen. Von La Retairie trafen heute vormittag günstige Berichte ein. Die Prinzessin behauptet eine zur Anstalt gehörende Villa und ist mit den Einrichtungen zufrieden.

Dresden, 9. Februar. (B. S.) Der Entschluß der Prinzessin Luise, in einer Kervenheilanstalt Aufnahme zu suchen, wird hier in allen Kreisen mit Genehmigung aufgenommen. In dem Fortgange des Eheprozesses ändert aber auch dieser Schritt nicht das geringste. Die Veranlassung dazu ist allein von den Rechtsanwaltern der Prinzessin ausgegangen, der sächsische Hof hat in dieser Richtung keinerlei Versicherungen gemacht.

Dichtungen der Kronprinzessin.

Zur Charakteristik der Prinzessin Luise sind einige kleine Strophen, die sie gedichtet und die ein Zufall der „Frankf. Zig.“ zugeführt hat, recht bemerkenswert. Auch diese Aeußerungen eines schwachen Herzens, so wenig künstlerische Bedeutung sie haben, bekunden, daß die Verfasserin keineswegs das leichtfertige Weib ist, als das es die Scheinlichkeit verleumdet:

Was ich geträumt!

Norderney, August 97.

Was's Wirklichkeit, war es im Traum?

Da ich, von weißen Flügeln leicht getragen,
Durchschwebt den unermeßlich weiten Raum
Den Sternen zu, die schlummernd vor mir lagen!

Ein unbeschreiblich Sehnen fällt mein ganzes Wesen:
Glück jedem Herz zu bringen, das mich kennt,
Und in geheimnisvollen Glanz der Augen dann zu lesen
Den schönsten Dank, den man die Liebe nennt!

Und träumend schwebte ich zur Erde nieder,
Die schweigend ruht in sternenheller Nacht,
Durch meine Seele zogen leiseieder,
Mir war's als hättest du an mich gedacht!

Enttägung.

Du hast mit ruhlos heißen Sehnen
Ein Herz erträumt, das dich so ganz verstand,
Ob du's gefunden? Ob das Aug' voll Tränen
Rückwärts du wendest und es mich dann fand?

Glück giebt es nur im sühnerlichen Enttägung,
Pflicht macht das Schwere dir nicht schwer,
In deinem jungen Lebens sonntig schönsten Tagen
Tran' keinem Glück, es läßt dich kalt und leer.

Träumst dann dein Herz von süßen Glückesstunden,
Rastlos sie suchend strebst du himmelwärts,
Im Schaffen hat dein Geist sein Glück gefunden,
Doch ist dein Ziel — und nutzlos sei dein Herz!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Jungbierkutscher haben am Montag früh den Brauereibesitzern ihren Lohnzettel vorgelegt und ist derselbe von sieben Brauereien, wovon drei dem Ring nicht angehören, anerkannt und unterschrieben worden. Bei 20 Brauereien, welche ihre Unterschrift nicht gegeben haben, wurde die Arbeit einmütig niedergelegt. In den neuen Bedingungen fahren zur Zeit 30 Kutscher, im Streik befindlich sind 119 Kutscher. Von sieben Brauereien mit ca. 13 Kutschern ist bis zur Stunde ein Bescheid noch nicht eingegangen. Die Ausständigen haben im Laufe des ersten Tages bereits 10 000 Flugblätter an ihre Stunden verteilt. Das Flugblatt trägt die Aufschrift „An die Bevölkerung Berlins“ und legt den Grund des Streiks klar. Die Kutscher von der Brauerei „Süd-West“, Inhaber Stolpmann, 19 an der Zahl, haben sich dem Centralverband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter nicht angeschlossen und fahren weiter. Die Streikleitung ersucht die Arbeiterkassen dringend, bei der Abnahme des Bieres nur diejenigen Kutscher berücksichtigen zu wollen, welche sich durch die grüne Legitimationskarte ausweisen können.

Streikbrecher haben sich von seiten der Kutscher nicht gefunden. Jedoch haben in einzelnen Brauereien die Vorküster und Reisenden sich dazu hergegeben, Streikbrecherdienste zu leisten.

Es handelt sich bei dem Streik um die Anerkennung des nachstehenden Tarifs:

1. Das Bier wird seitens der Kutscher mit 8 Pf. per Liter abgerechnet. — 2. Der Lohn beträgt bei einem Umfah bis zu 70 M. 18 M., bis zu 100 M. 21 M., bis zu 150 M. 24 M., bis zu 200 M. 27 M., bis zu 250 M. 30 M., bis zu 300 M. 33 M., bis zu 350 M. und mehr 36 M. — 3. Für Bier in kleinen Gebirgen werden 15 Proz. gewährt, welche bei jeder Abrechnung in Abzug kommen. — 4. Der Wander-Gewerbeschein für die Landkutscher ist von den Brauereibesitzern zu bezahlen. — 5. Die Verkoster hat der Brauereibesitzer zu tragen. — 6. Maßregelungen oder Verurteilungen der Kutscher dürfen nicht stattfinden.

Die Einführung der periodischen Arbeitslosen-Unterstützung im Steiner-Verband, und zwar für die in und um Berlin delegierten Filialen desselben, ist am Sonntag in einer kombinierten Versammlung beschlossene worden. Es sind folgende Filialen daran beteiligt: Berlin I, Berlin II, Vergholz, Caputh, Charlottenburg, Eberswalde, Köpenick, Nixdorf, Saarmund, Schöneberg und Weizen mit insgesamt 800 Mitgliedern, das ist ziemlich ein Fünftel des Gesamtverbandes. Die Kosten werden durch Ertragsbeiträge (pro Woche 20 Pf.) der beteiligten Mitglieder bestritten. Als Grundfonds ist den lokalen Streikfonds ein Betrag von circa 6000 M. entnommen worden. An Unterstützung erhalten die vollberechtigten Mitglieder (das sind solche, welche einschließlich 1902 ihre Beiträge

namentlich auch die zum lokalen Streikfonds, bezahlt haben) in der Zeit vom 1. April bis zum Ende der auf den 15. November folgenden Kalenderwoche im Fall der Arbeitslosigkeit auf die Höchstdauer von sechs Wochen pro Woche 6 M. Unternehmung, im Falle der Krankheit auf die Höchstdauer von acht Wochen. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird vom 7. Tage ununterbrochener Arbeitslosigkeit ab gewährt, die Krankenunterstützung schon vom 1. Tage ab, sofern die Krankheit mindestens eine Woche anhält. Für Mitglieder von auswärts, die nur vorübergehend im Gebiet der genannten Filialen arbeiten, ist die Einrichtung vorgesehen, daß sie (nach Zurücklegung der Marenzzeit) im Fall der Arbeitslosigkeit bei sofortiger Vereinerklärung zur Abreise 6 M. Reisegeld erhalten können. Mitglieder, welche erst jetzt dem Verband beigetreten sind oder nicht sämtliche Beiträge bis Ende 1902 bezahlt haben, können die vollen Rechte durch Nachzahlung der Beiträge für 1902 erwerben oder aber dieselben haben neben der Zurücklegung einer Marenzzeit von zehn Wochen nur Ansprüche auf das Minimum der Unterstützung: bei Arbeitslosigkeit vier Wochen, bei Krankheit sechs Wochen.

Die Tätigkeit des Unterstützungsfonds beginnt mit dem 15. März, zugleich tritt auch ein Arbeitsnachweis ins Leben, der von dem ebenfalls in der Versammlung am Sonntag gewählten, mit 1900 M. Jahresgehalt angeestellten Kassierer verwaltet wird.

Die Arbeiter der sächsischen Kanalisationswerke hatten den zuständigen Behörden im August vorigen Jahres einen Lohnzettel überreicht. Derselbe forderte: 1. für Waffnarbeiter, Kanalarbeiter und Druckrohrarbeiter einen Anfangslohn von 24 M., die Woche, nach 2 Jahren 26 M., nach 5 Jahren 29 M., nach 8 Jahren 32 M., nach 11 Jahren 35 M.; 2. für Heizer einen Anfangslohn von 27 M., nach 2 Jahren 29 M., nach 5 Jahren 32 M., nach 8 Jahren 35 M., nach 11 Jahren 38 M.; 3. für Fuher und Aohlenarbeiter einen Anfangslohn von 24 M., nach 2 Jahren 26 M., nach 5 Jahren 28 M., nach 8 Jahren 30 M., nach 11 Jahren 32 M. Dieser Tarif ist, wie in einer Versammlung am Sonnabend ausgeführt wurde, trotz aller Vorstellungen endgültig abgelehnt worden. Die Arbeiter wußten nunmehr keinen andren Ausweg, als die Öffentlichkeit für sich in Anspruch zu nehmen, um durch den Druck der öffentlichen Meinung eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Die Arbeiter fordern die Bewilligung des vorstehenden Lohnzettels, die Einführung von Wochenlöhnen statt Tagelöhnen, Erleichterung eines Arbeiterauschusses, Regelung der täglichen Arbeitszeit, Einführung eines Schichtwechsels dergestalt, daß jeder Arbeiter nur jede dritte Woche Nachdienst hat.

In den Union-Werken ist es nicht zum Streik gekommen. Die Differenzen fanden nach kurzer Verhandlung zwischen der Direktion und den Drehern eine beide Teile befriedigende Erledigung.

Deutsches Reich.

In der Zuckfabrik von Lohmann in Sternberg (Mecklenburg) sind 60 Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie eine geringe Lohnerhöhung forderten.

Die Maurer in Bremerhaven haben mit den Unternehmern einen Tarif vereinbart, der vorläufig vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 Gültigkeit hat. Durch denselben wird der Stundenlohn festgesetzt für Maurer auf 50 Pf., für Junggehilfen auf 42 1/2 Pf. Weiter wird eine Regelung hinsichtlich der Arbeitszeit und der event. Ueberstunden geschaffen. Die Maurer haben damit so ziemlich ihre gesamten Forderungen durchgesetzt.

Ausland.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Hafenarbeiter Dänemarks. Zu Odense ist jetzt ein wirtschaftlicher Krieg zwischen der organisierten Arbeiterschaft und dem Teil des Bürgertums ausgebrochen, der die Maßnahmen der Handelsvereinigung zur Verwirklichung der Organisation der Hafenarbeiter unterstützt. Aller Verleumdung abgesehen mit den direkten oder indirekten Besühnungen der von der Handelsvereinigung gegründeten „Hafenzunft“, mit ihren Geschäften und gewerblichen Betrieben. Demjenigen Geschäftsmann, der seine Waren mit Hilfe der Hafenzunft löschen oder verladen läßt, läßt man es fühlen, daß er ein Feind der Arbeiter ist. Seine Waren kauft man nicht, kein organisierter Arbeiter will in seinem Hause wohnen, keiner irgend welche Arbeit für ihn ausführen. Aber am bittersten wird der Kampf gegen die Arbeiter geführt, die sich von der Hafenzunft anwerben lassen. Keiner will mit ihnen in demselben Hause wohnen, noch in derselben Restauration sitzen, oder in dieselbe Kirche, in dasselbe Theater gehen wie er, noch Waren kaufen in demselben Laden, wo er kauft. —

Die Differenzen mit dem „Bremer Vulkan“ sind beigelegt. Bremen, 9. Februar. (Eig. Ber.) Die Differenzen zwischen der Direktion des „Bremer Vulkan“ in Begeßel und der Arbeiterkassen sind beigelegt. Die Arbeiter haben in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Verbände die von uns mitgeteilten Vorschläge der Direktion bezüglich der Teilnahme an Verhandlungen angenommen.

Wer von den Arbeitern der betreffenden Abteilung sich an dem Geschehen beteiligt, darüber soll von Fall zu Fall zwischen dem Arbeiterausschuß und der Verflechtung Vereinbarung getroffen werden. Der neue Metertarif soll in Kraft treten, sobald die technischen Vorbereitungen dafür beendet sind; es handelt sich um eine Entlastung der Arbeiter in der Art ihrer Arbeit. Bis dahin gilt der alte Tarif. Sollten nach dem neuen Tarif die Arbeiter nicht zu einem höheren Verdienst kommen, so hat der Arbeiterausschuß sofort mit der Direktion zu verhandeln. Mit der Annahme der Vorschläge der Direktion erhebt sich die über die Verflechtung Sperre. Von besonderer Bedeutung ist, daß sämtliche Maßregelungen, auch solche, die bereits einige Wochen zurückliegen, zurückgenommen werden. Von den Ausgesperrten wird die Arbeit morgen, Dienstag, wieder aufgenommen.

Die Stichwahl in Schleswig

hat Montag stattgefunden. Obgleich bisher nur ein Teilergebnat vorliegt, ist an dem Siege des volksparteilichen Kandidaten Spethmann nicht zu zweifeln.

Bisher liegt folgendes Telegramm vor:
Schleswig, 9. Februar, 10 Uhr abends. (B. L. B.) Bei der heutigen Reichstags-Stichwahl im Wahlkreis Schleswig-Edernförde wurden bisher gezählt für Spethmann (fr. Sp.) 3252, für Hoffmann (Soz.) 2317 Stimmen.

Verflohtener Fischdampfer.

Seefermünde, 9. Februar. (B. L. B.) Der Dampfer der Seefermünder Herings- und Hochseefischerei-Gesellschaft „Friedrich Albert“ ist bis jetzt von seiner Fangreise nach Island nicht zurückgekehrt und wahrscheinlich der mit aus 12 Mann bestehenden Besatzung untergegangen. Die Zahl der in diesem Jahre verflohtenen Fischdampfer der Seefermünde ist damit auf vier gesunken.

Großfeuer.

Leipzig, 9. Februar. (B. L. B.) In Aum wurden gestern 370 Privathäuser und mehrere öffentliche Gebäude durch ein Feuersbrunst zerstört. 300 Familien sind obdachlos und drohtes geworden.

Reichstag.

254. Sitzung. Montag, den 9. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pobjedonkoff, Freiherr v. Thielmann.

Zunächst wird eine Reihe von Rechnungssachen in dritter Beratung erledigt.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern fortgesetzt in Verbindung mit den bereits erwähnten Anträgen Hehl (natl.) - Reimborn (C.), Albrecht (Soc.), Gröber (C.) und Köfide (Dessau) - Dr. Sachse (frj. Bg.).

Abg. Dr. Dertel (L.):

Abg. Wurm äußert sich unwillig darüber, daß ein Betrieb 50 Proz. Dividende verteilt und trotzdem seine Arbeiter aufs äußerste ausgebeutet habe. Wenn diese Mittelung richtig ist, so beurteilen auch meine politischen Freunde eine solche Dividendenjagd auf Kosten der Arbeiter aufs schärfste. Wir beurteilen die Dividendenjagd in jeder Form, auch bei Betrieben, an deren Spitze Herren stehen, die den Herren von der äußersten Linken ungeniem nahe stehen. Herr Wurm sollte sich aber hüten, von solchen Einzelvorgängen auf die Allgemeinheit zu schließen. Ebenso falsch ist die Verallgemeinerung der Behauptung, daß alle Landwirte die Unfallversicherungs-Vorschriften laß handhaben. Wenn die Statistik gegen früher höhere Unfallziffern aufweist, so liegt das daran, daß neuerdings auch die geringsten Unfälle, wie Schmitze in den Fingern usw., gemeldet werden müssen und in der Statistik mit aufzutauchen. Gewisse Unfälle werden sich in der Landwirtschaft nie ganz vermeiden lassen. Abg. Wurm hat das Wort wiederholt, daß zwischen Besitzenden und Besitzlosen ewig Kampf sein werde. Das würde vielleicht wahr sein, wenn die Gegenläufige sich derart zuspitzte, daß eine handvoll Kapitalisten einer Millionenmasse von Proletariern gegenüberstände, die von der Hand in den Mund leben. Um so mehr ist die Erhaltung einer wirtschaftlichen Mittelschicht eine soziale Aufgabe von hervorragender Bedeutung. Dann kann zwischen Kapital und Arbeit Friede sein. Die Socialpolitik darf sich nicht erschöpfen in der Frage des Lohnarbeiter-Schutzes. Es ist nichts geschehen in der letzten Zeit zur Erhaltung des kaufmännischen, gewerblichen und handwerklichen Mittelstandes. Ich bitte den Staatssekretär, uns zu sagen, was nach seiner Meinung geschehen ist.

Ich halte den Befähigungsnachweis für das gesamte Handwerk für notwendig, obwohl diese Frage noch strittig ist. Sprundreis aber ist die Frage der Einführung des Befähigungsnachweises im Bau- und Gewerbe. Warum ist trotzdem auch hier nichts geschehen? Diese Forderung muß auch erhoben werden im Interesse des Lebens und der Sicherheit der Bauhandwerker und des Publikums. Hier muß das alte Wort wiederholt werden: „Etwas mehr Dampf, Herr Minister!“ Die Kleinwerkbetriebe leiden sehr unter dem unläuternden Wettbewerb. Das bestehende Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wird von manchen Kritikern als ein Messer ohne Heft und ohne Klinge bezeichnet. Der Begriff „unwahre Angaben“ in § 1 des Gesetzes ist viel zu eng gefaßt. Ich gebe zu, daß wir vielleicht noch weitere Erfahrungen mit der Handhabung dieses Gesetzes machen müssen, bevor wir zu einer Revision derselben schreiten. Dagegen muß dem Ausverkaufslinien schon jetzt energisch entgegengetreten werden. Die Illicitpreis des Reichsgerichts eröffnet den Nachziehungen bei Ausverkäufen Thor und Thür.

Die Bäderverordnung besteht immer noch unändert und belastet immer noch die mittleren Bäderbetriebe aufs schwerste. Ich hatte auf den Minister Köller nicht allzu viele Hoffnungen gesetzt, aber wenigstens hatte ich ihn für einen Gegner der Bäderverordnung gehalten. Warum ist an Stelle der Marktmarktszeit immer noch keine Mindestzeit getreten, wie es die Regierung schon vor vier Jahren in Aussicht gestellt hat?

Der Staatssekretär meinte, der Begriff des modernen Staates schließe die Erhaltung gewisser nicht mehr lebensfähiger Mittelstandsklassen aus. Ich weiß nicht, was der Staatssekretär sich unter einem „modernen Staat“ denkt. Was ein modernes Volk, ein modernes Volk, das wissen wir alle. (Heiterkeit.) Was aber ist der moderne Staat? Ich denke mir darunter den mit dem sozialen Gedanken durchdränkten Staat, im Gegensatz zum „Nachwachstumsstaat“. Dieser aber fordert nicht nur den Arbeiterschutz, sondern auch den Mittelstandsschutz. Der Staatssekretär sagte: „Wir können nicht mehr beleben, was nicht mehr zu beleben ist.“ Diese Worte haben in der Presse des Mittelstandes ein sehr unheimliches Echo gefunden. Hoffentlich hört der Staatssekretär heute die etwa bestehenden Mißverständnisse auf. Der von ihm gebrauchte Satz bildet eine belächelte Redewendung gewisser Kathedersocialisten. (Sehr richtig! rechts.) Andre Nationalökonomien rechnen auch die Monarchie zu den Dingen, die nicht mehr zu beleben seien. Weides steht in einem unlöslichen Zusammenhang. Ohne einen selbständigen Mittelstand ist die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, die Monarchie, nicht aufrecht zu erhalten. Dann kommt die Expropriation der Expropriateure. Es gibt keine Monarchie, wenn eine handvoll Großkapitalisten einer Masse von Proletariern gegenübersteht. Das lehrt die Geschichte und wird auch die Zukunft lehren. Man sagt, es habe sich ein „neuer Mittelstand“ herausgebildet, aber die Raposchke von Bersehim oder Tieg, oder die Jagdhüter und Feldhüter auf den Latifundien der Barone Cohn (Heiterkeit rechts), bilden doch kaum ein so starkes, staatsbehaltendes Element, wie unsere selbständigen kleinen Bauern und Handwerker. (Zustimmung rechts.) Die Elemente der Staatserhaltung ziehen ihre Nahrung aus dem Boden des alten selbständigen Mittelstandes, während aus dem neuen Mittelstande, aus dem Kreise der besseren Arbeiter und Vorarbeiter und der kaufmännischen Angestellten schon heute die besten kleineren und mittleren Führer der Socialdemokratie hervorgehen.

Gleich mögen manche Handwerke nicht mehr zu erhalten sein, aber wer nicht einen um seine Rigur herumklosternden Rod haben will, wird sich auch im Jahre 3000 nach an einen Schneidermeister wenden müssen, der nicht Maschine ist, sondern Kopf und Auge hat. Also besonders das zum Teil künstliche Handwerk und der kleine Kaufmannstand werden stets ihre Berechtigung haben, ihre Erhaltung liegt im Interesse unserer Wirtschaftsordnung und der Monarchie. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Pobjedonkoff:

Ein socialpolitisches Programm brauche ich nicht zu entwickeln. Der Herr Reichsfinanzminister leitender Staatsbeamter, hat seine socialpolitische Auffassung diesem hohen Hause klipp und klar dargelegt. Ich werde mich bemühen innerhalb meines Ressorts unter Zustimmung der verbündeten Regierungen diese socialpolitische Auffassung zur Geltung zu bringen.

Es ist im Laufe der Debatte darauf hingewiesen worden, daß man den Arbeiterschutz in ähnlicher Weise regeln solle wie das in einem französischen Gesetz geschehen ist. Dort sind die verschiedenen Gewerbe aufgeführt und es wird hinzugefügt, welche Arbeiterschutzbestimmungen eingeführt werden. Etwas Ähnliches verfolgen wir gegenwärtig, wenn auch nur bei sämtlich jugendliche Arbeiter und Frauen. Wir erwägen, ob nicht jugendliche Arbeiter und Frauen von gewissen gesundheitsgefährlichen Betrieben ganz auszuschließen sind. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen. Wir sind ferner damit beschäftigt, die Bestimmungen der Konfessionsordnung auch auf diejenigen Arbeiter auszuweiten, die in Mahlmüllereien beschäftigt werden. (Bravo!) In nicht zu langer Zeit wird Ihnen eine Verordnung in dieser Richtung vorgehen. Was die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie betrifft, so ist das sehr schwierig. Das Reichs-

amt des Innern hat auf Grund des von Ihnen beschlossenen Gesetzes die Initiative ergriffen und einen Vorschlag ausgearbeitet. Dieser Vorschlag ist sowohl dem preussischen Ressort wie auch dem Reichsressort und sämtlichen verbündeten Regierungen zugegangen. Ich muß aber mit Bedauern sagen, daß sich aus den gutachtlichen Äußerungen der verbündeten Regierungen ergeben hat, welche außerordentliche Schwierigkeiten diese Materie hinsichtlich hat. Wir haben bis jetzt keinen Weg gefunden, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Ich will nur eine Schwierigkeit erwähnen, das ist die, wenn der Gewerbetreibende in dem Bezirk einer anderen Krankenkasse wohnt wie der Heimarbeiter. Es entstehen da so außerordentliche Schwierigkeiten der Verwaltung auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, daß ich noch nicht voraussehen kann, in welcher Weise sie praktisch zu lösen sind. Die verbündeten Regierungen sind einstimmig der Ansicht, daß das Ziel an sich erreicht werden muß; nur über den Weg herrschen Meinungsverschiedenheiten.

Zu den vorliegenden Initiativanträgen kann ich mich nicht äußern, weil ich die Stellung der verbündeten Regierungen nicht kenne und namentlich auch nicht weiß, welche Stellung sie zu den Anträgen in Zukunft einnehmen werden, zu denen sie sich bisher ablehnend verhalten haben. Nur zu einem will ich mich äußern, dem Antrag, jugendlichen Personen zu verbieten, daß sie Arbeit mit nach Hause nehmen. Wir haben einen ähnlichen Versuch schon gemacht. Damals aber waren die Meinungen in diesem hohen Hause sehr geteilt darüber, ob die Vorschrift, die wir vorschlagen, ausführbar sein. Wir will es scheinen, als ob auch dieser Vorschlag, so gut gemeint er sein mag, doch kaum ausführbar sein wird. Wie wollen Sie verhindern, daß die erwachsenen Personen Arbeit mit nach Hause nehmen und dann von jugendlichen Personen die Arbeit ausführen lassen. Ich will mich gern belehren lassen, ich sehe aber hier keinen Weg, um den an sich lobenswerten Zweck zu erreichen.

Es ist vorgestern seitens eines Redners auf die Enquete über die Wirkungen des Handwerkergesetzes von 1890 hingewiesen worden. Zur Vorbereitung dieser Erhebungen sind unter Mitwirkung des statistischen Amtes und unter Zuziehung von Sachverständigen aus Handwerkerkreisen sieben Fragebogen ausgearbeitet worden, die den Innungen, den Innungsausständen und Innungsverbänden, den höheren Verwaltungsbehörden und den Landes-Centralverbänden zugehen werden. Die Beantwortung dieser Fragebogen soll erst im Jahre 1904 erfolgen.

Ich komme nun auf den Befähigungsnachweis der Bauhandwerker. Auch darüber haben wir bekanntlich eine Enquete angestellt. Es sind über die Frage des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe zunächst seitens der beteiligten preussischen Minister Fragebogen angestellt und am 12. Februar vorigen Jahres den Handwerkskammern und Innungen überliefert worden. Auch die verbündeten Regierungen sind durch Mundfähren aufgefordert worden, ähnliche Erhebungen anzustellen. Sehr zahlreiche Innungen haben nun aber die Fragen durch Ueberwindung eines vom Innungsverband deutscher Bauhandwerker ihnen vorgelegten Antwortformulars beantwortet. (Vehemente Aufre: Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das war nicht der Zweck der Enquete! Wir wünschten natürlich die selbständigen Urteile der einzelnen Innungen; statt dessen wurden uns in einer Anzahl von Exemplaren meist wörtlich gleichlautende Formulare zugefand. Damit verliert eine Enquete natürlich jeden Wert. (Auf bei den Freisinnigen: Was doch alles passiert!) Der preussische Handelsminister hat das gegenüber den preussischen Innungen eingehend gerügt und hat verlangt, daß sie auf Grund eigener Erfahrungen antworten. (Aufre links: Heiß! Heiß!) Ich, auf Namen kommt es doch hier nicht an! (Murmur und Oh! links.) Die Frage des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk liegt doch keineswegs so einfach, wie Dr. Dertel meint. Die Schwierigkeit liegt in der großen Vielgestaltigkeit des Bauwerkes. Den Befähigungsnachweis nach den verschiedenen Gebieten des Bauwerkes zu regulieren, wird eine außerordentlich schwierige Aufgabe sein. Die Frage, ob solche Vorschriften zu erlassen sind, ist seitens der verbündeten Regierungen noch nicht entschieden. Sie wird aber ernsthaft weiter studiert werden, wenn die Antworten der beteiligten Verbände und der Regierungen uns vorliegen werden.

Was die Stellung der Privatbeamten angeht, so sind diejenigen Privatbeamten, die weniger als 2000 M. Einkommen haben, schon jetzt in die Alters- und Invalidenversicherung einbezogen, und diejenigen, die ein größeres Einkommen haben, können sich jederzeit freiwillig versichern. Ueber den Arbeiterschutz der Privatbeamten habe ich mich zunächst mit dem preussischen Justizminister in Verbindung gesetzt. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß die Regelung dieser Frage außerordentlich schwer ist.

Es ist vorgestern angemerkt worden, daß ein Arbeitgeber in der Provinz sich dahin geäußert habe, die Enquete des Reichsamtes des Innern über die Arbeitszeit der Frauen sei ja doch nicht ernst gemeint, das sei nur eine Art Coullisse. Ich bin aufgefordert, den betreffenden Geheimrat vorzulegen. Ich thue das sehr gern, bitte aber, doch nicht auf alle amtlichen Korrespondenzen den Ausdruck „Geheimrat“ anzuwenden. Die Behörden können doch nicht ihre gesamte Korrespondenz in den Zeitungen veröffentlichen. In diesem Erlaß, der vom 17. Februar 1902 stammt, wird es als wünschenswert bezeichnet, daß für das Jahr 1902 eingehende Erörterungen angestellt werden über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der in Fabriken und diesen gleichgestellten Betrieben angestellten Arbeiterinnen über 16 Jahre, über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer weiteren Herabsetzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit. Das dadurch gewonnene Material in Verbindung mit den Erhebungen über die Befähigung verarbeiteter Frauen sollte nach dem Wortlaut dieses Erlasses die Stellungnahme zu den Bestrebungen erleichtern, die auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Arbeiter über 16 Jahre gerichtet sind. In dem beiliegenden Fragebogen waren unter Nummer 3 die folgenden Fragen gestellt: Erachtet es zweckmäßig und durchführbar, a) die zulässige tägliche Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen? b) die Mittagspause von einer Stunde auf 1 1/2 Stunden zu verlängern? c) Den Arbeitsschluß am Sonnabend und an Vorabenden der Feiertage auf eine frühere Stunde als 3 1/2 Uhr und eventuell auf welche zu verlegen, oder stehen dem Bedenken gegenüber? Der Erlaß bezweckte also eine durchaus objektive Feststellung dieser Thatsache. Als ich von jener Äußerung in den Zeitungen las, habe ich mich sofort mit der Bitte um Feststellung dieser Thatsache an den preussischen Handelsminister gewandt, der mir geantwortet hat, eine solche Äußerung sei nicht gemacht worden. In dem Erlaß ist nicht die Spur eines Anhaltes dafür gegeben, daß er nicht ernst gemeint sei.

Auch bei den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist von einem „Geheimrat“ die Rede gewesen, den ich bereits in der Sitzung vom 27. Januar 1902 in seinen wesentlichen Teilen verlesen habe.

Allerdings haben die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nach der Gewerbe-Ordnung nicht Gesetzesvorschläge zu machen und keine allgemeinen socialpolitischen Erörterungen anzustellen — das können wir auch — sondern zu berichten über die Thatsachen, die sie bei ihrer Inspektion wahrgenommen haben. In den Berichten einzelner Gewerbe-Aufsichtsbeamten fanden sich aber weniger Thatsachen berichtet, als allgemeine theoretische Erwägungen angestellt. Die Aufsichtsbeamten sollen möglichst oft in die Fabriken gehen und feststellen, ob die Zustände in den Fabriken den gesetzlichen Bestimmungen über Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter entsprechen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Ich wünsche, daß die Thatsachen von den Gewerbe-Aufsichtoren eingehend und sorgfältig dargestellt werden. Sie sind selbstverständlich auch berechtigt, Urteile abzugeben über das, was geschehen ist und was zu geschehen hat. Es wird also von dieser Stelle keinerlei Einfluß geübt, um die objektiven Äußerungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten irgendwie einzuführen. Auch mir war es aufgefallen, daß manchmal die Befragungen wegen Vergehen gegen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung ganz auffallend niedrig sind. Ich habe deshalb in dem erwähnten Erlaß es ausdrücklich als wünschenswert bezeichnet, daß die tabellarischen Nachweise über Befragungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen eingehender bearbeitet werden.

Es ist weiter auf die Stellung der Arbeiterssekretäre hingewiesen worden. Ich habe die Auffassung, daß die Arbeiterssekretariate keine gewerblichen Institute sind. Wo aber die Gerichte gesprochen haben, da kann selbstverständlich die Verwaltungsbehörde und die politische Behörde nichts mehr thun, und wenn der Betreffende glaubt, daß er zu Unrecht wegen unterlassener Meldepflicht eines gewerbe-steuerschuldigen Betriebes bestraft ist, kann er nur noch den Weg der Gnade beschreiten.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wo die Arbeiter in gesetzlichen Forderungen ihre Berufsinteressen vertreten, sie auch voll gehört werden müssen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe deshalb auch keinen Anstoß daran genommen, seitens des Reichsamtes des Innern einen Kommissar zum Statistischen Gewerkschafts-Kongress zu senden, und mit meiner ausdrücklichen Zustimmung ist die arbeiterstatistische Abteilung des Reichsstatistischen Amtes auch mit den organisierten Gewerkschaften in Verbindung getreten, um von ihnen das Material zu erhalten, das für die Beurteilung des Arbeitsmarktes wichtig ist und in der Zeitschrift verwendet werden soll, die seiner Zeit erscheinen wird.

Was die Verwendung von Bleiweiß anlangt, so sollen die Vorschriften für die Bleiweißfabriken einer Veränderung unterworfen werden. Diese neue Verordnung ist nahezu fertiggestellt und wird in der nächsten Zeit erscheinen. Ebenso ist in Angriff genommen eine Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb der Bleihütten. In Frankreich ist, wie ich durch Vermittlung des auswärtigen Amtes habe feststellen lassen, von Seiten der Minister des Innern, des Krieges und der Finanzen im Oktober 1901 durch Mundfähren angeordnet worden, daß im Bereich ihrer Ressorts die Bleiweißfarbe durch Zinkweiß ersetzt werde. Ein Gesetz ist meines Wissens in Frankreich noch nicht verabschiedet worden. Danach soll Bleiweiß im Innern von Gebäuden nicht mehr verwendet werden. Der Handelsminister soll ermächtigt werden, das gleiche Verbot auch für das Äußere von Gebäuden zu erlassen. Ich habe mich daraufhin mit den beteiligten preussischen Ressorts wegen der gleichen Frage in Verbindung gesetzt, aber dort die Antwort erhalten, daß ein derartiges Verbot weder technisch noch wissenschaftlich möglich erscheine (Hört! hört! rechts) und daß, soweit fiskalische Anlagen in Betracht kommen, Uebelstände aus der Verwendung von Bleiweiß sich nicht ergeben hätten. Was die Behauptung anlangt, daß die Unfälle in der Landwirtschaft gestiegen sind, so beweist die Statistik, daß die Zahl der Todesfälle und der Fälle dauernder Erwerbsunfähigkeit konstant geblieben sind. Die Fälle der teilweisen und vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit sind allerdings nicht unerheblich gestiegen. Die Innungen erklären sich sehr einfach daraus, daß bei dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande selbst die kleineren Landwirte immer mehr zur Benutzung von Maschinen übergehen und weiter daraus, daß die Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen in immer weitere Schichten dringt. Das hindert natürlich nicht, daß auch die Landwirtschaft die Verpfändung hat, erstlich an die Frage der Unfallversicherung heranzutreten.

Herr Dertel ist auf meine Äußerung zur Mittelstandspolitik eingegangen. Er möge zunächst bedenken, daß sich diese Äußerung an die Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises angeschlossen; und daß dieser allgemeine Befähigungsnachweis nicht mehr einzuführen ist. Das hat der konervative Abgeordnete Jacobsohn jüngst im „Tag“ nachgewiesen. Die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises hätte zur Folge, daß keiner eine Ware herstellen oder verkaufen darf, zu deren Herstellung er nicht den Nachweis der Befähigung abgelegt hätte. Dann könnte es vorkommen, was in einem Staat mit allgemeinem Befähigungsnachweise vorgekommen ist, daß eine Frau, die Portemonnaie verkauft, bestraft worden ist, weil sie nur die Befähigung für das Nähen Lederer Hosen besaß. (Heiterkeit.) Oder daß einem Gastwirt, der nur warme Speisen herstellen darf, verboten wird, gelochten Schinken zu verkaufen, da es der Beruf, des gelochten Schinkens sei, kalt genossen zu werden. (Heiterkeit.) — Die deutschen Innungen haben eine lange, ehrenvolle und glänzende Geschichte. Nürnberg, Augsburg, Regensburg sind das beste Zeugnis dafür. Aber zu dieser Zeit waren die Innungen politische Körperschaften, sie führten das eigentliche Stadtrecht und konnten deshalb eine ganz andre Rolle spielen. Eine Ueberlebend der Innungen nach dieser Richtung ist durch die modernen Verhältnisse unmöglich geworden. Und doch kann für den Mittelstand und die Handwerker unendlich viel geschehen auf Grund der Gewerbe-Ordnung. Wenn die Enquete vorliegen wird, werden wir ja sehen, wie weit sich die Maßnahmen der Gewerbe-Ordnung in dieser Richtung bewähren haben. Jedenfalls kann sich das Handwerk dem Einfluß der Fabrik nicht entziehen. Wenn durch mechanische Einrichtungen die Waren unendlich viel billiger geliefert werden können, als der Handwerker es vermag, kann dieser nicht mehr konkurrenzieren. In derselben Richtung wirken die modernen Verkehrsmittel, Mittel- und Kleinstädte, die einen blühenden Handwerker- und Kaufmannstand hatten, haben ihn verloren, weil sie Bahnverbindungen nach der Großstadt erhalten haben und der Käufer es vorzieht, dort zu kaufen, wo die größere Auswahl ist. (Sehr richtig!) Andererseits giebt es Handwerke, die durch die Fabrik nicht bedroht sind. Hier besteht die Möglichkeit vielfach zu helfen, vor allem durch thätige Vorbildung, durch Organisation des Genossenschaftswesens und durch Vorkehrungen, den Handwerkern eine billige mechanische Kraft ins Haus zu schaffen. Im Kantone Genf beziehen die kleinen Uhrmacher-Werkstätten die elektrische Kraft aus einer Centrale; das ist das beste Mittel, sie zu halten. Aber die Schaffung einer billigen mechanischen Kraft ist eine Aufgabe, die nicht vom Reiche, sondern von den Einzelstaaten und Kommunen zu lösen ist, wie es in Kanton Genf ob der Lauber für die Tischlerei schon jetzt geschieht. Herr Dr. Dertel hat gemeint, zahlreiche Existenzen des Mittelstandes würden ins Proletariat hinabgestürzt. Die sachliche und preussische Einkommensteuer-Statistik zeigt aber ein anderes Bild der Entwicklung von 1893/94 bis jetzt. In diesen neun Jahren ist die Bevölkerung Preussens um 11 1/2 Proz. gestiegen, die Zahl der Existenzen mit einem Einkommen von 1500—1800 M. um 33 1/10 Proz.

1650—1800 „ 34 1/10 „
1800—2100 „ 33 1/10 „
2100—2400 „ 33 1/10 „
5000—6000 „ 33 1/10 „

Dieselbe Entwicklung zeigt sich in Sachsen: Die Zahl der Existenzen des Mittelstandes ist dreimal rascher gewachsen als die Bevölkerung. Das ist ein Beweis für den wachsenden Wohlstand dieser Massen. Wir beobachten nicht ein Sinken des Mittelstandes ins Proletariat, sondern das Aufsteigen der obersten Schichten des Proletariats in den Mittelstand. Der Mittelstand ist lediglich in der Umbildung begriffen. Es ist richtig, daß die Zahl der Selbständigen in immer mehr Erwerbs-

zweigen abnimmt, aber die Einkommensverhältnisse gehen nicht zurück. Der Mittelstand ist vielfach in abhängiger Stellung, aber sein Einkommen ist besser, als sein Einkommen bei der früheren Selbständigkeit war. Was die Frage des unlauteren Wettbewerbes anlangt, so müssen hier zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Bekannter wie „größtes Schachgeschäft der Welt“ nimmt kein nachdenkender Mensch ernst. Was speziell die Ausverkäufe betrifft, so könnten wir nur die glatte Bestimmung erlassen: Jeder Kauf ist verboten. Auf Nachfrage bei einzelnen Regierungen ist uns versichert worden, ein solches Verbot wäre nicht ausführbar, weil dann die Restbestände zum Teil gar nicht veräußert werden oder verschleubert werden müßten. Wenn wir den Mittelstand, daß einzelne Geschäfte einen größeren Umsatz haben, als sie haben, fassen wollten, dann müßten wir das Gewerbe unter Kontrolle legen, sogar unter eine Buchkontrolle, die für das Gewerbe vielleicht viel lästiger wäre, als jezt die unlautere Konkurrenz. Doch wird die Frage weiter geprüft werden, und das bestehende Gesetz soll jedenfalls möglichst scharf gehandhabt werden. Herr Wurm sagte, zwischen Besitzenden und Besitzlosen bestehe ein unüberbrückbarer Abgrund. Ich bestreite, daß irgend eine Staats- oder Gesellschaftsordnung in der Welt erlassen werden kann, die diesen Unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen ausgleicht. Wenn wir heute in dramatischer Weise eine Gesellschaftsordnung einführen wollten, die den Besitz aller Menschen gleichstellt, so würde es in kürzester Zeit wieder Wohlhabende und Arme geben, weil es intelligente und unintelligente Menschen gibt. Das ist die menschliche Natur, die wir nicht ändern können. Aber Religion und Moral giebt gestifteten Vätern die Lehre, daß es Pflicht der Besitzenden ist, Opfer zum Besten der Armen, der Besitzlosen zu bringen. Das ist in der christlichen Religion in der schönsten und erhabensten Weise ausgeführt. Ich will zugeben, daß der Staat und auch die bürgerliche Gesellschaft eine Zeitlang ihre Aufgabe auf diesem Gebiete versäumt haben.

Aber es ist das unergänzliche Verdienst der großen kaiserlichen Volkspartei, daß von dem Tage an der Staat einen andern Weg eingeschlagen hat. So lange ich an dieser Stelle stehe, werde ich meinerseits alles thun, was in meinen Kräften steht, zur Förderung einer verständigen Socialpolitik. (Bravo!)

Abg. Freiherr Deyl zu Herrnsheim (natl.):

Ich gebe meiner Bemerkung darüber Ausdruck, daß die Krankenversicherung auf die Hausindustrie ausgedehnt werden soll. Ich hoffe, daß die geringen Hindernisse bald überwunden sein werden. Was das Verbot des Mitnehmens von Arbeit nach Hause betrifft, so halte ich das für durchaus ausführbar. Unser Antrag sieht vor, daß die Umgehung des Verbots mit hohen Strafen belegt wird. Die erwachsenen Arbeiter werden sich also vor einer solchen Umgehung wohl hüten und die Arbeitgeber werden in der großen Mehrzahl viel zu anständig sein, um sich zu einer solchen Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen herzugeben. Unter Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen soll nach Herrn Wurm keine Wahlpolitik sein. Davon kann schon deshalb keine Rede sein, weil verhältnismäßig nur sehr wenige meiner Freunde in dieser Frage auf meinem Standpunkt stehen. Die nationalliberale Fraktion ist sehr wenig mit meinem Antrag einverstanden. Die Herabsetzung der Arbeitszeit, besonders für Frauen, halte ich für besonders wichtig. Der Reichstag hat bereits im Jahre 1898 einen Antrag angenommen, der eine Enquete der Regierung darüber wünscht, wie die Fabrikarbeit verheirateter Frauen eingeschränkt werden könne. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, wie es der socialdemokratische Antrag will, ist natürlich noch lange nicht durchführbar. Auch der französische socialdemokratische Minister Millerand ist bei der Grenze des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages stehen geblieben. — Herr Wurm hat den Segen der kaiserlichen Volkspartei geleugnet und behauptet, daß aller Segen von der Socialdemokratie komme. Wie sorgt aber die Socialdemokratie in ihrem eignen Parteistaat für ihre unteren Angestellten? Jetzt soll eine Kasse für solche Beamte gegründet werden, Herr Auer aber nicht in seinem letzten Bericht auf dem Parteitag in München konstataren, daß dies Bestreben vielfach in den Kreisen der Socialdemokratie keine Gegenliebe finde. Der Parteivorstand hat sich jetzt bereit erklärt, einen Zuschuß zu einer derartigen Kasse zu leisten. (Abg. Singer: Na also!) — Damit erkennen Sie den Wert der kaiserlichen Volkspartei ganz direkt an, nur mit dem Unterschied, daß Sie etwa 15 Jahre später mit diesem Gedanken kommen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Der Hauptwiderstand gegen die Einführung des Zehnstundentages der Arbeiterinnen in Deutschland geht von der Textilindustrie aus. Die englische Textilindustrie aber, für die dieser Zehnstundentag besteht, hat die deutsche, die ihre Arbeiter mehr ausnützt, seit langem durchaus überflügelt. Es liegt im Interesse der Industrie, daß die Arbeiterschaft in ihrer Nachkommenschaft nicht degeneriere. Wir dürfen deshalb die Forderungen des Zehnstundentages der Arbeiterinnen nicht einer einzigen politischen Partei als Agitationsmaterial überlassen. Ich bitte um Annahme meines Antrages. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.):

Herr Trimbom hat die Rolltarif-Vorlage in Verbindung mit der Witwen- und Waisener-Versicherung als „weisse Maßnahmen“ bezeichnet. Die Witwen- und Waisener-Versicherung soll aber doch erst 1910 in Kraft treten. Bis dahin wenigstens wird also selbst Herr Trimbom den Rolltarif nicht „weisse“ nennen dürfen. Weiter meinte er, die Viehzölle seien ganz unerheblich, weil heute schon die Grenzsperrn daselbe Resultat erreichten. Wozu wollen Sie (zum Centrum) denn überhaupt noch die Viehzölle? Dann hätten Sie sich doch dagegen wenden sollen! Es war kein glücklicher Gedanke, Rolltarif und Socialreform zu verknüpfen. Beide verhalten sich zu einander wie Feuer und Wasser. (Sehr richtig! links.)

Mit den socialpolitischen Forderungen des Kollegen Rösche kann ich mich in großen und ganzen einverstanden erklären. Zu allen Einzelheiten will ich nicht Stellung nehmen. Abg. Wurm hätte aber seine Rede offenbar in derselben Form gehalten, selbst wenn wir der Socialdemokratie noch mehr entgegenkämen. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Die vom Abg. Wurm betonten Gegensätze beweisen nur, daß man die Socialdemokratie nie befriedigen kann, mag man ihr auch noch so weit entgegenkommen.

Ueber die Frage der Arbeitslosen-Versicherung bestehen innerhalb der Socialdemokratie selbst noch starke Gegensätze. Die Frage ist für uns durchaus noch nicht spruchreif. Eine Richtung innerhalb der Socialdemokratie will bekanntlich die Gewerkschaften zu Trägern der Arbeitslosen-Versicherung machen. Nach der Rede des Abg. Wurm kann aber diese Frage überhaupt nicht mehr diskutiert werden. Denn wenn die Gewerkschaften Kampforganisationen sind, so wird man sie doch nicht zu Trägern einer solchen vom Staate eingerichteten Versicherung machen.

Eine Ausdehnung der Gewerbe-Aufsicht auf die landwirtschaftlichen Betriebe halte ich umsomehr für wünschenswert, je mehr die Landwirtschaft sich mehrschichtlicher Einrichtungen zu ihrem Betriebe bedient. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sollen allerdings in erster Linie über Thatsachen berichten. Aber sie sind doch auch die ersten dazu, um Erörterungen über sociale Fortschritte anzustellen. Darin sollte man sie nicht bestärken. Der Satz des Abg. Wurm: „Erst der Mensch, dann die Maschine!“ klingt sehr schön, aber was soll man praktisch damit anfangen? Das ist doch ein so fundamentaler Grundgedanke, daß man ihn nicht mit so viel Pathos hier noch verdrängen sollte.

Im Schlußaccord seiner Rede sprach Herr Wurm vom ewigen Kampf der Besitzenden mit den Besitzlosen. Zu welcher Klasse rechnet sich denn Herr Wurm selber? (Sehr gut! bei den Freimüthigen.) Manche Mitglieder der socialdemokratischen Partei

gehören doch zweifellos zu den Besitzenden, giebt es etwa auch da Kampf zwischen diesen und den Besitzlosen?

Diejenigen, die solche Schlagworte gebrauchen, kann man sehr gut als Scharfmacher der Linken bezeichnen, und diese Scharfmacher sind ebenso schädlich wie diejenigen von der Rechten. Auch die Behauptung des Herrn Wurm, die Vertreter der Ausnahmegeetze seien eheliche Menschen, diejenigen dagegen, die nichts von Ausnahmegeetzen wissen wollen, aber die Arbeiter an sich zu locken suchen, seien viel schlimmer, ist nichts als ein Schlagwort. Die Worte des Staatssekretärs über den Befähigungsnachweis waren durchaus überzeugend, selbst für das Baugewerbe ist diese Frage noch nicht spruchreif. Den unlauteren Wettbewerb und das Ausverkaufs-Unwesen wird Herr Dertel durch kein Gesetz aus der Welt schaffen. Ich möchte den Herrn Staatssekretär darauf aufmerksam machen, daß in den Organen der Handwerkskammern vielfach in einer ganz gehässigen Weise Politik getrieben wird. Ferner bitte ich den Herrn Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Arbeiten des Aufsichtsamtes für Privatversicherung in etwas schnellerem Tempo erledigt werden.

Die Verordnung zum Schutze der Gastwirtsgehilfen muß so bald wie möglich revidiert werden. Hunderte und Tausende von Existenzen werden durch diese Verordnung auf das schwerste geschädigt. Gegen eine angemessene Ruhezeit der Gehilfen wendet sich niemand, es muß aber die verschiedenartigste der Verhältnisse im Gastwirtsgeerbe mehr berücksichtigt werden. Die neunstündige Ruhezeit der jugendlichen Gehilfen ist gewiß berechtigt, aber sie ist ganz falsch gelegt. Der Deutsche ist daran gewöhnt, noch recht spät ins Wirtshaus zu gehen, er ist schon unzufrieden, wenn er um 1 oder 1/2 Uhr nachts keine Bedienung mehr findet. Solche Gewohnheiten müssen doch berücksichtigt werden. Vor allem muß die 24 stündige Ruhezeit, die die Gehilfen alle vierzehn Tage einmal haben müssen, so bald wie möglich beseitigt werden. In den kleinen Badeorten z. B. ist es den Gastwirten ganz unmöglich, Ersatz für diese 24 Stunden zu finden. Die Revision der Verordnung muß daher so beschleunigt werden, daß sie noch vor dem Sommer in Kraft treten kann. Was die vorliegenden Anträge anlangt, so scheint mir der Antrag Rösche-Padme, wonach den Berufsvereinen gestattet sein soll, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderung der Gesetzgebung zu richten, überholt zu werden durch den Antrag Gröber auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Diese Forderung kann allerdings nicht oft genug erhoben werden. Die Anträge Deyl zu Herrnsheim-Trimbom auf Verlängerung der Arbeitszeit usw. sind mir zu allgemein gehalten, der noch weitergehende Antrag Albrecht ist, wie ja Herr Wurm selbst sagte, lediglich gestellt, um das Centrum zu übertrumpfen. Einen allgemeinen Maximal-Arbeitstag verwerfen wir, für einen teilweisen Maximal-Arbeitstag können lediglich die sanitären Verhältnisse einzelner Berufe maßgebend sein. Die Regierung möge sich weder von den Scharfmachern von rechts noch von den Scharfmachern von links irgendwie beeinflussen lassen. (Bravo! bei den Freimüthigen.)

Abg. Freiherr v. Rittshofen-Damendorf (l.): Den Gesetzesentwurf zum Schutze der gewerblichen Kinderarbeit begrüßen meine politischen Freunde mit großer Genugthuung. Bei der Beratung der neuen Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz möchte ich alle Parteien dieses Hauses um mögliche Mahnung in ihren Forderungen bitten, denn die Verantwortung für das eventuelle Nichtzustandekommen dieser Novelle ist eine sehr schwere. Meine Freunde werden bei jeder socialpolitischen Aufgabe unentwegt weiter mitarbeiten, jedoch muß Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Unternehmer und auf die Reichsfinanzen genommen werden. Aber wir dürfen auch den Saug des Handwerkerstandes nicht vergessen. Einer großen Zahl Handwerker geht es viel schlechter als vielen Arbeitern. (Sehr richtig! rechts.) In Bezug auf die Arbeiterorganisationen sehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt der kaiserlichen Classe vom 1. Februar 1891. Wir bekämpfen es aber nachdrücklich, daß die Arbeiter-Organisationen von der Socialdemokratie zu Kräfteproben mißbraucht werden. Handelt es sich doch bei jeder Gewerdegewalt-Wahl lediglich darum, ob ein Socialdemokrat gewählt werden soll oder nicht. (Sehr richtig!) Für eine volle Koalitionsfreiheit der Arbeiter fehlen heute eine Anzahl Bedingungen, ohne die eine solche Freiheit für uns unannehmbar ist. Das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen war eine solche Bedingung. (Aha! bei den Socialdemokraten.)

Wir sind der Meinung, daß die Gewerbe-Inspektion bei den Einzelstaaten verbleiben muß und verhalten uns deshalb ablehnend gegen den Antrag Albrecht. Dagegen werde ich meinerseits für das Verbot der Wittgabe von Arbeit nach Hause an jugendliche Arbeiter stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. von Salisch (l.):

Ich möchte den Staatssekretär hinweisen auf die Verschwendung, die bei den Bauten der Alters- und Invaliden-Versicherung herrscht. Das Geld, das zu diesen Prachtbauten ausgegeben werden muß, macht es notwendig, bei andern Gelegenheiten in unerwünschter Weise zu sparen. Besonders lugariös ist die Heilanstalt in Beetz eingerichtet. Viele Arbeiter, die eine Zeitlang in dieser Anstalt verbracht haben, fühlen sich unglücklich, wenn sie nachher in ihre ärmeren Verhältnisse zurückkehren. Andererseits wird seitens der Versicherungsanstalten die Gewährung einer Rente oft in rigoroser Weise verweigert. Vielleicht kann die Altersgrenze herabgesetzt oder in anderer Weise die Gewährung von Renten erleichtert werden. Jedenfalls ist dies eine wichtigere socialpolitische Aufgabe als die Errichtung allzu kostspieliger Bauten.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher: Interpellation Rischer betr. die Kriegsinvaliden.)

Schluß 5/2 Uhr.

Konferenz der Uniform-, Maß- und Lieferungs Schneider.

Die Konferenz tagte am Sonntag und Montag im Gewerkschaftshaus. Umfend waren Delegierte aus Berlin, Bremen, Dresden, Stettin, Erfurt, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Reg., München, Nürnberg, Potsdam, Straßburg und Stuttgart. Außerdem waren der Hauptvorstand und die Redaktion der „Nachzeitung für Schneider“ vertreten.

Zunächst berichteten die Delegierten über die wirtschaftliche Lage der Uniformschneider in den verschiedenen Städten. Danach sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die hier in Betracht kommenden Arbeiterkategorien im allgemeinen recht ungünstig. Allerdings sind vielfach Lohnsätze aufgestellt, sie werden aber teilweise von den Unternehmern nicht eingehalten oder die festgesetzten Preise sind so minimale, daß bei regulärer Arbeitszeit ein auskömmlicher Verdienst kaum noch erzielt werden kann. Unter den bekanntesten Auswüchsen, die das Submissionswesen zeitigt, haben natürlich in erster Linie die Arbeiter zu leiden; denn die Unternehmer, welche die Lieferungen durch niedriges Angebot erhalten haben, sind dann und zwar mit Erfolg bemüht, sich durch erhebliche Reduzierung der Löhne schadlos zu halten. So kommt es vielfach vor, daß für ein und dieselbe Arbeit ganz verschiedene Preise bezahlt werden. Leider besteht bei einem Teil der Arbeiter noch ein gewisser Kastengeist, hinzu kommt, daß das Zwischenmessen noch nicht beseitigt ist, und die Heimarbeit zum Teil vorherrscht, wodurch die Agitation für die Organisation und für ein einheitliches Vorgehen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse überhaupt sehr erschwert wird. In denjenigen Orten, wo sich eine kräftige Organisation entwickelt hat, sind allerdings bessere Arbeitsbedingungen erzielt worden, aber auch hier ist eine Beschränkung vorhanden, weil sonst große Kosten Arbeiten von diesen Orten nach andern, wo niedrigere Löhne bestehen, zur Herbeiführung verhandelt werden. Erleichtert wird dieses Verfahren noch dadurch, daß verschiedene bedeutende Firmen, die eine förmliche

Monopolstellung einnehmen, in mehreren Städten Deutschlands Filialen unterhalten.

Außer den mündlich von den Delegierten erstatteten Berichten sind der Konferenz auch schriftliche aus Düsseldorf und Neudenburg unterbreitet worden. Vom Vorstand des Verbandes der Schneider sind über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Uniform-, Maß- und Lieferungs Schneider Erhebungen angefertigt worden und das Ergebnis in einer 248 Seiten starken Broschüre veröffentlicht. Aus allen Teilen Deutschlands bis auf den Osten, der auch auf der Konferenz deshalb nicht vertreten ist, ist ein umfangreiches Material geliefert worden. Auch daraus ergibt sich nur das eine Bild, daß die Verhältnisse durchweg sehr traurige sind und daß die Staats- und Gemeinde-Verwaltungen als Vergeber der Arbeiten durchaus nichts gethan haben, um die ungeheure Ausbeutung der Arbeiter einzuschränken.

Anschließend an die Berichte der Delegierten referierte J. Kämig über: Ist die Einführung einheitlicher Lohnsätze notwendig und durchführbar? Der Referent verwies auf die Verschiedenheit der Preise für ein und dieselbe Arbeit, wie sie durch die Erhebungen festgestellt worden sind. Die Löhne sind nicht nur allein in den verschiedenen Orten andere, sondern auch an denselben Orten sind Preisunterschiede von 4—5 M. pro größeres Kleidungsstück vorhanden. Dasselbe Verhältnis wie bei der Maßschneiderei besteht auch bei der Lieferungs Schneider, welche für die Uniformschneiderei die Konfektion bedeutet und bei der die kräftigste Ausbeutung und das Elend vorherrscht. Differenzen der Preise von 100 Proz. sind hierbei gar keine Seltenheit mehr. — Der Redner beleuchtet in eingehender Weise die unhaltbaren Zustände, die unbedingt einer gründlichen Abänderung bedürfen. Er kritisiert sodann unter anderem das Prämiensystem, wie es auch im Warenhaus für Arme und Marine eingeführt ist, womit die intensivste Ausbeutung betrieben wird, und weist nach, daß die Bedingungen auch mit den gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung in Widerspruch stehen. Der Referent empfiehlt schließlich, die ganze Agitation zunächst darauf zu konzentrieren, für die Uniformschneider einheitliche Tarife allgemein einzuführen. — Nach einer längeren Diskussion, in der sich die Delegierten in derselben Weise äußerten, wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

In Anbetracht dessen, daß die Löhne in der Uniformschneiderei nicht nur im allgemeinen sehr niedrig sind, sondern auch eine Verschiedenartigkeit aufweisen, die angesichts der gleichmäßigen Anforderungen, die an die Verarbeitung gestellt werden, durch nichts gerechtfertigt ist, beauftragt die Konferenz den Vorstand — unter Hinzuziehung von Uniformschneidern — einen einheitlichen, nach Größe, Mittel- und Kleinstücken abgestuften Tarif auszuarbeiten und sogleich Einführung desselben mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten.

Vor Einleitung der Unterhandlungen ist der Tarif in der Fassung zu veröffentlichen, damit die Kollegen in der Lage sind, etwaige besondere Wünsche zur Geltung zu bringen.

In der Sitzung am Montag wurden die Forderungen erörtert, welche an Reich, Staat und Gemeinde bei Vergütung von Schneiderarbeit zu stellen sind. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß die Forderung der Regie-Arbeit nicht mit allem Nachdruck vertreten werden könne, so lange für die Arbeiter in den Staatsverhältnissen ein förmliches Koalitionsverbot besteht und durchweg recht ungünstige Arbeitsbedingungen vorherrschen. Eine Ausnahme ist eigentlich nur in Württemberg zu beobachten, wo für die in den Montierwerksstätten beschäftigten Arbeiter doch verhältnismäßig bessere Verhältnisse obwalten. Im Gegensatz zu Deutschland werden in England, Belgien, Holland, Amerika und in den australischen Kolonien die öffentlichen Arbeiten zumeist nur unter gewissen Bedingungen bezüglich der Löhne für die Arbeiter vergeben. J. A. hat bereits im Jahre 1887 das englische Marine-Mat und im Jahre 1888 das Kriegsministerium die Uebernehmer von Schneiderarbeiten verpflichtet, bestimmt angegebene Löhne an die Arbeiter zu bezahlen. Vom Grafischöferrat in London ist eine Geschäftsordnung für das Submissionswesen eingeführt, wonach u. a. eine Liste über die Lohnhöhe und Arbeitszeit festgesetzt ist, welche der Rat selbst, sowie seine Unternehmer bei allen Arbeiten innerhalb eines Radius von 20 englischen Meilen zu befolgen und zu beobachten haben. Außerhalb dieses Umkreises sind die von den Gewerkschaften des betreffenden Distrikts anerkannten Löhne zu bezahlen. Die verschiedenen Staats- und kommunal-Verwaltungen haben ähnliche Bestimmungen getroffen, so daß hauptsächlich bei den öffentlichen Arbeiten allgemein den Arbeitern die von den Gewerkschaften festgesetzten Lohnsätze garantiert werden.

In Deutschland sind alle darauf hinführenden Forderungen der Arbeiter abgelehnt und nicht beachtet worden. Socialpolitisch am richtigsten haben sich auf diesem Gebiete namentlich die freimüthigen Stadtverwaltungen erwiesen. Von den Delegierten wurden die vertriebenen arbeitslosen Arbeiter, welche das Submissionswesen in der üblichen Form zeitigt, einer eingehenden Kritik unterzogen und außerdem auch auf die unzulässigen Verhältnisse, die in den Verwaltungen zu Kiel, Wilhelmshaven usw. herrschen, hingewiesen. Schließlich gelangte einstimmig nachstehende Resolution zur Annahme:

Die Konferenz fordert — unbeschadet der grundsätzlichen Forderung, der Beseitigung des Submissionswesens und Ausführung der öffentlichen Arbeiten in Regie der staatlichen und kommunalen Körperschaften — vom Reich, den Einzelstaaten und Gemeinden, daß sie bei der Vergütung von Schneiderarbeiten folgende Bestimmungen in die Lieferungsbedingungen aufnehmen:

1. Die Uebernehmer von Schneiderarbeiten sind verpflichtet, die übernommenen Arbeiten in eignen, allen Anforderungen der modernen Hygiene entsprechenden und der Gewerbe-Inspektion unterstehenden Werkstätten herstellen zu lassen.

2. Als Norm der Entlohnung gelten die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Lohnsätze, welche die Behörden vor Erteilung des Auftrages einzufordern haben. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die Behörden verpflichtet, vor Vergütung ihrer Arbeiten eine zu gleichen Teilen aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Kommission zusammen zu berufen, die die Aufgabe hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen; doch dürfen die Löhne nicht unter den ortsüblichen Löhnen vermindert werden. Für Ueberzeitarbeit, die nur in ganz dringenden Fällen stattfinden darf, muß eine Extraentschädigung gewährt werden. Die Lohnzahlungen haben wöchentlich zu erfolgen und müssen mit Schluß der normalen Arbeitszeit beendet sein.

3. Die Uebernehmer sind verpflichtet, genaue Lohnlisten zu führen und sie den arbeitvergebenden Behörden sowie dem Gewerbe-Inspektor jederzeit auf Verlangen vorzulegen.

4. Die tägliche Arbeitszeit darf für erwachsene männliche Arbeiter 8 Stunden nicht übersteigen. An Sonntagen und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage darf nur 8 resp. 7 Stunden gearbeitet werden. Sonntagsarbeit ist zu unterlassen.

5. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung anzumelden und ist der Uebernehmer zur Zahlung der auf ihn entfallenden Beiträge verpflichtet.

6. Bei Weitervergebung öffentlicher Arbeiten an Subunternehmer ist der erste Uebernehmer für alle von ihm den Behörden gegenüber eingegangenen Verpflichtungen haftbar.

7. Die zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen erlassenen Bestimmungen sind in deutscher, lesbare Schrift in allen Räumen usw., wo solche Arbeiten angefertigt werden, an sichtbarer Stelle anzuschlagen.

8. Die Behörden haben die Ausführung der Schutzbestimmungen streng zu überwachen und etwaige Uebertretungen mit wirksamen Strafen zu ahnden.

Ueber die Agitation unter den Uniformschneidern referierte der Vorsitzende Stähler. Der Referent empfahl in längerer Ausführungen und unter Berücksichtigung der eigenartigen Berufsverhältnisse, für die Einführung von Lohnsätzen auf möglichst einheitlicher Grundlage überall Propaganda zu machen. In solchen Orten, wo die Notwendigkeit vorliegt, können für die Uniform- und Lieferungsbranche Unterkommisionen innerhalb des Verbandes gebildet werden, welche gemeinsam mit den Ortsverwaltungen die Agitation

zu betreiben und Geschäftsführungen oder Versammlungen einzuberufen haben. Außerdem soll besonders darauf geachtet werden, daß die Uniform- und Lieferungsbeschneider untereinander und auch mit den Kollegen der anderen Branchen Fühlung finden und so mehr wie bisher für die Organisation gewonnen werden. Nach einer längeren Diskussion, in der auch die intensive persönliche und Hausgastation besprochen wurde, wurde von der Konferenz einer Resolution im Sinne des Referats zugestimmt. Außerdem wurde eine Resolution beschlossen, nach welcher die Mitgliedschaften verpflichtet sind, dem Redakteur der Fachzeitung alle Veränderungen und Neueinführungen in der Uniform- und Lieferungsbeschneiderlei und die Lohnverhältnisse mitzuteilen. Die Berichte sollen in der Fachzeitung veröffentlicht werden. Der Hauptvorstand soll das Material sammeln und in geeigneter Weise veröffentlichen.

Ueber die Stellung zu den Oekonomiehändwerkern und ihre Beschäftigung mit Privatarbeiten in den Maschinen referierte K a m i n g. Der Referent verweist darauf, daß es vom Standpunkte der allgemeinen Wehrpflicht betrachtet, nicht zu rechtfertigen ist, daß alljährlich Tausende von jungen Arbeitern vom Staat eingezogen werden, nicht um sie militärisch auszubilden, sondern um sie als Berufsarbeiter zu beschäftigen. Allerdings erzielt die Militärverwaltung bedeutende Ersparnisse durch dieses System. So spart z. B. die Marineverwaltung in Kiel bei 70 Oekonomiehändwerkern jährlich circa 28 000 M. Aber diese Ersparnisse können von der Militärverwaltung auf andere Gebiete, namentlich bei den Offizierspensionierungen viel besser gemacht werden. Die Oekonomiehändler, die dem Regimentschneider unterstellt sind, müssen sich, wenn sie sich nicht den schärfsten Drangalierungen ausweichen wollen, auch noch diesem, der zumeist eine ausgezeichnete Privatindustrielle besitzt, für die Privatarbeit zur Verfügung stellen. Bei den Regimentschneidern, die, wenn ihnen die Aufzucht von Privatarbeiten verboten ist, das Geschäft unter anderer Firma betreiben, herrschen im allgemeinen die erbärmlichsten Löhne und Arbeitsbedingungen. Trotzdem erhalten sie immer noch genügend Arbeitskräfte aus den Reihen der Oekonomiehändler. Von allen Rednern wurden in scharfer Weise kritisiert und sodann folgende Resolution beschlossen:

In Erwartung, daß das System der Oekonomiehändler dem Grundfakt der allgemeinen Wehrpflicht nicht entspricht, indem die betreffenden Mannschaften anstatt zur militärischen Ausbildung, nur zur Berufsarbeit eingezogen werden, und aller Qualifikationsfreiheit beraubt einer Behandlung unterworfen werden, die eines freien Arbeiters unwürdig ist; in fernerer Erwägung, daß die Regimentschneider sich diesen Umständen nutzbar machen, Privatarbeiten im großen Umfange übernehmen und dabei die Preise in der unsäuerlichen Weise herabdrücken, fordert die Konferenz von der Militärbehörde die Aufhebung dieser Einrichtung und die Ausübung ihrer Arbeit durch freie Lohnarbeiter, entweder in eigener Regie oder in Privatbetrieben, wo die Arbeiter der Gewerbe-Ordnung und den zu Punkt 3 der Tagesordnung geforderten Schutzbestimmungen unterliegen.

Hiermit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Einen Sieg errangen unsere Genossen in dem bis vor wenigen Jahren noch stadtkulturnomantischen Dorfe Wuggenbühl bei Aastal. Von den 235 Berechtigten der dritten Wählerklasse des Bürgerausschusses stimmten 174 ab; davon entfielen auf den Vorschlag der sozialdemokratischen Partei 118, auf den des Centrums nur 52 bis 6 Stimmen.

Ein Parteigenosse wurde auch gewählt in Veltenshof in Braunschweig.

Ueber 100 neue Mitglieder gewann der sozialdemokratische Verein in Erfurt bei Gelegenheit einer Versammlung, in der Genosse Ed. Bernstein über die neuesten politischen Vorgänge sprach. Auch das Erfurter Parteiblatt hat im Laufe der letzten Monate gegen 500 neue Abonnenten gewonnen.

Ein Arzt als Denunziant.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
„In Nr. 31 des Vorwärts“ befindet sich eine Mitteilung, in welcher ich bezichtigt bin, im September 1902 in Karlsbad eine Denunziation gegen den Karlsbader Arzt Herrn Dr. Hugo Start unternommen zu haben, welche gegen denselben eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung veranlaßt haben soll. Da ich aus einer persönlichen Zuschrift des Herrn Dr. Start vom 28. Januar 1903 ersehen habe, daß diese Bezeichnung von ihm ausgesprochen wurde, habe ich demselben schon vor etwa acht Tagen geschrieben, daß ich an der gegen ihn gerichteten Denunziation gänzlich unbeteiligt geblieben bin. Wer die Denunziation veranlaßt hat, weiß ich nicht; ich bin vielmehr durch die Ladung zum Verhör als Zeuge in dieser Sache schon damals in Karlsbad selbst vollkommen überrascht worden. Alle anders lautenden Mitteilungen muß ich demgemäß als irrtümliche oder gar bewußt unwahre bezeichnen, gegen die ich eventuell gerichtlich vorgehen werde.“

Dr. Bernhard Weiß, prakt. Arzt, Hamburg 4, Amnenstr. 1.

Nach den eignen Angaben des Dr. Start in Karlsbad wurde ihm bei seiner verantwortlichen Benennung in der Untersuchungsfrage eine amtliche Anzeige des Gesundheitskommandos vorgelesen, die begann: „Ueber Anzeige des Dr. Bernhard Weiß in Hamburg.“ Ebenso wurde ihm die mit „Dr. Bernhard Weiß, prakt. Arzt in Hamburg“ unterschriebene, an die Polizei gerichtete Denunziation vorgelesen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Der klagende Bürgermeister.** Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Tagespost“ in Nürnberg stellt der erste Bürgermeister, Herr v. Sch u h, Privatbeleidigungsklage, weil er sich schwer darüber aufgeregt hat, daß er in einer

humoristischen Wochenspauderei der „Tagespost“ ein wenig angeekelt wurde. Dem Herrn Bürgermeister scheint der Ausgang des Prozesses Rudolfshaus zum Klagen Rat gemacht zu haben, aber auffallend ist es, daß er es ängstlich vermeidet, wenn ihm eine Preßverurteilung nicht paßt, den Staatsanwalt in Bewegung zu setzen und öffentliche Anklage wegen Amtsbeleidigung erheben zu lassen; er begnügt sich in solchen Fällen stets mit der bescheidenen Rolle eines Privatklagers, während die „Tagespost“ ihn doch niemals als Person, als welche er ihr sehr gleichgültig ist, angreift, sondern immer in seiner Eigenschaft als Bürgermeister, und wegen seiner Amtshandlungen, die meistens der Arbeiterchaft nicht gefallen. Der Grund, der ihn bestimmt, ist einfach der, daß öffentlich erhobene Preßbeleidigungs-Klagen vor das Schwurgericht kommen, von dem eine Freisprechung des betreffenden Preßsünders sehr zu befürchten ist. Wird dagegen Herr v. Sch u h in einer Versammlungsrede etwas unsanft angefaßt, so überläßt er die Sache dem Staatsanwalt, weil dann die Strafkammer abzuurteilen hat, und bei dieser ist eine Verurteilung stets ziemlich sicher, wie der Prozeß Rudolfshaus beweist.

— **Singen nach 10 Uhr abends** ist nach einer Polizeiverordnung in Magdeburg verboten. Diese Verordnung soll der Arbeiter-Sängerbund bei der Lenau-Feier übertreten haben, weil er nach 10 Uhr noch ein Lied vorgetragen hätte. Der Dirigent und ein Mitglied des Bundes sollte deshalb Polizeistrafe zahlen. Die Sache kam bis vor das Landgericht und dieses erkannte gleichfalls auf Strafe mit folgender Begründung:

„Erfahrungsgemäß habe der Vortrag eines Liedes, namentlich eines in politischer Hinsicht anstößigen Liedes, eine aufreizende Wirkung. Der § 6 Nr. 2 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung berechtigt die Polizeibehörde, zum Schutze der Personen und des Eigentums Polizeiverordnungen zu erlassen. Sei das Singen geeignet, aufreizend zu wirken, so sei die Polizeibehörde zum Schutze der Personen und des Eigentums befugt, es durch Polizeiverordnungen einzuschränken.“

Merkwürdig ist dabei, daß sich die das Verbot rechtfertigende aufreizende Wirkung nur nach 10 Uhr abends und nicht zu jeder Zeit bemerkbar macht.

Sociales.

Das Heimatsrecht in Bayern. Der Stadtmagistrat Würzburg stimmte einem gegenwärtig bei den bayerischen Stadtverwaltungen eintreffenden Antrage des Bürgermeisters Kraft in Ludwigshafen zu, wonach den Arbeitern, Diensthöfen und Gewerbesgehilfen, die jeden Jahre ununterbrochen als bayerische Staatsangehörige in der Gemeinde thätig gewesen sind, das Heimatsrecht ohne besonderen Antrag erhalten sollen. Nach den feierlichen Bestimmungen muß ein ausdrücklicher Antrag des Berechtigten vorliegen, wodurch es häufig kommt, daß aus Unkenntnis oder anderen Gründen die betreffenden Leute verfaulen, ihre längst erworbenen Rechte in Anspruch zu nehmen. Der Antrag Kraft bezweckt nun, die Gemeinden zu verpflichten, daß sie den Personen, die den genannten Voraussetzungen genügen, das Heimatsrecht ohne weiteres verliehen werden muß, was eine große Erleichterung bedeuten würde. Dem weiteren Antrage, die Kleinhandwerker in dieser Beziehung den Arbeitern gleichzustellen, glaubte der Stadtmagistrat Würzburg nicht zustimmen zu können.

Aus der Frauenbewegung.

Mit dem Versammlungsrecht der Frauen beschäftigte sich jetzt eine Landtags-Kommission in Braunschweig. In diesem mit Preußen vertheilten Bundesstaate ist nämlich den Frauen die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen verboten, in denen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden sollen. Auf Abänderung dieser Vorschriften war dem Landtage eine Petition von Frauen und Mädchen zugegangen. Die Kommission stellte sich allerdings auf den Standpunkt, daß die Frauen für die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten im allgemeinen nicht genug — Verstand haben, sie wünscht aber trotzdem eine Aenderung des Gesetzes in der Richtung, daß die Frauen an Vereinen und Versammlungen teilnehmen dürfen für berufliche Interessen sowie für Zwecke der Erziehung und der Nächstenliebe.

Das braunschweigische Ministerium hat allerdings im vorigen Jahre auf eine ähnliche Eingabe erklärt, daß kein Bedürfnis vorliege, der Reichsgesetzgebung vorzugreifen. Im Reich will man aber der Landesgesetzgebung nicht vorgehen.

Agitation unter den Arbeiterinnen. Im Auftrage des Deutschen Textilarbeiter-Vereins veranstaltete die Genossin Frau Paula Thiede aus Berlin in der verfloffenen Woche eine Agitation am Südbahnhof und in einigen Orten Thüringens. Die Versammlungen waren überall sehr zahlreich, besonders von Frauen und Mädchen, besucht, die den Ausführungen der Referentin begeisterte Zustimmung gaben. Fast überall wurde durch Anschluß der Arbeiterinnen an ihre Berufsorganisation die Agitation von Erfolg gekrönt.

Briefkasten der Redaktion.

H. W. 100. Julius Norden u. Co., Berlin O., Alexanderstr. 27 a. **Silbesheim.** Geschw. — **P. R.** Er fährt zur Hölle, um sich dort zu verheiraten. Koch ist er frei. — **J. S.** 1. Ja. 2. Nicht gleichwertig, aber besser ist „Die Gleichheit“, Stuttgart, Kirchbachstr. 12

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr abends statt. **Geöffnet: 7 Uhr.**
Robert 135. 1. Wenn Ihre Erwerbsfähigkeit trotz dieses Verdienstes noch um zwei Drittel beschränkt ist, behalten Sie die Rente. 2. Fahrer durch das Invalidenversicherungsgesetz. — **H. R. 32.** 1. und 2. Ja. — **Verber, Altenplan.** Die Wundung ist gesetzlich unzulässig. — **G. 50.** 1. und 2. Ja. — **Friedenau.** Wenn Sie kraft Auftrages der Erben handeln, haben Sie nichts zu befürchten. — **G. 6.** Der Stempel beträgt

ein Hundert Prozent der Jahresmiete, mindestens aber 50 Pf. Mieten bis zu 300 Mark sind kempflos. — **Wittwe.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **Schwarzenbühl.** 100. 1. 70 Pf. 2. Klagen Sie lieber auf Rückzahlung. — **Angermünde.** Ihre Klagen sind nicht klar. Ohne Klage wird nicht beantwortet. — **M. 2. 55.** 1. Ihre Klage kann Lohn für Februar verlangen. Sie kann Klagen. 2. Die Dienstverhältnisse, d. h. bis zum 1. März tragen. 3. Die Klagen klagen und müssen dem Schuldner den Eid über den Geldempfang zuschreiben. — **Gling 17.** Sie müssen nachzahlen. Klagenzahlung können Sie nicht beantragen; sie wird aber auf Antrag wohl nachgelassen werden. — **Karl Schulze, Charlottenburg.** Lohn- und Rückzahlungen dürfen nach § 115a der Gewerbe-Ordnung in Gast- und Schankwirtschaften oder Verkaufsstellen nicht ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde erfolgen. Zuwiderhandlungen werden nach § 118 Ziffer 13 der Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. — **P. 23.** 1. Sie können, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur Bezahlung derjenigen Anzahl verlangen, um die Sie länger unterernährt sind, als inwieweit bei gewöhnlichen Arbeiten. Da Sie an und für sich keine bestimmte Arbeitsstelle haben, müssen Sie mit einer gewissen Jahreszeit (sowie rechnen, die Sie nicht vergütet verlangen können. 2. Die Arbeit braucht Ihnen jedenfalls nur die Arbeiterlast zu bezahlen. 3. Die Vereinbarung einer vierwöchigen Kündigung ist zulässig. — **Frau Anna P. Z.** 1. Wenn Sie im Armenrecht liegen wollen, müssen Sie ein Armutsgesuch in Bezug auf Sie und auf Ihren Mann beim zuständigen Armenvorsteher erwirken. Damit gehen Sie auf die Gerichtsbehörde desjenigen Landgerichts, in dessen Bezirk Ihr Mann wohnt, und beantragen Sie, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. Wird der Antrag genehmigt, so wird Ihnen ein Rechtsanwalt zugewiesen, der die Klage einreichen muß. 2. Die Klage muß Ihnen der Mann vor der Scheidung herausgeben, wenn sie Ihnen unentbehrlich sind, nach der Scheidung auf alle Fälle. — **P. 8. 75.** 1. Ja, der Zugang kann verweigert werden. 2. Erlaubnis erforderlich. — **P. 3. 3.** Nein. — **K. 2. 100.** 1. Der Vertrag ist bis 1. Oktober 1903 verlängert. 2. Kündigung ist Kündigung mit dem Angebot zum Abschluß eines neuen Vertrags mit höherem Zins. Sie ist daher nur unter Einhaltung der Kündigungsfrist und nie für eine Zeit, für die ein Kontrakt lauft, zulässig. **M. 2. 2.** Da das zweite Kind vor 1900 geboren ist, können für dieses 1 e n Elemente verlangt werden. Für Kinder, die nach dem 31. Dezember 1899 geboren sind, ist das anders. — **M. 3.** Schenksfall. Wenn nichts Abweichendes vereinbart, haben Sie nur die Hälfte des für die gesetzliche Vertragsdauer zu entrichtenden Stempels zu tragen. — **P. 8. 9.** 1. Der Mutter steht das Erziehungsdereht zu, das Vormundschaftsgericht kann aber, wenn es im Interesse des Kindes liegt, eine anderweitige Regelung eintreten lassen, insbesondere also die Erziehung dem Vater übertragen. Daß dies im vorliegenden Fall geschehen wird, erscheint ausgeschlossen. 2. Unter Umständen ja. — **Freihant.** 1. Ja, innerhalb drei Tagen. 2. Nachträglich anmelden. — **K. 6.** Nein. — **P. 23.** 1. Nein. 2. Ja, Klagen brauchen Sie nicht. Sie müssen dem Schuldner oder den Verkauf der Pfandstücke unter Angabe der Summe, wegen deren Sie verkaufen lassen wollen, androhen. Einen Monat nach der Androhung dürfen Sie die Sachen im Wege der öffentlichen Versteigerung verkaufen lassen. — **Abzahlung.** Ihre Frau hat, Sie aber nicht. Sie brauchen auch die Zwangsvollstreckung in das Einkommen Ihrer Frau nicht zu dulden. — **G. 16.** 1. bis 3. Nein. 4. Ja. — **P. 75.** 1. Ja, Geldstrafe oder Gefängnis. 2. Ja, nur nicht die unentbehrlichen Sachen. 3. Nein. 4. Unter diesen Umständen nein. — **P. 6. 99.** 1. Nein. 2. Ja, wenn die Kosten nicht erst im letzten Jahre entstanden sind. — **G. 2. 36.** Ja. — **P. 1.** Die Frau hat nicht für die Miete, wenn sie sich nicht mit verpflichtet hat. 2. Wenn der Hauswirt im gleichen Hause wohnt, müssen Sie die Miete hindern. 3. Wenn Sie nicht selbst zur Zahlung der Miete verpflichtet sind, so können Sie für die Sachen, ohne strafbar zu werden, aus der Wohnung entfernen. — **P. 3. 43.** Sie können klagen, wenn der Ingenieur auf Ihr Angebot erklärt hat: „Ich nehme das Zimmer“ (oder dergleichen). Klagen Sie beim Landgericht in Berlin. — **K. 6. 63.** 1. Sie können den Restlohn sofort einlagern; Zahlungen muß er beweisen. 2. Die angegebenen Aufzeichnungen und Handzettel sind strafbare Beleidigungen. Freilich können Sie auch bestraft werden. — **Vertrag 100.** 1. Wenn die lebende Frau eine Wittwe oder ein Versehen trifft, so können Sie von ihr noch Erbschaft verlangen. 2. Wenn für alles, was der Tapedirektor gemacht hat, ein Höchstpreis von 100 M. verabredet war, ist nicht mehr zu zahlen. **P. 8. 100.** 1. Ja. — **H. Wurbs, Rixdorf.** Wenn der Verstorbene seinen ersten Ehe-Partner mit der zweiten Frau vor dem 1. Januar 1900 in Berlin gehabt hat, so hat die Witwe das Recht, binnen sechs Wochen seit ihrer Kenntnis vom Tode gegenüber dem Nachlassgericht zu erklären, daß sie nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches erben wolle. Geht sie diese Erklärung ab, so erbt sie die Hälfte und die Schwester die andere Hälfte des Nachlasses. Unterläßt sie die Erklärung, so hat sie die Wahl; entweder ihr eigenes Vermögen zu nehmen, so daß das ganze Vermögen des Verstorbenen an die Schwester fällt, oder ihr eigenes Vermögen mit dem Vermögen ihres Mannes zusammenzuwerfen und von dem Ganzen die Hälfte zu nehmen, während die andere Hälfte des Ganzen der Schwester zufällt. — **Ja dem Vermögen des Verstorbenen und also zum Nachlass gehört wie alle andere auch das, was der Verstorbene von seiner ersten Frau und seiner Mutter geerbt hat. Es vererbt sich nicht genau wie alles andere. — **Kade.** 1. Nehmen Sie unbedingt einen Anwalt. 2. Die Beleidigungsklage erscheint aussichtslos, wenn Sie nicht nachweisen können, daß die Äußerung wider besseres Wissen erfolgt ist. — **G. 2. 45.** 1. Wenn bis zu 300 M. Anstaltsgericht, sonst Landgericht. 2. Nicht sich nach dem Erststahl. 3. Die Hälfte des Betriebes zuzulassen. 4. Nicht. — **P. 8. 133.** 1. Sie halten aus der persönlichen Forderung außer wenn der neue Erwerber mit Einwilligung des Gläubigers seiner Zeit die Schuld übernommen hat. 2. Ja. — **P. 8. 100.** Ja, wenn die Entlassung unbedingte war. — **Thunehda.** Notarisch muß er Steuern zahlen. — **P. 1. in 8.** 1. Nein, da er überhaupt nicht verdingungspflichtig war. 2. Nein. 3. Das er erhält. 4. Nein. — **1000 H. G.** Die Lauf-, Verbindungs- und Schenkungsgeschäften können hier ausgelassen werden, die Elemente dagegen nicht. Die Vollstreckung wäre mit großen Kosten verknüpft und sehr wenig aussichtslos. — **W. P. 11.** Ja. — **G. 2. 1.** Das Erziehungsdereht und das Recht, den Aufenthalt der Kinder zu bestimmen, steht Ihnen zu, nicht Ihrer Frau. 2. Ja. 3. Entscheiden Sie Ihrer Frau die Schließgewalt und beantragen Sie beim zuständigen Amtsgericht die Eintragung der Entscheidung in das Güterrechtsregister. — **4. Unverständlich. — M. 3.** Weidenweg. Nein. — **G. M. 8.** Sie müssen alle Kosten zahlen. Auf Klagenzahlungen haben Sie keinen Anspruch. — **Benjamin.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Strodt.** Er kann seine Entlassung bei der Berufsangehörigkeit beantragen. Aber dem Willen der Berufsangehörigkeit kann er die Entlassung nur verweigern, wenn hierdurch die vollständige Heilung nicht verhindert oder erschwert wird. Ob das der Fall ist, ist zu erörtern. Am besten hilft er in der Anstalt aus. — **Kolporteur Langenstraße 3.** Wenn das Protokoll bemerklich, Sie hätten auf Rechtsmittel verzichtet, läßt sich gegen das Urteil nichts mehr machen. — **G. 3. 11.** Die Fortsetzung der Versicherung ist kassam. 2. Innerhalb zweier Jahre müssen mindestens 10 Markten geleistet werden. — **H. 3. 2.** Die vierzehntägige Kündigung gilt auch sehr noch.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. Februar.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Cyberhaus. Die weiße Dame. —
Schauspielhaus. König Heinrich der Fünfte.
Deutsches. Der arme Helrich.
Bayrischer. Senatorium Ebenberg.
Veitling. Der blinde Passagier.
Reines. Die Mücke. (La Mouche.)
Bescher: Der Oberlehrer.
Reibenz. Lutti.
Thalia. Der Kamelienschel.
Wetten. Die Hebermaus.
Central. Madame Scherry.
Belle Alliance. Am Telephon.
Sitzplatz: Cupido u. Cie.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Meister von Balmbura.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmshöf.)
Theater. Helmut.
Carl Weiß. Familie Dumberl.
Buntes. Jugend.
Luft. Der Meinelbauer.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Hyollo. Frau Luna.
Metropol. Reue! Reue!
Colino. Cavalleria rusticana.

Valoth. Berliner Luft. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Cestiner Sönger.
Tzidi. Tzidi-Sönger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Paroptikum. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Am Hofaal um 8 Uhr: Dr. G. Nax:
Küchen-Chemie.
Jubalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr: Dr. Wegener: Die
Bedeutung der Astronomie für
das praktische Leben.

Central-Theater

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Sam 99. Male:
Madame Sherry.
Morgen u. folgende Abende 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Madame Sherry.
Morgen, nachm. 4 Uhr, halbe Preise.
Jeder Erwachsene 1 Kind frei.
Schneeweißchen und Rosenrot.
Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Der Kamelienschel.
Vollst. mit Gesang und Tanz in 3 Akten
von Leon Kelljager.
Morgen und die folgenden Tage:
Der Kamelienschel.
Sonntagnachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Charley's Tante.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hofaal um 8 Uhr:
Dr. G. Nax: Küchen-Chemie.

Sternwarte

Invalidenstraße 57/62.
Um 8 Uhr:
Dr. Wegener: Die Bedeutung
der Astronomie für das praktische
Leben.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochent. 5 Uhr, Anf. d. Abend-
vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Ganz Berlin zerbricht sich
den Kopf über
AGA die schwebende
Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in
1 Akt.
The three Devils: Die
Weitfahrt im Todesring.
Willy Prager proloungiert.
14 neue erstklass. Nummern.

CASTANS

Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Neu! Die tatowierte Schönheit
Miss Karri
in ihren klassischen lobenden
Bildern.
Neu! **OTTO REUTER**
Neu! Wiener Damenkapelle
Kranz.
Gr. Promenaden-Konzert.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Camelienschel.
Mittwoch: Der Weinbauer.
Donnerstag: Gattspiel des Theaters
des Westens: Der Freischütz.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.

Buntes Theater

Köpnickerstraße 68.
Abends 8 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung bei
bedeutend ermäßigten Preisen.
(Parkett 1,00 M.):
Jugend.
Belle-Alliance-Theater.
Abendlich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Cupido & Cie.
Schwanz mit Gesang und Tanz in
3 Aufzügen.

Trianon-Theater.

Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moubit 47/49.
Dienstag, den 10. Februar 1903:
Der Erbförster.
Trauerspiel in 5 Akten (7 Bildern)
von Otto Ludwig. Anfang 8 Uhr.
Dienstag: Der Weisheitsfresser.

Cirkus Busch.

Dienstag, den 10. Februar 1903,
abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey. Elefanten - Schauspiele.
Boeren als Kunstschützen
und Lassowerfer.
Elefant und Pferd. Seelwren.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lustenberg.
Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Lutti. (Loute.)
Schwanz in 4 Akten von Pierre Heber.
Deutsch von Max Schönau.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Zomlagnachmittag 3 Uhr: Seine
Sammerjosef.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Carmen.
Nach der Vorstellung:
Familienball.
Mittwoch: Benefiz für F. C. E. E. E. E.
Gerechtigkeiten von Ammergau.
Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Dienstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen
von Adolf Wilbrandt.

Mittwochabend 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eubermann.

Mittwochabend 8 Uhr:
Esther.
Darauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Donnerstagabend 8 Uhr:
Heimat.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:

Neuestes! Allerneuestes!

Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender,
Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Heute abend um 8 Uhr:

Frau Luna

mit dem elektrischen Ballett.
Um 9 1/2 Uhr:
Die neuen Spezialitäten:
Robert Steidl
auf dem Hängeboden.
Vindobona. + Cobby und Shirker.
Wundergrotte. + Meisters Kosmograph.
Neu! Zum erstenmale in Berlin!
Original-Cake-Walks.
Morgen 8 Uhr: Nakiris Hochzeit.

Casino-Theater

Lothringersstr. 37.
8 Uhr abends:

Neu! Trudy u. Charles Alessy.

Neu! **Bonne! Cavalleria rusticana.**
Bis Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neue Vorzugskarten, gültig vom
Februar bis Mai, sind an den be-
kannten Stellen und vormittags von
10-1 1/2 Uhr an der Kasse gratis zu
haben.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:

Familie Humbert

oder:
Der 100 Millionen-Schwindel.
Morgen: **Uffe Kömer.**
Donnerstag: Zum erstenmal: Das
schlechte Gebot.

Palast-Theater

Durchstraße 22. Früher: Bees-Palast.

Grösster Erfolg der Saison!

8 1/2 Uhr. **Novität! 8 1/2 Uhr.**
Berliner Luft.
Gr. Operettenposse mit Gesang und
Tanz in 3 Akten von H. Köpcke.
Musik von Blahbeder.
Zwickel. **Dr. R. Winkler.**
Das Februar-Programm
Alles neu!
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstr. 77/79.
Direktion: Carl Haverland.

Täglich: **Gr. Vorstellung.**

Das grosse amüsante

februar-Programm.

Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Ted. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:

TANZ.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich: Spezialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab.
und Sonntag Tanzkränzen.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 6 Uhr.

Sanssouci

Jeder Sonntag, Montag,
Donnerstag:

Hoffmanns

Norddeutsche Sänger.

Nach jeder Soliree:

Tanz-Kränzen.

Tott ist dot.
Sensationsparodie.
Säle zu Heiligtfeiern.

Frische Naturbutter. [20086
Netto 8 Pf. 6.20 M. per Nachnahme.
Otto Lievers, Friedrichshof, C/11p.

Verfallene Pfänder, Goldschm.
wie Brillanten i. Net. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Silber, u. Spott, versch. Brillen, Gold,
Silber in gefalt. u. in Blei, gen. in
Pfund. Pringensstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Verantwortl. Redakteur: Carl Feld in Berlin. Inserentent

Am 7. d. Mts. entließ nach
langen schweren Leiden meine
innig geliebte Frau, unsere herzlich-
gute Mutter

Emilie Lindemann

geb. Kuhnmann
im Alter von 45 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Emil Lindemann,
20916 Schantheit.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 11. d. Mts., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Freireligiösen Friedhofs, Pappel-
Allee, aus statt.

Verein sozialdemokratischer

Gast- und Schankwirte

Berlins und Umgegend.

Am 7. d. Mts. starb die Frau
unseres Mitgliedes, Kollegen Emil
Lindemann

Frau Emilie Lindemann

geb. Kuhnmann.
Die Beerdigung findet am Mitt-
wochmittags 4 Uhr von der
Halle des Freireligiösen Friedhofs,
Pappel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/3 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbe-

Kasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen.
(E. D. 80, Hamburg.)

Berwaltungsstelle Berlin C.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied

Max Christian

am 6. Februar in der Heilstätte
Beelitz plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 11. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Dom-
Kirchhofe in der Müllerstraße
statt.

20945 **Der Vorstand.**

Socialdemokrat. Wahlverein

Charlottenburg.

Den Parteigenossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schriftföher

Arthur Klein

am 7. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 11. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Luisen-Kirchhofes
aus statt.

25011 **Der Vorstand.**

Am 7. d. Mts. entließ nach

kurzen schweren Leiden mein
innig geliebter Mann, unser guter
Vater, der Schriftföher

Arthur Klein.

Um dieses Beleid bittet die
trauernde Witwe 5792
Mathilde Klein geb. R a m e r
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am
Mittwochmittags 4 Uhr von
der Leichenhalle des neuen Luisen-
Kirchhofes aus statt.

Verband

der Möbelpolierer.

Am 7. d. Mts. verstarb unser
Kollege

Paul Trippensee

im Alter von 44 Jahren.
Die Beerdigung findet heute
Dienstagmittags 3 Uhr auf
dem Berliner Gemeinde-Friedhof
in Friedrichshofe statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
145/8 **Der Vorstand.**

Dankagung.

Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
unmöglichen Mannes und meines
unersetzlichen Vaters sage ich allen
Beteiligten, Freunden und Bekannten
meinen innigsten Dank.

Ww. Schuffelhauer

nebst Kindern.

Gross-Fischerel-Export-Artikel.

Reiche, wahre, billige Preise.
Per Nachnahme

Reine Salzsthering 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50, 1/60, 1/75, 1/100, 1/125, 1/150, 1/200, 1/250, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/750, 1/1000, 1/1250, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7500, 1/10000, 1/12500, 1/15000, 1/20000, 1/25000, 1/30000, 1/40000, 1/50000, 1/60000, 1/75000, 1/100000, 1/125000, 1/150000, 1/200000, 1/250000, 1/300000, 1/400000, 1/500000, 1/600000, 1/750000, 1/1000000, 1/1250000, 1/1500000, 1/2000000, 1/2500000, 1/3000000, 1/4000000, 1/5000000, 1/6000000, 1/7500000, 1/10000000, 1/12500000, 1/15000000, 1/20000000, 1/25000000, 1/30000000, 1/40000000, 1/50000000, 1/60000000, 1/75000000, 1/100000000, 1/125000000, 1/150000000, 1/200000000, 1/250000000, 1/300000000, 1/400000000, 1/500000000, 1/600000000, 1/750000000, 1/1000000000, 1/1250000000, 1/1500000000, 1/2000000000, 1/2500000000, 1/3000000000, 1/4000000000, 1/5000000000, 1/6000000000, 1/7500000000, 1/10000000000, 1/12500000000, 1/15000000000, 1/20000000000, 1/25000000000, 1/30000000000, 1/40000000000, 1/50000000000, 1/60000000000, 1/75000000000, 1/100000000000, 1/125000000000, 1/150000000000, 1/200000000000, 1/250000000000, 1/300000000000, 1/400000000000, 1/500000000000, 1/600000000000, 1/750000000000, 1/1000000000000, 1/1250000000000, 1/1500000000000, 1/2000000000000, 1/2500000000000, 1/3000000000000, 1/4000000000000, 1/5000000000000, 1/6000000000000, 1/7500000000000, 1/10000000000000, 1/12500000000000, 1/15000000000000, 1/20000000000000, 1/25000000000000, 1/30000000000000, 1/40000000000000, 1/50000000000000, 1/60000000000000, 1/75000000000000, 1/100000000000000, 1/125000000000000, 1/150000000000000, 1/200000000000000, 1/250000000000000, 1/300000000000000, 1/400000000000000, 1/500000000000000, 1/600000000000000, 1/750000000000000, 1/1000000000000000, 1/1250000000000000, 1/1500000000000000, 1/2000000000000000, 1/2500000000000000, 1/3000000000000000, 1/4000000000000000, 1/5000000000000000, 1/6000000000000000, 1/7500000000000000, 1/10000000000000000, 1/12500000000000000, 1/15000000000000000, 1/20000000000000000, 1/25000000000000000, 1/30000000000000000, 1/40000000000000000, 1/50000000000000000, 1/60000000000000000, 1/75000000000000000, 1/100000000000000000, 1/125000000000000000, 1/150000000000000000, 1/200000000000000000, 1/250000000000000000, 1/300000000000000000, 1/400000000000000000, 1/500000000000000000, 1/600000000000000000, 1/750000000000000000, 1/1000000000000000000, 1/1250000000000000000, 1/1500000000000000000, 1/2000000000000000000, 1/2500000000000000000, 1/3000000000000000000, 1/4000000000000000000, 1/5000000000000000000, 1/6000000000000000000, 1/7500000000000000000, 1/10000000000000000000, 1/12500000000000000000, 1/15000000000000000000, 1/20000000000000000000, 1/25000000000000000000, 1/30000000000000000000, 1/40000000000000000000, 1/50000000000000000000, 1/60000000000000000000, 1/75000000000000000000, 1/100000000000000000000, 1/125000000000000000000, 1/150000000000000000000, 1/200000000000000000000, 1/250000000000000000000, 1/300000000000000000000, 1/400000000000000000000, 1/500000000000000000000, 1/600000000000000000000, 1/750000000000000000000, 1/1000000000000000000000, 1/1250000000000000000000, 1/1500000000000000000000, 1/2000000000000000000000, 1/2500000000000000000000, 1/3000000000000000000000, 1/4000000000000000000000, 1/5000000000000000000000, 1/6000000000000000000000, 1/7500000000000000000000, 1/10000000000000000000000, 1/12500000000000000000000, 1/15000000000000000000000, 1/20000000000000000000000, 1/25000000000000000000000, 1/30000000000000000000000, 1/40000000000000000000000, 1/50000000000000000000000, 1/60000000000000000000000, 1/75000000000000000000000, 1/100000000000000000000000, 1/125000000000000000000000, 1/150000000000000000000000, 1/200000000000000000000000, 1/250000000000000000000000, 1/300000000000000000000000, 1/400000000000000000000000, 1/500000000000000000000000, 1/600000000000000000000000, 1/750000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000000, 1/15000000000

Parteigenossen! Besucht heute abend Mann für Mann die Versammlungen, in denen die Aufstellung der Reichstags-Kandidaten erfolgt!

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung. Montag, den 9. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Herr v. Hammerstein. Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. Beim Kapitel: Landrätl. Behörden bringt

Abg. Nielsen (Däne) Beschwerden der dänischen Bevölkerung in Nord-Schleswig über das Verhalten der dortigen Landräte vor. Im einzelnen bleiben die Ausführungen auf der Tribüne unverständlich.

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Alles, was der Herr Redner vorgebracht hat, ist absolut unzulässig. Mir sind bis jetzt keine Beschwerden zugegangen. Gegenüber der exorbitanten Behauptung des Herrn Redners, daß die dortige Bevölkerung sich unterdrückt und verfolgt fühle, genügt wohl der Hinweis darauf, daß die nichtpreussischen Abgeordneten dieser Kreise auf zwei Jurisdiktionen sind. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung steht treu zum preussischen Staat. Nur die Beamten, die von gewisser Seite in die Bevölkerung hineingetragen wird, verhalten sich so, daß nicht in allen Bezirken Ruhe und Frieden herrscht. Wir müssen auch an dieser Grenze festhalten an der deutsch-nationalen Idee. Ich kann dem Herrn Redner nicht versprechen, Landräte dorthin zu schicken, die gerade ihm gefallen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bachmann (natl.): Die Landräte haben nur ihre Pflicht getan, wenn sie dem vererblichen politischen Treiben gewisser Kreise zur Aufregung der dänischen Bevölkerung in Schleswig entgegengetreten sind. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (fr. Bg.):

geht auf die Boykottierungen liberaler Zeitungen durch den Landrat v. Maltzan in Grimmen nochmals ein und bekräftigt die Wichtigkeit der vorgeschlagenen Ausführungen des Abg. Reiboldt. Landrat v. Maltzan hat für das „Grimmer Kreisblatt“ Artikel geschrieben, in denen schwere Beleidigungen enthalten waren. Der Verleger wurde deswegen verurteilt. In dem Prozeß beteiligte Herr v. Maltzan die Aussage darüber, ob er noch weitere politische Artikel für dieses Blatt geschrieben habe, und zwar aus „dienstlichen Gründen“. (Hört! hört! links.) Der Minister wird mir zugeben, daß bei einer solchen Verweigerung alle Inbeteiligten die Heberzeugung gewinnen müssen, daß der Landrat seine Stellung dazu mißbraucht hat, Agent einer bestimmten politischen Partei zu sein. (Sehr richtig! links.) Es muß überhaupt einmal gegen den Mißbrauch eingeschritten werden, daß die amtlichen Kreisblätter Parteiblätter der Konservativen sind, ja im Osten zum Teil auch Organe des Bundes der Landwirte. (Zustimmung links.) Die amtlichen Mitteilungen sollen in einer besonderen amtlichen Ausgabe herausgegeben und den Zeitungen aller Parteien zum Nachdruck überandt werden. Medner erwähnt weiter die Hebergriffe einzelner Amtsvorsteher, die Gastwirte dazu bewegen haben, freisinnigen oder sozialdemokratischen Versammlungen ihr Lokal nicht zur Verfügung zu stellen. Durch ein solches Vorgehen wird der Glaube an die Unparteilichkeit unserer Beamten auf das schwerste erschüttert. (Oho! rechts.) Ich möchte den Minister bitten, die Behauptungen der Beamten nicht immer als unbedingt wahr anzusehen. Die Herren haben natürlich das größte Interesse daran, die Sache so günstig für sie erscheinen zu lassen, wie das nur irgend möglich ist. Öffentlich erwähnt der Minister in einem Erlaß sämtliche Landräte, daß sie sich jeglicher Wahlbeeinflussung zu enthalten haben. (Beifall links.)

Minister Herr v. Hammerstein:

Die beiden Erkenntnisse, von denen der Herr Redner gesprochen hat, liegen mir noch nicht vor, sie sind noch beim Reichsgericht. Der Herr Redner hat wohl auch nur diese Sache vor ihrer definitiven Erledigung angefaßt in einem gewissen persönlichen Interesse in Rücksicht auf die kommende Wahl, er fühlt wohl, daß seine Stellung gerade in dem Wahlkreise eine recht schwache ist. (Sehr gut! rechts, Unruhe links.) Herr Gothein beklagt sich darüber, daß die Kreisblätter ihm entgegenarbeiten und insofern deshalb, daß sie unterdrückt werden. Er betont aber zugleich, daß die liberalen Blätter in jenen Kreise viel weitere Verbreitung haben. Nun dann ist ja den Interessen des Herrn Gothein jetzt schon in der allerbesten Weise gedient. (Lachen links.) In den Urteilen möchte ich, obwohl sie noch nicht rechtskräftig sind, noch ein Wort sagen. In dem einen Fall, wo der Redakteur des Kreisblattes zu einer geringen Geldstrafe verurteilt ist, hat Herr Gothein gesagt, der Landrat hat den Artikel geschrieben. Das hat der Landrat selbst ausdrücklich zugegeben. Es ist aber vor Gericht festgestellt — das hat Herr Gothein verkümmert mitzuteilen —, daß der Landrat das Material zu dem Artikel flüchtig hingeworfen und dem Redakteur mit dem Bemerkten übergeben hat: machen Sie daraus einen Artikel, aber ohne Beleidigungen. — Das andre Urteil hat Herr Gothein wohl mit Absicht nur gestreift. Er hat nicht mitgeteilt, daß von den Teilnehmern des Kommerzes der Wert zu einem Monat Gefängnis, der Redakteur des liberalen Blattes zu 300 M. Geldstrafe, und der Vorsitzende des Kommerzes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt sind. (Hört! hört! rechts.) Gerade diese Beurteilungen beweisen doch, daß der Landrat bei dem Kommerz schwer beleidigt worden ist. Herr Gothein sagte dann, das Vertrauen im Volke zu den Landräten und Amtsvorstehern sei erschüttert. Es kommt mir komisch vor, wenn derartige Vorwürfe hier erhoben werden von dem Mitgliede einer Partei, die nur einen unendlich kleinen Bruchteil des großen preussischen Abgeordnetenhauses darstellt. (Sehr gut! rechts, Unruhe links.) Herr Gothein glaubt, seine Stimme sei die Stimme des Volkes, die Regierung aber sagt sich, die Stimme des Volkes kommt zum Ausdruck durch das gesamte Abgeordnetenhaus. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Reiboldt (fr.):

Der Wahlkreis Greifswald - Grimmen ist zu den verschiedenen Zeiten immer verschieden im Parlament vertreten gewesen. Stets waren freisinnige Blätter vorhanden, aber der Kampf wurde sachlich geführt. Erst seit der Nachwahl vor zwei Jahren hat sich in unserem Wahlkreise eine Balance von Neuen gebildet, die es für ihre Aufgabe halten, den sozialen Frieden in unserm Wahlkreise nicht aufkommen zu lassen. Vor kurzem ist zum Beispiel ein Flugblatt verbreitet worden, welches eine Rede des Abg. Gothein im Reichstage behandelt mit der Ueberschrift: „Kollaxis und Staatsstreich“. (Lebhaftes Zustimmung links, Hört! hört! rechts.) Am Schluß wird das Flugblatt der politischen Gegnern „habgierige Klassenvertretung“ vor. (Große Unruhe rechts, Erneute lebhaftes Zustimmung links.) Besser wird es werden, wenn der jetzige Reichstags-Abgeordnete den Staub meiner engeren Heimat von seinen Hüften geschüttelt hat. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Wir werden hierzu nach Kräften beitragen und glauben unserm Kreise damit einen guten Dienst zu erweisen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Nach dem vorliegenden Stenogramm hat der Abg. Bachmann von dem verwerflichen Treiben der dänischen Agitatoren gesprochen. Im Hinblick auf zwei Mitglieder dieses Hauses darf ich eine solche Verharmlosung als nicht zulässig erachten.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Wahlbeeinflussungen seitens der Landräte kommen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen vor. Bei der letzten Reichstagswahl waren in der Provinz Hannover die öffentlichen Kreisblätter fast ausnahmslos Organe des Bundes der Landwirte. Das ist doch eine Richtung, die der Staatsregierung viel oppositioneller gegenübersteht als die nationalliberale Partei.

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Der Minister meinte, mein Mandat scheine in Grimmen sehr gefährdet zu sein. Ach, Herr Minister, sind Sie schlecht unterrichtet! Der Landrat v. Maltzan hat für mich in einer Weise Propaganda gemacht, wie es besser kein liberaler Agitator hätte thun können. (Sehr gut! links.) Herr v. Hammerstein sagte weiter, es beständen ja auch liberale Zeitungen in Greifswald - Grimmen. Gewiß; ich habe hier aber eine ganz generelle Forderung aufgestellt, nämlich, daß die Kreisabgaben, die von Angehörigen aller politischen Richtungen aufgebracht werden, nicht dazu verwendet werden, um einseitig die Interessen einer politischen Partei zu unterstützen. Darüber ist der Minister schweigend hinweggegangen. Die Entschuldigung des Landrats, er habe nur das Material dem Kreisblatt-Redakteur übergeben, ist so lahm, daß ich mich wundern würde, wie der Herr Minister sie hier vorbringen konnte, wenn ich mich überhaupt noch über etwas bei dem Herrn Minister wundern könnte. (Weiterkeit links.) So ein untergeordneter Kreisblatt-Redakteur wird es natürlich niemals wagen, das Manuskript des hochwichtigen Herrn Landrats zu korrigieren. Der Herr Minister wunderte sich dann, daß unsere kleine Partei immer das Volk zu vertreten vorgebe. Wenn wir eine richtige Wahlkreis-Einteilung hätten, würden wir auch hier zahlreicher vertreten sein. (Sehr richtig! links.) Der Friede in meinem Wahlkreise, das stelle ich gegenüber Herrn Reiboldt fest, ist erst nach der letzten Wahl gestört durch den Landrat v. Maltzan bei der Kaiser-Geburtstagsfeier. Der Herr Landrat hat selbst zugestanden, daß sein Vorgehen gegenüber der Witwe Müller einen Sturm der Entrüstung bei seinen politischen Gegnern hervorgerufen mußte. Er sei sich dieser Thatsache vollkommen bewußt gewesen. Herr Reiboldt hat von einem freisinnigen Flugblatt gesprochen. Er möge sich nur einmal ansehen, was für Lügen und falsche Darstellungen über meine Thätigkeit im Reichstag und Landtag die konservativen Flugblätter in meinem Wahlkreise vorgebracht haben. Meine Rede, die das Flugblatt wiedergab, war durchaus sachlich gehalten. Der Vorwurf, daß die Sozialpartei nur ihre materiellen Interessen vertritt, muß ich vollkommen aufrecht erhalten. (Unruhe rechts.) Ich erinnere nur an das Wort: jeder will sein Schäfchen scheeren. Ich konstatiere zum Schluß, daß der Herr Minister auf meine tatsächlichen Beschwerden, die sich auf sein Ressort beziehen, überhaupt nicht eingegangen ist. (Bravo! links, Jischen rechts.)

Minister Herr v. Hammerstein:

Die Kreisblätter sind von der Regierung vollständig unabhängig. Die Blätter, mit denen ein Abkommen getroffen wird, daß sie die Veröffentlichungen des Landrates aufnehmen, gehören in ihrem nicht amtlichen Tenor den verschiedensten Parteien an, einige der nationalliberalen, eins auch der fortschrittlichen Partei. Soweit es sich um staatserkhaltende Parteien handelt, ist auch dagegen nichts einzutenden.

Es folgt das Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung.“

Abg. Dr. Forst (E.):

kommt auf die Frage der Zensur zurück. Die Zensur habe gewiß zwei Seiten, aber im allgemeinen treffe sie doch das Richtige. Die Schriftsteller arbeiten nicht nur nach rein künstlerischen Gesichtspunkten, sondern auch nach materiellen. Sie suchen teilweise der Sensationslust des Publikums entgegen zu kommen und da sei eine behördliche Dföorge von Nöten. Es sei auch ein erheblicher Unterschied zwischen dem geschriebenen und gesprochenen Wort. Der Satz ist unrichtig, es dürfe alles aufgeführt werden, was nicht gegen das Strafgesetz verstößt. Die präventive Zensur liege auch im Interesse der Theaterdirektoren selbst. Gewiß poßiere der Zensur mandamental etwas Menschliches. Das komme auch bei der Judikatur vor. Bei der Zensur sei es noch schwieriger, immer das Rechte zu treffen. Gegen den einzelnen Fehlspruch möge man sich hier wenden, aber nicht gegen die Zensur im allgemeinen. Er sei nicht trübe, aber was man hier auf den Theatern zu sehen bekomme, beweise eine große Weisheit der Zensur. Dr. Forst habe ja auch auf französische Stücke, die schlimm seien, hingewiesen. Ihm seien manche deutsche Stücke noch widerwärtiger als französische. Wenn ein deutscher Dichter im Sämme herumschweifet, hat er es gewöhnlich mit weniger Grazie als der Franzose. Er wolle nicht einer stärkeren Anziehung der Zensurstraße das Wort reden, er wolle aber namens seiner Partei dem Minister Dank sagen, daß er ohne Engbrzigkeit, aber getragen vom tieferen christlichen Ernst seinen Standpunkt entwickelt habe. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (l.) schließt sich dem Dank des Redners an den Minister an. Die ebenso maßvolle wie feste und entschlossene Art des Ministers in dieser Frage habe bei seinen Freunden allgemeine Zustimmung gefunden.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):

hebt noch einmal hervor, daß es sich bei der Handhabung der Zensur immer nur um ein subjektives Ermessen handeln kann. Ein Polizeibeamter taugt im allgemeinen nicht zum Kunstrichter. Der Stoff allein darf nicht beurteilt werden, die künstlerische Formung des Stoffes sei die Hauptsache. Bei seiner Analyse der „Maria von Magdala“ hat der Minister ganz übersehen zu sagen, daß es sich da bloß um den Aufsammungskreis der Maria von Magdala handelt, daß der Dichter gar nicht daran denkt, den freiwilligen Opfertod Christi von dem Verhalten der Ueblerin dem Prator gegenüber abhängig zu machen. Gehes Wert kann bei keinem noch so religiös gestimmten Menschen Anstoß erregen und hat auch wo es angeführt worden ist, nirgends Anstoß erregt. Da die Zensur niemals befriedigend wirken kann, halte ich die Aufhebung der Präventivzensur für das Beste. Gerade bei dem gebildeten Teil der Bevölkerung erregen die Zensurverbote Aergernis. Interesse an der Präventivzensur haben nur diejenigen Theaterdirektoren, die besonders geneigt sind, schlüpfrige, gewagte Stücke aufzuführen. Das Theater ist doch der Presse gegenüber und der sonstigen Literatur von so geringer Bedeutung, daß die Theaterzensur wirklich überflüssig ist. Niemand denkt heute an eine Wiedererrichtung der Präventivzensur für die Presse. Der Ausnahmezustand für die Theaterzensur ist nicht gerächtigt.

Ich möchte noch eine Frage an den Minister, die bereits zweimal an ihn gerichtet ist, auf die er aber bisher die Antwort schuldig geblieben ist, richten. Ich meine die Spionagegeschichte des „Vorwärts“, wo ein Kriminalbeamter der Polizeiverwaltung einen Expedienten des „Vorwärts“ durch 60 Mark zu Spionagewerben zu verleiten suchte. Solche Spionage ist niemals etwas Schönes und einer der Vorgänger des Herrn Ministers hat sie als nicht gentlemanlike bezeichnet. Diese Bezeichnung ist zutreffend. Die untergeordneten Beamten sollten dazu angehalten werden, daß sie ihre Aufgabe nicht darin sehen sollen, Spionageliste auszulundschaften. Es handelt sich um den „Vorwärts“; ich bin

darauf gefaßt, daß mir wieder wie am Sonntagabend entgegengehalten wird, daß ich die Geschäfte der Socialdemokratie besorge. Dieser Vorwurf ist mir sehr gleichgültig. Ich habe ihn schon so oft gehört, daß ich dagegen abgestumpft bin. Ich möchte aber doch den Minister darauf aufmerksam machen, daß die Interessen der Socialdemokratie durch niemand besser wahrgenommen werden, als durch Beamte, die sich solcher Ungeheuerlichkeiten schuldig machen. (Sehr richtig! links.) Die Art und Weise, wie die Socialdemokratie von den Verwaltungsbeamten behandelt wird, daß man sie nicht als eine Partei ansieht, auf die die gewöhnlichen Begriffe der Gerechtigkeit Anwendung finden müssen, führt dazu, um erst recht der Socialdemokratie immer neue Anhänger zuzuführen. Sobald man zu erkennen giebt, daß man bereit ist, mit den ungerechtesten Mitteln gegen eine Partei vorzugehen, müssen notwendigerweise die Sympathien für diese Partei zunehmen. Wie unter dem Ausnahme-gesetz die Socialdemokratie von Jahr zu Jahr immer mehr zugenommen hat, so muß auch jede Verwaltungsmaßregel, die den Stempel der Ungerechtigkeit und Niedrigkeit trägt, dazu beitragen, daß die Socialdemokratie Zuwachs erhält. (Sehr richtig! links.) Nicht wir, die wir auf derartige Mißstände aufmerksam machen, bejagen die Geschäfte der Socialdemokratie, sondern die Verwaltungsbehörden, die zu solchen Verbrechen Veranlassung geben. Sie sind die Schrittmacher der Socialdemokratie. (Sehr richtig! links.) Es liegt im dringenden Interesse der heutigen Staatsordnung, daß alle Parteien nach gleichem Maße behandelt werden. In demselben Maße wie die Verwaltungsbehörden strittige Gerechtigkeit walten lassen, in demselben Maße wird das Vertrauen zu der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung zunehmen. Es handelt sich hier um eine wichtige staatsrechtliche Aufgabe. Ich richte deshalb nochmals die Frage an den Minister, was an dieser Angelegenheit zutreffend ist. Erhalten wir auch dieses Mal keine Antwort, so ist das ein Geständnis. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Forst (E.):

Es ist für einen Theaterdirektor sehr schwierig, zu entscheiden, ob das Stück gegen das Strafgesetz verstößt oder nicht. Wie denkt sich Herr Dr. Forst denn überhaupt die Sache? Soll ein Polizeibeamter in der Rego Platz nehmen und dann während der Vorstellung aufstehen und sagen: „Es darf nicht weiter gespielt werden, diese Stelle verstößt gegen das Strafgesetz?“ Die Zensur ist berechtigt, wenn auch, wie ich anerkenne, Mißgriffe möglich sind. Ich will gern zugeben, daß „Maria von Magdala“ an und für sich ein Kunstwerk ist; deshalb eignet es sich doch aber noch lange nicht für eine öffentliche Aufführung vor einem zum Teil ungebildeten Publikum. (Beifall im Centrum.) Ich erlaube mir dem Abg. Dr. Forst an, daß die Pressefreiheit überall zum Besten unseres Staatswezens gewirkt hat, trotzdem durch sie auch viel zur Vergiftung der öffentlichen Meinung beigetragen werden kann. (Beifall im Centrum.)

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Herr Dr. Forst hat soeben erklärt, er wolle die Pressefreiheit nicht beschränken. Das ist recht hübsch von ihm. (Weiterkeit.) Aber aus seiner Lage über den Mißbrauch dieser Freiheit hat man herausgehört, daß er im Grunde seines Herzens jedenfalls bedauert, daß die Pressefreiheit heute besteht. Ich habe infolge der Debatten in diesem Hause „Maria von Magdala“ gelesen und kann mir sagen, daß mancher Prediger stolz sein könnte, wenn er vernäht, wie in diesem Falle Paul Heyse, in den Herzen seiner Zuhörer eine solche Wirkung hervorzurufen. (Große Unruhe im Centrum.)

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Auf die wiederholten Anfragen von der Linken Seite des Hauses über einen Vorschlag bei der Redaktion des „Vorwärts“ habe ich zu erklären, daß ich es grundsätzlich ablehne, über geheime Vorgänge bei der Polizei öffentliche Auskunft zu geben. Ich will noch hervorheben, daß ich nicht alle Behauptungen, die der „Vorwärts“ aufgestellt hat, für richtig anerkenne. (Lachen links.)

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Ich möchte an den Minister noch die Anfrage richten, weshalb in diesem Etat die sonst für den nächsten Sicherheitsdienst in Berlin geforderten 20 000 M. fortlassen sollen. Die Nachricht, daß von einem Uebun die schönsten Bauwerke in einer Nacht beschädigt worden, hat mit Recht in der gesamten Bevölkerung Entrüstung hervorgerufen, ebenso aber auch ein Gefühl des Erstaunens, daß solche Unthaten in Berlin möglich waren, ohne von den Mannschaften des Sicherheitsdienstes bemerkt worden zu sein. Für Berlin kann man wirklich sagen: „Die polizeiliche Sicherheit ist ja noch unter dem Nachwachter“. (Weiterkeit und Beifall links.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß der Posten von 20 000 M. auf verschiedene Etatposten verteilt sei. Der Sicherheitsdienst in der Nacht sei erheblich verstärkt worden.

Abg. Goldschmidt (fr. Bp.):

Weite Kreise der Bevölkerung haben von dem Minister eine Erklärung erwartet, daß das Verhalten der Kriminalbeamten gegenüber dem Redaktionsboten ungehörig sei. Die heutige Antwort hätte doch der Minister schon auf die erste Frage geben können. (Zustimmung links.) Eine politische Polizeihauptstelle darf überhaupt nicht gebildet werden. Hoffentlich unterbleiben derartige Spionagen in Zukunft; Vorbeeren wird sich die Polizei auf diesem Gebiete sicher nicht holen. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Forst (E.): Der Abg. Brömel meinte, daß ich im inneren Grunde meines Herzens ein Feind der heutigen Pressefreiheit sei. Was ich denke, darüber bin ich ja eigentlich keine Auskunft schuldig. Aber ich bin allerdings grundsätzlich der Meinung, daß die heutige Pressefreiheit nicht überall zum Wohle des Volkes gereicht. Das denke ich aber nicht nur in meinem inneren Herzenskammerlein, sondern das habe ich offen ausgesprochen. Ich habe aber auch gleichzeitig gesagt, daß ich einer Abänderung des heutigen Pressgesetzes nicht zustimmen würde. Der Angriff Brömel's ist um so bedauerlicher, weil ich glaube, daß die ihm nachstehende Presse wohl keine Ausführungen bringen wird, aber nicht meine Entgegnung. (Widerpruch links.)

Das Kapitel wird hierauf bewilligt

Weiterberatung: Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Der Kurpfuscher-Prozeß.

Kardentöter hat das Weite gesucht. Der Mann, der aus der Leichtgläubigkeit der Menschheit Gewinn von Hunderttausenden zu ergattern verstand, hat nicht allein seine Patienten, sondern auch den Reichthum hinter sich zu führen gewußt. Froh, daß der Staatsanwalt mit seinem Antrag auf 100 000 M. Rantion am Montag voriger Woche durchfiel, hat Kardentöter die ihm vom Gerichtshof auferlegten 15 000 M. Sicherstellung im Stich gelassen und ist unbekannt wohin verdrift. Bedenkt man, mit welcher Furcht Berliner

Nichter früher in Socialistenprozessen an der Untersuchungsanstalt unter Umständen festhalten, wo eine flüchtige Wahnwitz gewesen wäre, so kann man nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß in diesem Falle der Gerichtschof einem von ersten Tage an als Erzgänger gekennzeichneten Menschen zutraute, daß er im Lande bleiben und eine sehr harte Gefängnisstrafe auf sich nehmen würde. Bei Eröffnung der Sitzung gab der Vorsitzende Landgerichtsrat Müller bekannt, daß Kardentötter seine flüchtige ausdrücklich dem Gerichtshof angezeigt

habe. Der Staatsanwalt beantragte darauf 1. die gerichtliche Haft, 2. Beschlagnahme der Korrespondenz des Angeklagten mit seiner Ehefrau und Schwester, 3. die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Geschäftsbüchers und der gesamten Geschäftsbücher, um dem ganzen Geschäft die Lebensader zu unterbinden. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Protest des Verteidigers ferner, die Verhandlung fortzusetzen und den Angeklagten Dr. Kronheim zu verhaften. Er mache darauf aufmerksam, daß der Angeklagte schon einmal längere Zeit sich auf einem Schiff befunden und große Reisen gemacht hat. Wer bürgt uns dafür, daß er nicht heute schon ein Engagement in der Tasche hat und schleunigst auf die Reise geht. Er besitzt nichts, hat kein Vermögen, liegt mit seiner Ehefrau in Scheidung und es ist nichts vorhanden, was ihn an Berlin fesseln könnte.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück, nachdem Erster Staatsanwalt Dr. Pelz seinen Antrag noch dahin ausgedehnt hat, die von dem Angeklagten Kardentötter gestellte Sicherheit als der Staatskasse zu erklären.

Landgerichtsdirektor Müller verkündet, daß der Gerichtshof beschloffen habe:

1. Unumschränkter Haftbefehl gegen den Angeklagten Kardentötter zu erlassen;

2. Zu beschlagnahmen: a) die an den Angeklagten Kardentötter gerichteten Briefe und Sendungen auf der Post, sowie die an ihn gerichteten Telegramme auf den Telegraphen-Anstalten; b) solche Briefe, Sendungen und Telegramme, in betreff denen Thatfachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem Angeklagten Kardentötter herrühren oder für ihn bestimmt sind und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung haben könnte und zwar in Berlin und Köln.

3. Gemäß § 225 Str. P. O. das Vermögen des Angeklagten in Höhe von 3500 M. als Geldstrafe, 12 500 M. Kosten des Verurtheilten, 4000 M. Strafvollstreckungskosten mit Beschlagnahme zu belegen.

4. Die Geschäftsbücher sowie alle für die Untersuchung wichtigen Beläge mit Beschlagnahme zu belegen;

5. Haftbefehl gegen den Angeklagten Kronheim zu erlassen;

6. Gegen Kardentötter, Dr. Kronheim und Klepper gemäß § 230 Str. P. O. weiter zu verhandeln.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Müller fügt hinzu: Der Herr Erste Staatsanwalt hat sich dahin geäußert: es sei vorausgesetzt ein Vorwurf gegen den Gerichtshof erbracht werden können, daß er nicht seine Pflicht gethan. Der Gerichtshof übernimmt die volle Verantwortlichkeit

für seinen Beschluß, für welchen gerade das Verhalten der Staatsanwaltschaft von wesentlicher Bedeutung war. Die Voruntersuchung hat über Jahr und Tag gedauert, die Staatsanwaltschaft hat während der ganzen Dauer niemals einen Antrag auf Verhaftung gestellt, ein solcher lag auch bei Eröffnung des Hauptverfahrens nicht vor. Diese Momente müßten wir erwägen, als nach kurzer Dauer dieser Verhandlung der Antrag auf Verhaftung gestellt wurde. Es lagen bis dahin keine neuen Belastungsmomente vor, wichtige Zugeständnisse gegenüber der Voruntersuchung waren vom Angeklagten nicht gemacht worden, abgesehen von den kleineren Delikten, betr. Verstoß gegen die Vorschriften bezüglich des Verkehrs mit Wisten. — Erster Staatsanwalt Dr. Pelz: Es hat mir natürlich fern gelegen, dem Gerichtshofe irgend welchen Vorwurf machen zu wollen.

Rechtsanwalt Dr. Davidsohn erklärt, daß er gegen die Verhaftung des Dr. Kronheim sofort Beschwerde beim Kammergericht erheben werde.

Hierauf wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

In einem Falle, der zur Erörterung kommt, ist der junge Mann, der sich infolge der bombastischen Kellamen Kardentötters an diesen gewandt hat, auf briefliche „Ankündigung“ hin ein Jahr lang mit Quecksilber behandelt worden. Er hat 200 M. für die Kur zahlen müssen und vorübergehend eine Besserung gespürt. Er fühlt sich nicht betrogen, hat aber den Angeklagten Kardentötter, den er damals für einen heilkräftigen Mann gehalten, nicht weiter empfohlen. — Auch ein anderer Patient erklärt sich nicht für betrogen, obgleich er nicht völlig geheilt worden. Er fand die Kosten nur etwas hoch. — Sachverständiger Dr. Störmer: Die Medicamente haben einen Wert von 63 Pf., abgenommen seien dem Jungen 40 M.

Nach längerer Pause kommt Rechtsanwalt Dr. Davidsohn nochmals auf den Haftbefehl gegen Dr. Kronheim zurück. Er hebt hervor, daß die sofortige Beschwerde über die Verhaftung zur Folge haben würde, daß die Akten an das Kammergericht gehen müßten und eine Gefährdung der ganzen Verhandlung zu befürchten wäre. Er würde deshalb von der Beschwerde Abstand nehmen und bitte den Gerichtshof, den Haftbefehl wieder aufzuheben. Ein Nachverdict ist nicht begründet. Der Angeklagte überreichte eine eidesstattliche Versicherung, in welcher er erklärte, nicht entfliehen zu wollen.

Erster Staatsanwalt Dr. Pelz: Eine solche eidesstattliche Versicherung gelte gar nichts. Das Gericht sei auch gar nicht befugt, hier solche eidesstattliche Versicherungen entgegen zu nehmen. Er weite darauf hin, daß die angeklagten Ärzte Dr. Henmann und Dr. Guthermann ebenfalls flüchtig seien. Er selbst könne versichern, daß er schon am Freitag mit sich gekämpft habe, ob er nicht die Verhaftung des Dr. Kronheim und die Erhöhung der Kaution für Kardentötter beantragen solle. Er habe nur davon Abstand genommen, weil er dem Verteidiger recht geben mußte, daß man nicht alle Tage von neuem über die Kaution verhandeln könne. — Der Gerichtshof beschließt, den Haftantrag aufrecht zu erhalten. Der Angeklagte erweise soweit überführt, daß ihn wahrscheinlich eine ganz erhebliche Strafe treffen wird und er deshalb fluchtverdächtig erscheint.

Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat Kardentötter außer der kurzen, an den Verteidiger gerichteten Mitteilung, wonach er flüchtig geworden sei, auch noch ein Schreiben an den Gerichtshof gefandt. Der Angeklagte wünsche, daß dies Schreiben verlesen werde, der Gerichtshof sehe aber von dieser Verlesung ab.

Es folgt dann die Verlesung einer großen Anzahl

kommissarischer Auslagen

solcher Patienten Kardentötters, die sich für betrogen halten. Es ergeht sich, daß sich die Klientel des Kurpflüchters über ganz Deutschland verbreitet und die verschiedensten Klassen der Bevölkerung umfaßt. Bei allen diesen Zeugen ergibt sich immer dasselbe Bild: Die Zeugen sind durch die Kellamejettele zunächst auf die „wunderbaren Heilerfolge“ Kardentötters aufmerksam geworden und haben sich dann mit dem „Herrn Direktor“ in Verbindung gesetzt. Ursprünglich hatten sie gegen ihn gar keine Bedenken, sie hielten ihn für einen medizinisch gebildeten Heilkräftler und wurden erst nachher, als ihnen die geringwertigen Medicamente gegen die hohen Preise zugefandt wurden. — Ein Zeuge hat ausgeführt, daß er von Kardentötter nichts weiter erhalten habe, als ein paar Flaschen Medicamente und „eine gebrauchte Spritze“. (Heiterkeit.) Der Vorsitzende befragt den Zeugen Rünzberg, wie denn dies zu erklären sei, ob denn die Patienten mitunter nicht bloß Reste von Medicamenten, sondern auch Instrumente, die sie gebraucht, zurückfandten. — Zeuge Mühlberg: Letzteres sei ihm nicht bekannt. Dagegen sei er Augenzeuge gewesen, daß Kardentötter den Rest schon gebrauchter Medizin, die von Klienten zurückgefandten waren, einfach in ein Wasserglas zu anderer Medizin zugeb, die dann an andere Patienten gefandt wurde.

Der letzte heute verhandelte Fall ist auch ganz charakteristisch. Einem Patienten, der nach Maßgabe des Fragebogens an einem Hals leiden litt, hat Kardentötter sechs Medicamente verschrieben, nämlich: Arsen-Eisenmiztur, Bromkalilösung, Chinatropfen, Abführpillen, Magenpulver (mit Tollkirschen- und Strichmose-Extrakt) und Gurkefals. Der Mann hat einen Rasenpölvon gehabt und sich schließlich einer Operation unterziehen müssen.

Sachverständiger Dr. Störmer erklärt, daß diese Medicamente, die einen Gesamtwert von circa 2 M. gehabt haben, völlig willkürlich gemischt waren. — Sachverständiger Dr. Aahnt schließt sich dieser Ansicht an.

Hierauf wird die Verhandlung, die voraussichtlich noch bis Sonnabend dauernd wird, auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt.

Angelagter Dr. Kronheim, welcher bittet, zu seiner schwerkranken Mutter geführt zu werden, wird zur Untersuchungsanstalt abgeführt.

Lokales.

Das Interesse des Lehrers

an den Lehr- und Vermittlern der Schule

Es soll nur ein pädagogisches sein. Wo aber die Lehrer aus dem Verbrauch der Schulbücher an Büchern und Heften einen Nutzen für ihre Vereine bezw. für deren Unterrichtsvereine haben, da dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung ein Interesse ganz anderer Art bei ihnen voraussetzt.

Bekannt ist, daß Lehrvereine auf der einen Seite sich an der Lehr- und Vermittlerzeugung beteiligen, indem sie selber Schulbücher usw. herausgeben, auf der anderen Seite von gewissen Verlegern einen Gewinnanteil beziehen, für den diese als Gegenleistung wohl ausnahmslos eine Empfehlung ihrer Erzeugnisse durch die Lehrer erwarten. Daß die Lehrvereine sich als Verfasser und Herausgeber von Schulbüchern usw. betätigen, dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. An sich ist das sogar sehr wünschenswert, obwohl Mißbräude leider auch hier keineswegs ausgeschlossen sind. Aber den schärfsten Tadel verdient es, daß Lehrvereine es nicht verschmähen, beispielsweise für Schreibhefte, die irgend eine Firma der Schreibwarenbranche „verlegt“, eine Gewinnbeteiligung anzunehmen.

Auch in Berlin wird von dem Verein der Gemeindefachlehrer, dem „Berliner Lehrerverein“, dieses bedenkliche Verfahren noch immer geübt. Unser Leser wissen, daß wir das an dieser Stelle bereits mehrfach geäußert haben. Selbstverständlich würden sich die Lehrer beklagen, wenn wir hier die Vermutung aussprechen wollten, daß sie sich durch den ihrem Verein gewöhnten Gewinnanteil in ihrer pädagogischen Ueberzeugung beirren lassen könnten. In der That wünschen auch wir, annehmen zu dürfen, daß jeder Lehrer, unbestimmt um die Gewinnbeteiligung des Vereins und die von den „freigegebenen“ Firmen etwa daran geknüpften Erwartungen, nur empfindet, was er als Pädagoge für das empfehlenswertere hält. Aber in den Kreisen der Eltern wie der Schreibwarenhändler wird die Gewinnbeteiligung in einer Weise benutzt, die dem Ansehen der Lehrerschaft und der Schule wirklich nicht förderlich ist. Der Eifer, mit dem manche Lehrer bei ihren Schülern auf den Gebrauch der Hefte bestimmter Firmen dringen, wird mit der Gewinnbeteiligung in Beziehung gebracht.

Wiederholt sind Versuche gemacht worden, die Hilfe der Behörden anzurufen, aber lange ohne rechten Erfolg. Die Schreibwarenhändler klagen über den Schaden, den sie dadurch erleiden, daß sie die empfohlenen Hefte beziehen müssen und von den begünstigten Firmen nur geringen Rabatt erhalten, die Eltern aber empfinden es mindestens als Belästigung, wenn in der Schule Hefte zurückgewiesen werden, an denen sie keinen irgendwie belangreichen Unterschied gegenüber den empfohlenen Heften zu entdecken vermögen. Doch der Lehrerschaft bereitet das wenig Sorge. Schamlos stiehlt der Verein die Procente ein, die die geschäftstüchtige Firma ihm bewilligt. Was geht's ihm an, daß sie aus dem Mehrgewinn heraussuchen, den die Firma aus den Taschen der Schreibwarenhändler und schließlich auch der Eltern herausgeholt hat! Gegenüber dem Ertragsprozent, den der pfiffige Unternehmer einmaldarf, haben die für den Verein abfallenden Procente wahrhaftig nur die Bedeutung eines Trinkgeldes, aber an sich sind sie gar nicht unbedeutend. Ein mit der Firma der Schreib- und Zeichenhefte, J. J. Lüderich & Co. versehener Circular, das vor ein paar Monaten mit „kollegialischem Gruß“ und mit der Unterschrift dreier Lehrer an die Schulen versandt wurde, gab an, daß die seit 1893 in Aufnahme genommenen Lüderich-Hefte der Wittenlände des Lehrervereins jetzt schon jährlich über 1000 M. einbringen, und riefte an alle Kollegen und Kolleginnen die Bitte, „um der guten Sache willen die Lüderich-Hefte zu empfehlen“, solange diese nicht schlechter seien als andre Fabrikate.

Dieses Circular zeigt übrigens, wie's gemacht wird. Es geht noch immer, trotz aller Ministerialverfügungen der letzten 10 Jahre — alldieweil es sich eben immer nur um die erlaubten „wohlthätigen Procente“ handelt. Die neueste Verfügung, die im Herbst herauskam, droht sogar mit dem Disziplinarverfahren für den Fall, daß ein Lehrer bei „Mißbräuden“ ertappt wird. Auch hiervon versprechen wir und nicht viel Erfolg. Da wird's kaum anders werden.

Gegen den Schmutz in der Backstube. Mit dem Mias der Bädermeister, wonach die Gefellen sich vor Eintritt der Arbeit ärztlich untersuchen lassen sollen, beschäftigt sich das Nachbarblatt der Gefellen, „Der Bäder“. Gleich und ist dies Arbeiterblatt der Meinung, daß es sich bei der Meisterreform um ein Scheinmanöver handelt, das den Zweck hat, die Augen des Publikums von den wahren Mißständen in der Backstube abzulenken. Dennoch erklärt der „Bäder“, daß die Gefellen sich auf das Verlangen der Meister einlassen werden, wenn diese folgende Forderungen erfüllen wollen:

1. Abkündigung von Kost und Logis im Hause des Meisters.
2. Strenge Einhaltung des Maximal-Arbeitstages und der Sonntagsruhe.
3. Jährlich mindestens viermal stattfindende Kontrolle jeder Bäckerei durch Beauftragte, die je zur Hälfte aus Bädermeistern und Gefellen bestehen; die Beauftragten der Gefellen sind von diesen in öffentlicher Versammlung zu wählen.
4. Ärztliche Untersuchung jedes bei einem Bädermeister in die Lehre tretenden jungen Mannes und weitere periodische, staatlich geregelte Untersuchung.

Der Artikel des „Bäder“ führt weiter aus: „Anschließend hieran sei gleichzeitig erklärt, daß bei einer baren Entschädigung für Kost und Logis in Höhe von 12 M. pro Woche jedem Bädergefellenen die Möglichkeit geboten wäre, sich verheiraten zu können. Heute können es nur sehr wenige und hierin sind die Hauptursachen der Geschlechtskrankheiten zu suchen. Daß wir dann noch bei der Kontrolle der Bäckereien mitreden wollen, ist erklärlich. Wir glauben nicht an eine halbwegs strenge Durchführung irgend welcher Bädermeister-Vorschriften, so lange wir nicht befragt sind, mit zu kontrollieren und zu kontrollieren. Rechnen die Bädermeister diese unsre Vorschläge an, dann sind wir für eine ärztliche Untersuchung der Gefellen. Gehen die Bädermeister aber nicht darauf ein, so haben wir mit unsrer Behauptung recht, daß die geplanten Reformen nur ein Scheinmanöver sind und eine Besserung von dieser Seite nicht zu erwarten steht. Dann aber ist es wohl auch einmal Pflicht der Behörden, sich unsre Vorschläge etwas genauer anzusehen und hier von Gesetzes wegen einzugreifen.“

Die Ueberfüllung der Krankenhäuser, die magistratsamtlich immer gelocnet wird, erzählt eine grelle Beleuchtung durch eine Mitteilung der „D. Krankenkassen-Zeitung“, welcher von ärztlicher Seite folgende Fälle gemeldet wurden: Ein hochgradig mit Bleivergiftung und einem Gehirnleiden behafteter Maler wurde wegen der Gefahr von Krämpfen x. für die Krankenhäuser-Deputation empfohlen. Die Berliner Rettungs-Gesellschaft mußte aber leider nach Umfrage bei sämtlichen Krankenhäusern melden, daß heute (12. Dezember v. J.) 1 Uhr 15 Min. in den öffentlichen Krankenhäusern kein Bett frei war. Noch schlimmer erging es einem zweiten Patienten: Laut Vermerk auf dem Ueberweisungscheine wurde derselbe von der Kgl. Charité (am 8. Januar dieses Jahres) und von der Krankenstation des städtischen Obdachs wegen Platzmangels abgewiesen; am folgenden Tage der Landes-Versicherungsanstalt von der Orts-Krankenkasse der Kaufleute überwießen, wurde dem Patienten eine Wartekarte von zehn Tagen empfohlen und ihm ein Hausbett erteilt. Die Stadtver. Dr. Nathan u. Gen. haben den Magistrat nun um Auskunft ersucht, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen.“

Die „Heidenmission in der Schule“, über die wir in Nr. 21 berichteten, hat erfreulicherweise nicht den Beifall der städtischen Schuldeputation gefunden. In der 24. März-Session der Gemeinde-Commission (Hinter der Garnisonkirche) war, wie wir noch einmal in Erinnerung bringen wollen, einem ungetauften Kinde der unteren Klasse von der Lehrerin wiederholt der Auftrag gegeben worden, eine schriftliche Auskunft des Vaters darüber, warum das Kind nicht getauft worden sei, mitzubringen. Als der Vater diese Zumutung unbedachtet lei, erklärte schließlich die Lehrerin vor der ganzen Klasse, „Heidenkinder“ unterrichte sie nicht. Dem Vater, der gegen dieses Verhalten der Lehrerin die Hilfe der Schuldeputation an-gewandt hat, ist, wie er uns mitteilt, unterm 1. Februar folgender Bescheid zugegangen:

„Auf Ihr Schreiben vom 14. Januar cr. erwidern wir Ihnen, daß Jrl. R. mit aller Bestimmtheit bestritten, Ihrem Kinde Strafe angedroht zu haben, falls sie den Jettel nicht mitbringe. Aber auch abgesehen hiervon billigen wir das Verhalten des Jrl. R. nicht und bedauern das Vorkommnis. Dem Jrl. R. ist das Erforderliche eröffnet worden.“

Das Kind hatte dem Vater versichert, mit Strafe bedroht worden zu sein, und bleibt auch jetzt noch dabei; doch verdient, wie die Schulbehörde mit Recht hervorhebt, auch ohne diesen eventuell erschwärenden Nebenumstand der Uebergriff der Lehrerin Tadel und Zurechtweisung. Mit einem Wutgeheul wird der Bescheid der Schuldeputation vermutlich von denjenigen Vätern beanwortet werden, denen das Verstandnis dafür abgeht, wie sehr die geringe Handlungsweise der Lehrerin den Grundfäden einer besonnenen Pädagogik widerspricht.

Die ständige Arbeitermannschaft der Straßenreinigung ist in den letzten Jahren ungewöhnlich stark vermehrt worden. Noch im Jahre 1900 waren im eigentlichen Reinigungsbetrieb etatsmäßig nur 1246 Arbeiter beschäftigt, darunter 112 Vorarbeiter, 884 gewöhnliche Arbeiter, 200 Burichen. Bis zum Jahre 1902 stieg die etatsmäßige Zahl dieser Arbeiter rasch auf 1766, und zwar 113 Vorarbeiter, 1274 gewöhnliche Arbeiter, 379 Burichen. Im Jahre 1903 soll eine weitere Vermehrung der ständigen Arbeiter des Reinigungsbetriebes erfolgen, der Vorarbeiter auf 133, der gewöhnlichen Arbeiter auf 1284, der Burichen auf 417, so daß die Gesamtzahl auf 1884 steigt. Diese bedeutende Mehrereinstellung an Arbeitern ist nicht nur durch die fortschreitende Vergrößerung der Reinigungsfläche notwendig geworden, sondern mehr noch durch die Aenderung des Reinigungsverfahrens, die inzwischen eingetreten ist. Bemerkenswert ist namentlich die außerordentliche Vermehrung der Asphaltburichen, deren etatsmäßige Zahl viele Jahre hindurch bis 1900 auf 200 stehen geblieben war, aber in diesem Jahre schon über doppelt so groß wie vor drei Jahren sein wird.

Socialpolitik im roten Hause. Eine interessante Debatte über die „Streik-Klausel“ entspann sich in der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der neuen Bedingungen für die Gasentnahme aus den städtischen Gaswerken. Nach § 6 dieser Bedingungen soll die Verpflichtung der Werke zur Gaslieferung aufhören, so lange die Gasbereitung x. durch Feuergefahr, Naturereignisse, Krieg, Arbeiterausstand x. behindert ist. Das Wort „Arbeiterausstand“ sollte nun gestrichen werden. Man machte dem Magistrat zum Vorwurf, daß er versuche, sich von vornherein finanziell zu schützen gegen einen Streik, indem er die Folgen desselben auf seine Gasinstrumenten abwälze. Dies sei nicht zu billigen und stehe im Widerspruch mit dem gesetzlichen Koalitionsrecht der Arbeiter. Ein solcher Streik sei eine große Noth für den Arbeiter, er werde aber gegenstandslos, wenn man ihm seine Folgen, den materiellen Verlust für den, gegen den er gerichtet sei, nehme. Dies bezwecke der Magistrat: er wolle Ausständige wehrlos machen und verarmen so das Koalitionsrecht; schon, um nicht böses Blut unter den Arbeitern zu machen, müsse das Wort „Arbeiterausstand“ gestrichen werden. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte diesen Antrag aber ab: Die städtischen Behörden hätten sich bisher der Streik-Klausel gegenüber stets neutral verhalten, um über den Parteien zu stehen. Die Verwaltung thue für ihre Arbeiter schon jetzt mehr als sie eigentlich verantworten könne. Der Streik werde ja auch nicht verboten, obgleich durch einen solchen den Steuerzahlern ganz unabwehrbare Verluste entstanden. Die Steuerzahler müßten aber wenigstens gegen etwaige ungemessene Entschädigungs-Ansprüche der Gasabnehmer in Streikfällen geschützt werden. — Berlin, bekannt als die rückständigste Stadt in kommunalpolitischer Hinsicht, thut nach der Meinung der Freisinnspolitiker heute schon mehr als es verantworten kann! Es ist zum Schreien!

Gegen das Blumenmedium Anna Kolbe ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung zum 23. März ds. Js. vor der zweiten Kammer des Landgerichts II anberaumt worden. Den Vorh. wird Landgerichtsdirektor Gary führen. Der Prozeß verpricht mancherlei interessante Enthüllungen zu bringen, setzen die Anhänger des Spiritismus doch alle Hebel in Bewegung, um Entlastungsmaterial für die Angeklagte zu beschaffen. Von der Staatsanwaltschaft sind gegen 90 Zeugen geladen, denen 30 Entlastungsscheine gegenüberstehen werden, die vom Verteidiger, R. A. Dr. Schwandt, geladen sind. Von den letzteren haben sich verschiedene freiwillig erboten, für die Angeklagte einzutreten unter Verzichtleistung auf Zeugengebühren und Reisevergütung. Zu diesen gehört auch der 70jährige Präsident Sulzer vom Kassations-Gerichtshof in Jülich. Als medizinische Sachverständige werden der Gerichtsphysikus Dr. Puppe und ein Oberarzt von der Charité anwesend sein. Das Interesse des Publikums behandelt sich durch die vielen Gesuche um Zulassung zum Hörsaalraum; die Karten sind bereits vergriffen. Voraussichtlich wird die Verhandlung im kleinen Schwurgerichtssaal stattfinden, und etwa acht Tage in Anspruch nehmen.

Ein Berliner Strafenbild. Das „Berl. Tagebl.“ bringt über das Mauthaus eines nervösen Polizeilieutenants folgende Mitteilung: Zumultscenen säkummt Art spielen sich in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Otten der Stadt ab. Kurz nach 11 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Frankfurterstr. 15 gerufen. Es handelte sich um einen unbedeutenden Viehstallbrand. Wie sich später herausstellte, war das Feuer von zwei Burichen angelegt, die sich die üblichen drei Mark Belohnung für die Meldung verdienen wollten. Die Absperrung des Brandplatzes beauftragte der Polizeilieutenant v. Keschlerling. Die Schutzleute machten bei der Absperrung des Brandplatzes einige Fehler, und auch die neugierige Menge leistete, wie das ja öfter bei Bränden vorkommt, den Anordnungen des Offiziers nicht in genügender Weise Folge. Darüber geriet der Lieutenant in eine hochgradige nervöse Aufregung. Er forderte, nachdem der Brand gelöscht war, die vordringenden Leute mehrmals auf, Raum zu machen. Seine Anordnungen wurden von der Menge mit tösem Gejohle, Schimpfnoten und Drohungen beantwortet. Dies erregte den Offizier schließlich dertmaßen, daß er seinen Säbel zog und den Schutzleuten den Befehl gab, ebenfalls Platz zu ziehen. Es entspann sich ein förmlicher Straßenkampf. Die Menge drang gegen die Schutzleute vor, und der Polizeilieutenant wurde von seinen Leuten getrennt. Man umringte ihn und schlug mit Stöcken und Schienen auf ihn los. Seine Uniform wurde in Regen gerissen usw. Vor allem war es auf seinen Säbel abgesehen. Bei dem Versuche, ihm die scharfgeschliffene Waffe zu entreißen, erlitten zwei junge Leute scharfe Schnittwunden an den Händen. Sie mußten später nach der nächsten Unfallstation gebracht werden. Schließlich lähmte ein kräftiger Stodhieb die Hand des Offiziers, und der Säbel wurde ihm entzissen, wobei der Offizier eine schwere Verrenkung des Handgelenkes erlitt. Die Waffe soll, wie erzählt wird, nach der Redaktion des „Vortwärts“ gebracht worden sein. Immer mehr Menschen strömten, durch den Lärm angelockt, hinzu, und der Kampf dauerte bis 2 Uhr nachts. Da gelang es den Schutzleuten, bis zu dem Polizeilieutenant vorzudringen und ihn in ihre Mitte zu nehmen, worauf sie nach der Wache in der Königsbergerstraße abzogen. Die Polizei nahm viele Verhaftungen vor, und eine eingehende Untersuchung ist im Gange. Wir erfahren noch, daß der Polizeilieutenant an hochgradiger Nervosität leidet und vermutlich ein Sanatorium-aufsuchen wird. Die ganze Stadtgegend war durch

den Vorfall alarmiert worden, und bis in die frühen Morgenstunden spielten sich erregte Strafenzen ab. Gerüchte aufregender Art wurden verbreitet. Es hieß, der Offizier sei stark betrunken gewesen, habe harmlose Passanten insultiert und unbeteiligte Personen mit der Waffe angegriffen. Diese Gerüchte entsprechen jedoch nach unseren Erkundigungen nicht der Wahrheit.

Die Mitteilung, daß der Dienstanführer der Redaktion unseres Blattes einverleibt sei, ist wohl als solches nicht aufzufassen. Wenigstens bis jetzt ist die Trophäe nicht bei uns eingegangen. Der ganze bedauerliche Vorgang sollte aber der Polizeibehörde die Frage nahelegen, ob es überhaupt in heutiger Zeit noch angebracht ist, die Organe der Sicherheitsbehörde mit militärischen Waffen zu versehen. In London trägt der Policeman nur einen kurzen Stiel und geniesst eine hundertfach größere Autorität als im fabelhaften Berlin der Schutzmann.

Verkuppelte Kinder. Wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Mädchen von 11 bis 14 Jahren, wurde am Sonnabend der landwirtschaftliche Taxator, Oberlieutenant der Landwehr Franz Steldt aus der Berlinerstr. 100 zu Wilmersdorf verhaftet. Steldt ist 42 Jahre alt. Mit ihm wurden verschiedene Personen als der Stuppel verdächtig in Haft genommen. Es sind dies die Händlerin Jean Marie Kemme aus der Reuten Friedrichstr. 90, eine Frau Auguste Behde aus der Hirtenstr. 22, eine Frau Miesel aus der Blumenstr. 18 und die Schneiderin Friedlein Brozell aus der Brandenburgerstr. 4 zu Wilmersdorf. Mehrere Schlächtermeister und Kaufleute, sowie ein Metzler stehen in Verdacht, zu den Kunden der Kemme gehört zu haben. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen. Die Affäre, die jetzt zu eingehenden Ermittlungen der Kriminalbehörden Veranlassung giebt, liegt zwei Jahre zurück. Damals verlebte Steldt, der eine Geschäftsstelle für Hypotheken und Grundbesitz in Wilmersdorf besitzt und als landwirtschaftlicher Taxator viel auf Reisen ist, bei der Frau Kemme, die sich mit Vorliebe Kemme nannte und die mit Steldt in früheren Jahren eng befreundet gewesen war. In der Wohnung der Frau K. in der Reuten Friedrichstr. 90 waren häufiger Mädchen im Alter von 9—14 Jahren aufweisend, mit denen Steldt und mehrere andre Männer Umgang gehabt haben sollen. Die Mädchen sind die 17jährige Ida Krause, die 15 und 14 Jahre alten Mädchen Auguste Niesche und Margarete Wiegmann. Mit der letzten hatte St. bis jetzt noch Verbindung. Die beiden jüngsten hatten in einer Erziehungsanstalt etwas angefangen; dadurch erhielt die Polizei Kenntnis. Auf die Spur des Oberlieutenants kam die Kriminalpolizei dadurch, daß er während seiner Reisen in die Provinz von den Hotels aus, wo er wohnte, Anstaltspostkarten an seine Opfer schickte. Diese Karten wurden an die Behörden der verschiedenen Ortsgemeinden geschickt; dort wurde festgestellt, daß St., der natürlich in den Gasthöfen seinen richtigen Namen genannt und eingeschrieben hatte, auch der Schreiber der Postkarten ist. Die Angaben der Mädchen über seine verbrecherische Handlungsweise ihnen gegenüber sind klar und klar. Die Straftaten Steldts reichen, wie bereits betont wurde, vier Jahre zurück.

Ein Bootsunfall. Dem zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich gestern früh auf dem Seddinersee. Ueber den Vorgang wird dem „Tel. Arceislati“ folgendes berichtet: Früh in der achten Stunde wollte der vierundzwanzigjährige Sohn des Zäufers Jonas aus Fürttenwalde, der mit seinem Fahrzeug im Seddinersee überwinteret, die beiden Kinder des Kaufmanns Berner aus Berlin, einem Knaben von acht und einem Mädchen von neun Jahren, die sich besuchungsweise bei Jonas aufhielten, in einem Handlahr nach Hankels Abgabe fahren. In der Nähe der Kaimenenge Verge ließ das Boot durch plötzlich eingetretenen Sturm und durch falsche Steuerung an ein in der Nähe liegendes Hochholz, wodurch es umstürzte und alle drei Insassen ins Wasser geschleudert wurden. Leider fanden bei dem Unfall die beiden Kinder, welche durch die harte Strömung unter das Holz geraten waren, ihren Tod in den Wellen, während der Schiffer sich durch Schwimmen retten konnte. Die Eltern der ertrunkenen Kinder sind von dem Unfall sofort telegraphisch benachrichtigt worden.

Zu dem Selbstmord eines Mädchens im Tiergarten. Ueber den wir berichtet haben, wird gemeldet: Die Affäre ist jetzt aufgeklärt. Anna Krüger, genannt Groß, stand unter Aufsicht der Stützpolizei. Trotzdem unterhielt ein Herr H. ein Verhältnis mit dem hübschen Mädchen, das er auch bei sich aufhielt, dann aber entließ, als kleine Diebstähle vorliefen. Nachdem er die H. dann wieder zu sich genommen hatte, verschwand aus einem Versteck 300 M. zugleich mit dem Mädchen. In der Brunnenstraße traf der Versteckte mit der Diebin zusammen, die 10 M. von der Summe in einem Fien versteckt hatte, den Rest aber im Tiergarten verchartert haben wollte. Beide begaben sich dorthin. Als sie das Versteck nicht wiederfinden zu können vorgab und einem Schuhmann überantwortet werden sollte, bemängte sie den Augenblick, als H. den Beamten rief, um sich vor die Strafenbahn zu werfen.

Das Bureau der Papierverarbeitungs-Vereinsgenossenschaft ist von Röhrenstr. 6 nach Rauerstr. 80 I. verlegt worden.

Verhafteter Totschläger. Am Sonnabend wurde hier der Arbeiter Breitenstein verhaftet, der auswärts seinen Bruder erschossen hatte. Ohne zu arbeiten, hielt er sich mit seiner Familie bei dem Vater auf und rief dadurch den Unwillen seiner Angehörigen hervor. Zwischen ihm und einem Bruder kam es zu Thätlichkeiten, bei denen er zu einem Gewehr griff und den Bruder niederschlug. Vor einigen Tagen hatte er sich hier bei einer Tante in der Lübbenerstraße eingefunden, wo er festgenommen wurde.

Zu einem Familiedrama hat sich das Verschwinden der 26 Jahre alten Nymphenburger Dorothea Jagusch aus der Marienstraße 87 gestaltet. Am zweiten Weihnachtstage hatte sie sich nach einem geringen Wortwechsel mit ihrem Mann unter Mitnahme der beiden zwei und ein Jahr alten Töchter Ella und Olga heimlich aus der Wohnung entfernt und blieb verschollen, ohne daß dem Ehemann irgend ein Zeichen über den Verbleib bekannt wurde. Am Sonnabendmorgen wurde am Köpenicker Ufer die Leiche eines Kindes und am Sonntag die Leiche der Frau Jagusch selbst am dem Landwehrkanal bei der Admiralbrücke gezogen. Es fehlt nur noch die Leiche des jüngsten Töchterchens.

Die Verhaftung eines Briefträgers wegen Einbruchs ereignet im Nordwesten der Stadt Aufsehen. Bei der Uebernahme des Briefverkehres von der Palfahrgesellschaft war der Beamte Richard Hille, der 32 Jahre alt, verheiratet und Vater dreier Kinder ist, als Hülfsbriefträger übernommen. Die Familie hatte im ersten Stock des Quergebäudes auf dem Grundstück Salzweiderstr. 13 eine aus Stube, Kammer und Küche bestehende Wohnung seit Oktober vorigen Jahres inne. Hille unterhielt ein Verhältnis mit einer Frau, das seine Mittel über Gebühr in Anspruch nahm. Um diese außerordentlichen Ausgaben zu decken, machte er zunächst Schulden und begann mit der Veräußerung von Vieles. Von den ihm anvertrauten Briefen gab er solche, worin er irgend welche Werte vermaulde, an seinen Schwager Oskar Greifer ab, der sie öffnete und später vernichtete. Auch das genügte den Ansprüchen noch nicht. Hille und Greifer verabredeten einen Einbruch in die Verbandstoff-Fabrik von Hartmann in der Marienstr. 17, über die sich Hille bei seinen Befehlen unterrichtet hatte. Nachdem beide mit einem Nachschlüssel in der Nacht zum Sonnabend das Haus geöffnet hatten, wurden sie übertrast. Sie entflohen, aber Greifer wurde ergriffen. Hille wurde auch bald darauf festgenommen. Beide wurden am Sonntag in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Einen Meisterfinger-Abend hat der Verein zur Förderung der Kunst Sonntag im Reform-Gymnasium zu Charlottenburg abgehalten. Zeichner die unter Oberaufsicht des Magistrats unserer Nachbarstadt getroffenen Veranstaltungen sich durchweg schon durch gebiegenen Gehalt aus, so war der vorgestrige Abend ein kunstgenussiger erster Rang. Nach einem übersichtlichen Vortrage des Herrn Goldschmidt über die Bedeutung der Meisterfinger und ihres Gesanges referierte Herr Dr. Gustav Marx verschiedene Dichtungen von Hans Sachs. Dann aber kam der eigentliche künstlerische Teil des Abends: Bruchstücke aus Richard Wagners „Meisterfinger von Nürnberg.“ Dies Meisterwerk, das in alle Zeiten von der Herrlichkeit deutscher Kunst zeugen wird, hat sich wohl erst seit einem halben

Menschenalter unbestrittene Geltung errungen. Bei der ersten Aufführung 1868 erregte es die Entrüstung aller Kunstfreier. Auch ein so feinfühiger Kritiker wie Hanslik schalt gar weidlich darauf und noch bei Wagners Tode 1883 meinte unser lieber Johannes Wedde, daß das Stück als Lustspiel genommen vorzüglich sei, wegen seiner menschlichen Mäßigkeit aber von Gebildeten leider nicht genossen werden könne. Heute braucht man kein Wagner-Schwärmer zu sein, um solche Ansichten unbedenklich zu finden.

Herr Leo Hollman sang mit kräftigen, wohlausgebildeten Tenor das Lied „Am stillen Herd“, den Kampfgesang „Zanget an“, sowie das Preislied; der junge Dichtungs Herr Gerhard Fischer den Monolog „Wahn, Wahn“, sowie in Gemeinschaft mit Fräulein Erna v. Stora das Gespräch unter dem Nickerbaum. Zum Schluß wagte man sich sogar an das berühmte Quintett aus dem dritten Akt, das recht gut wiedergegeben wurde. Es wäre schade, wenn dieser Meisterfinger-Abend nicht auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht würde.

Feuerbericht. Ueber ein Dutzend Brände hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu besichtigen. Sonntagmorgen gegen 4 Uhr wurde sie nach der Friedrichstr. 32 gerufen, wo in einem Keller Stroh und anderes Verpackungsmaterial in Brand geraten war. Auch in der Schönhauser Allee 187, Gr. Frankfurterstr. 18 und in der Görögstr. 89 mußten im Laufe des Sonntags Kellerbrände abgelöscht werden. In der Hauptstraße wurden in allen Fällen allerlei Gerümpel, Kisten etc. eingeklärt. Nach dem Zerschlagen und Dresdener Güterbahnhofe wurde die Wehr gerufen, weil in beiden Fällen Preiselosen, Stroh etc. in Brand geraten waren. Gardinen, Möbel und Kleiderstücke gingen nachmittags in der Putzenerstr. 14 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Stargarderstraße 25 Puppenwolle unter anderem Feuer gefangen hatte. In der Walsphaugstraße 11 mußte kurz darauf ein Brand beseitigt werden, der einen Posten Lumpen ergriffen hatte. Regale, Holz etc. standen gegen Abend in der Kirchbasstraße 7 in Flammen, die indes noch in Achse erstickt werden konnten. Feuerlärm von der Nikolaisstraße am Marktplatz alarmierte Sonnabendabend ein großes Löschaufgebot. Es stellte sich indes heraus, daß der verdächtige Rauch von der Centralheizung ausgegangen war und keinerlei Feuergefahr vorlag. Die Löschzüge konnten daher ohne weiteres wieder abziehen. Außerdem hatte die Wehr in der Hoffenzeit noch an einigen andern Orten ganz unbedeutende Brände zu besichtigen.

Haus den Nachbarorten.

Johannisthal. Donnerstagsabend 8^{1/2} Uhr findet bei Zentfischen eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um recht zahlreiches Erscheinen. Die Kreis-Vertrauensperson.

Ober-Schöneweide. Morgen, Mittwochabend 8^{1/2} Uhr, findet bei Nauhoff, Wilhelmminenhofstr. 18, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Vereinsangelegenheiten. Regier Besuch, auch der Frauen, wird erwartet. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer Sitzung am nächsten Mittwoch mit 24 Vorträgen zu beschäftigen haben. An erster Stelle stehen die sozialdemokratischen Anträge betr. die Verhältnisse der städtischen Arbeiter, betr. die Festsetzung des Termins für die Mietwahlen und betr. die Wohnungsfrage. Dann folgt die zweite Lesung der Vorträge betr. die Erhöhung der Saugelder, die Vorträge betr. die Wahl eines Vorsitzenden für das Gewerbegericht, betr. die Erbauung einer Gemeinde-Doppelstraße auf dem städtischen Grundstück zwischen Suarezstraße und Straße 23, und endlich neben einer Reihe minder wichtiger Gegenstände die Vorträge betr. den Stadthandhalls-Etat.

Wilhelm II. und Spandau. Die Blätter berichten: Der Kaiser empfing am Sonnabendvormittag eine Abordnung der städtischen Behörden von Spandau. Oberbürgermeister Koelpe stattierte zunächst den Dank der Stadt ab für die durch die Entseignung gewährte Freiheit der Entwicklung, worauf der Kaiser bemerkte, es habe ihn selbst Freude gemacht, daß er den Festungsgürtel endlich beseitigen konnte. Die Stadtverwaltung möge nun dafür Sorge tragen, daß das Festungsgelände nicht der Spekulation anheimfalle, und dahin wirken, daß auf dem freitragenden Terrain eine nicht zu dicke Bebauung stattfindet, damit Licht und Luft ausreichend vorhanden seien. Der Oberbürgermeister schilderte im weiteren Verlaufe der Audienz die unglückliche finanzielle Lage der Stadt, woran die Steuerfreiheit des Reichshofes die Schuld trage; er sprach die Bitte aus, daß bei den bevorstehenden Bauhof-Umbauten die Stadt möglichst wenig durch Leistung von Kostenbeiträgen belastet werden möchte. Zur Steuerfreiheit des Reichshofes meinte der Kaiser, das Reich habe jetzt selbst kein Geld und wisse nicht, wo solches hergenommen werden könnte. Der Kaiser machte im Laufe des Gesprächs auch noch eine launige Bemerkung über den großen Kinderreichtum in der Spandauer Bevölkerung.

Auf sonderbare Weise ist es der Polizei unseres Nachbarörtchens Seglitz gelungen, den Dieb zu fassen, der dort vor einigen Tagen in die Wohnung des Postinspektors Albrecht, Dübsestr. 22, eingebrochen war und neben einem Hundertmarkstheine elische Goldstücke und eine Münzsammlung erbeutet hatte. Es lenkte sich nämlich der Verdacht der Kriminalbeamten auf einen Mann, der, reduziert gefesselt, durch zweifaches Herumwummeln in den Steglicher Strafen aufwies. Doch zeigte er sich, als man nach seinen Ausweispapieren fragte, ganz entrüstet, sprach von „Nägeln“, nach denen es der Steglicher Polizei auch zu verlangen sahene, und trieb die Frechheit so weit, das Oberhaupt der dortigen Polizei, Herrn Kommissar Hoffmann, in seinem Amtszimmer aufzusuchen, um über die ihn belastenden Kriminalbeamten Beschwerde zu führen. Hier sollte seine Entrüstung allerdings bald ein Ende finden; der geübte Blick des Polizeikommissars ergriff sofort eine außerordentliche Wälbung an der Brunnentafel des Unbekannten, und ein klüher Griff förderte im Nu ein dickes Portemonnaie mit der gestohlenen Münzsammlung zu Tage! Der so Ueberführte mußte nun den Diebstahl schon zugeben, und wurde als ein obdachloser Töpfergeselle Namens Saniel festgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Die Mithandlung eines Ziegeleiarbeiters durch seinen Arbeitgeber beschäftigte am Sonnabend die Potsdamer Strafkammer, vor welcher sich der Ziegeleiarbeiter Erich Löschke aus Stolln bei Rhinow zu verantworten hatte. Löschke war wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs vom Rathenower Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis und zur Zahlung einer Buße von 600 M. an den Ziegeleiarbeiter Peter Jung verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Anfang September vorigen Jahres hatte der Arbeiter Jung, der erst vierzehn Tage auf der Löschke'schen Ziegelei beschäftigt war, mehrmals seinen Arbeitgeber um leichtere Arbeit gebeten, war aber mit seinem Gesuch stets an den Meister verwiesen worden. Jung ist ein 63jähriger Mann, welcher durch einen rechtsseitigen Leistenbruch minder erwerbsfähig ist und deshalb früher als Aufhütter thätig war. Man sollte er auf einer in schlechtem Zustande gehaltenen Lohnbahn die Wagen, die häufig entgleisten, wieder auf die Geleise bringen, wozu seine Körperkräfte nicht anreichten. Als nun der alte Arbeiter, der einen durchaus harmlosen Einbruch macht, am 3. September v. J. abermals bei dem Angeklagten in der Wohnung wegen leichterer Beschäftigung vorstellig wurde, rief ihn dieser sofort zu: „Naus! raus!“, ergriß seinen Spazierstock und schlug hinterher den Mann ein, verfolgte ihn auch noch bis nach dem Hof, um dort weitere Hiebe auszuüben. Jung's Körper wies nach der Affäre eine ganze Anzahl blutunterlaufener Strichen auf; das schlimmste war aber, daß ihm durch einen Stodhieb der Zeigefinger der rechten Hand gebrochen wurde, so daß Jung 7 Wochen im Krankenhaus zubringen mußte

und es noch längere Zeit dauern dürfte, bis derselbe wieder voll erwerbsfähig wird. In der Berufungssitzung versuchte nun der Angeklagte, der im wesentlichen geständig ist, sich durch seine Erregung über die fortgesetzten Belästigungen Jung's zu der That haben hinreichend zu lassen, eine geringere Strafe, vor allem aber eine geringere Buße zu erzielen. Jung hatte pro Tag 1 M. bis 1 M. 25 Pf. verdient, weshalb der Verteidiger des Angeklagten für eine Herabsetzung der Buße auf 200 Mark und der Geldstrafe auf 75 Mark eintrat. Der praktische Arzt Dr. Riendorff aus Rhinow, der früher lebhaft zu Gunsten Jung's eingetreten war, schränkte jetzt seine Aussage ein und erklärte, daß der verletzte Finger Jung's wahrscheinlich besser geheilt wäre, wenn er nicht immer daran gerüttelt hätte. Die Erwerbsfähigkeit Jung's würde noch für etwa 1/4 Jahr um 15 Proz. beeinträchtigt werden. Im Gegensatz zu diesem Gutachten glaubte der Medizinalrat Dr. Passauer nicht, daß das Mitleiden am Finger die Stellung beeinträchtigt habe. Der Gerichtshof hielt die Strafe von 150 M. bei der recht erheblichen Mithandlung durchaus angemessen, setzte aber die vom Angeklagten an Jung zu zahlende Buße auf 400 Mark herab.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist schon das 19. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein altpreussischer Barockaufsatz. — Die Metamorphose eines Zeitpfeilers. Von G. G. v. Kellen. — Die rheinische westfälische Industrie und ihre Arbeiter. Von Wilhelm Dimeck. — Pflanzen als Lebenswelt. Von Karl Grottel. — Centrum und Sozialdemokratie in Preußen. Eine statistische Studie. Von Wilhelm Stein. — Parteimoral. Von G. Bernbach. — Literarische Rundschau: Dr. Hugo Borchgrevink, Gehirnwunden und Gehirnbereiche in Teutich. — G. v. Blangh, Primo Maggio.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämtern ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5775 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Dokumente des Sozialismus“ (herausgegeben von Ed. Bernstein) sind mit dem 1. Januar 1903 in den Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. übergegangen. Der Abonnementpreis ist wesentlich verbilligt worden, er beträgt nun jezt an nur 2,25 pro Quartal, das einzelne Heft kostet 75 Pf. Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal.

Aus dem Inhalt des vorliegenden zweiten Heftes heben wir hervor: I. Aktuelle Bibliographie des Sozialismus. 1. August Bebel, Die Frau und der Sozialismus. II. Aufsätze. — 2. August Brinmann, Geschichte der deutschen Zimmerer-Vereine. — 3. Dr. G. G. v. Kellen, Das Recht an den vollen Arbeitseinsatz. — 4. Arnold Fischer, Die Entstehung des sozialen Problems. — 5. Dr. K. Lindemann, Die neue (wirklich) Gemeindeförderung. — 6. Georges Renard, Le Regime Socialiste. — 7. Robert Blumfeld, Britain for the British. — 8. T. M. Young, The American Cotton Industry. — 9. G. Gizlioli, Lo Malatesta del Lavoro. — 10. G. Lorenzini, La Cooperazione Agraria nella Germania Moderna saggio descrittivo el teorico. — II. Aus der Geschichte des Sozialismus. 1. Ein französischer Vorkämpfer von 1789 als Vorkämpfer der materialistischen Geschichtsauffassung. — 2. Der heilige Marx. Aus einem nachgelassenen Brief von Marx. Engels über Max Stirner. (Fortsetzung.) — 3. Dokumente zur Geschichte des Sozialismus im Reichsthum. Der Parteipolitik und der Zeit des Heros. — III. Urkunden. 1. Die Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten im heftigen Landtage. — 2. Der Programmtext der marxistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie. II. a.

Der „Wahre Jacob“ hat schon die 4. Nummer seines 20. Jahrganges erschienen lassen. Wir heben aus dem Inhalt derselben besonders die beiden farbigen Bilder hervor „Der Kampf gegen den inneren Feind“ und „Söperfall“. Zu dem letzteren Bild, das von der Wiener Malerin Gertrude Heller-Unterkerer herrührt, hat Max Müller ein ergänzendes Gedicht beigegeben. In der Nummer wird sodann die Porträts-Galerie „Die Wälder des Bräuhäuses“ durch die Bildergalerie der letzten Zeit beizugehen. Auf die politischen Vorgänge der letzten Zeit beziehen sich die Illustrationen „Vergeltung“, „An der Fichtel-Aeneas“, „Don Luyote“, „Der Abenteuer“, „Der Weisheits“, „Ein Trauerspiel“, „Der Kömmling“ und „In die Woge“ gesonnen. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Ein Brautpaar“, „Balladen“, „Der Finger Gottes“, „Kumpel“, „Dellisch & Co.“ von Erich Mühsam, „Die Tänzerin“, „Die heiligen Klosterkammer“ von Ludwig Frank, „Der Centrumsturm“ von Rudolf Kramm, sowie die größeren Feuilletons „Der Karawansarum“ von Max Heiberg und „Die Berliner Samariter“. Außerdem enthält die Nummer noch zahlreiche kleinere literarische Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der zehn Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Züllichau-Zawiebus-Krossen-Sommerfeld. Heute Dienstagabend 8^{1/2} Uhr: Versammlung bei Großer, Diefenstr. 39, 1 Tr. (Sträßer in der Stadtbahn). Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mittelschul-Str. 37): Mitglieder-Versammlung, Vortrag des Kollegen Bauer: Die Bedeutung und Berechtigung des Wimmalohnes. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Unwetter-Katastrophe. San Francisco, 9. Februar. Auf den Gesellschaftshafen wütete mehrere Tage nach dem 18. Januar ein Unwetter. Die ersten Nachrichten wurden am 26. Januar von dem Schoner „Cinco“ nach Capote gebracht; am nächsten Tage traf der Dampfer „Excelstor“ mit 400 Ueberlebenden dort ein, der Kapitän schätzte den Verlust auf den Inseln Sao, Situro und Maratan allein auf 500 Personen; auch auf Weise sind ertrunken. Der Sturm erstreckte sich bis Matatea, wo viel Schaden angerichtet wurde, aber keine Menschen ungelungen sind. Man befürchtet, daß noch viele Ueberlebende auf den Gesellschafts- und den Paumotu-Inseln unkommen werden, ehe Nahrungsmittel usw., die von den französischen Behörden schon abgeschickt werden, dort eintreffen können. Tausende von Tonnen Copra und über 200 Tonnen Perlemuscheln sind verloren gegangen.

Freisverberber. Die „Sonntagsblumen“, Hätter zur Erbauung, Unterhaltung und Belehrung für das katholische Volk, herausgegeben von Friedrich Sannettler, Pfarrer in Hellsfeld, bringen in ihrer Nummer vom 1. Februar folgende Priesterfaisten-Warnung: An Verschiedene. — Ich bitte die Gabenspenden entziehenden, den Gaben keine Neigependien zu 1 M. beizufügen; ich weiß sie nicht los zu werden und habe die Last damit. Ich kürzlich erbielt ich wieder, anonym natürlich, 100 M. für 100 Intentionen. Der Gott ein Opfer bringen und zugleich die Missionare unterstützen will, soll mindestens das gewöhnliche Stipendium zu 1,50 M. zahlen; mehr ist besser. Es ist doch viel billiger und bequemer, solche Intentionen eben den eigenen Pfarrergeistlichen zur weiteren Beförderung zu übergeben, als sie mir anonym auf den Hals zu schieben. Aber denen gegenüber ist man zu stolz, um zu deklarieren, daß man es sich so billig thut! Da liegt der Hake im Pfeffer! Ich werde von jetzt ab, wenn ich die Adresse des Absenders habe, und diese anzugeben ist doch einfache Anstands-pflicht, Intentionen zu 1 M. einfach mit wendender Post, unter Abzug des Portos, wieder zurücksenden.

Witterungsüberblick vom 9. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Baromet. hdb. mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. (p. u. n.) | Stationen | Baromet. hdb. mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. (p. u. n.) |
|-----------|------------------|--------------|------------|--------|------------------------|------------|------------------|--------------|------------|--------|------------------------|
| Zwittende | 762 | SW | 3 | bedekt | 3 | Dabranba | 731 | SW | 6 | wolkig | -2 |
| Hamburg | 761 | W | 2 | Regen | 5 | Petersburg | 761 | SW | 6 | bedekt | 11 |
| Berlin | 761 | SW | 2 | Regen | 6 | Cott | 771 | SW | 2 | bedekt | 11 |
| Köpenick | 771 | SW | 2 | bedekt | 7 | Abberden | 771 | SW | 2 | bedekt | 11 |
| München | 774 | SW | 6 | Regen | 9 | Paris | 776 | SW | 2 | bedekt | 7 |
| Wien | 769 | SW | 6 | bedekt | 10 | | | | | | |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 10. Februar 1903. Nachts etwas kühler, am Tage ziemlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

